

Politische Berichte



3. Oktober 1987
Jg. 8 Nr. 20

G 7756 D

Preis:
2,50



PAC-Vors. J.P. Mlambo: „Solidaritätsbewegung muß die Kampagne gegen die Todesurteile fortsetzen“ Seite 4



Die Affäre Barschel: Kein Anlaß zur Schadenfreude – Tendenzen nach rechts Seite 8



Wahlerfolg der Faschisten: DVU in der Bremer Bürgerschaft: Erst Wahlzulassung, dann „Bestürzung“ – kein Interesse an inhaltlicher Kritik! Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Interview mit dem PAC-Vorsitzenden Mlambo: „Die Solidarbewegung muß ihre Kampagne gegen die Todesurteile fortsetzen“ 4

Golfkrieg: NATO-Aufmarsch mit 50 Kriegsschiffen 7

Kohlepolitik: Konzerne wollen Energiepreisverbilligungen 7

Affäre Barschel: Kein Grund zu Schadenfreude – Tendenzen nach rechts 8
Die SPD will eine „Politik für Wirtschaft und Technik“ 9

BRD-Stiftungen: Instrumente neokolonialistischer Einmischung 10
Aufgaben und Grundsätze 11

Auslandsberichterstattung

Philippinen: Die bevorstehende Landreform ändert nichts am Elend der Landbevölkerung 12
„Wegweiser zur Landreform“ der CPP 13

Nordkorea: Gläubigerbanken drängen auf Wirtschaftsreformen 13

Frankreich: Referendum in Neukaledonien 14

Österreich: Geld für Abfangjäger auf Kosten der Armen 14

Norwegen: Wahlerfolge der ausländergefeindlichen „Fortschrittspartei“ 15

Namibia: Der Aufschwung des Befreiungskampfes ist die Antwort auf die Verfassungsentwürfe 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Lesenswerte Kritik am Kemalismus 18
„Geschichte der Ausländerbeschäftigung“ 18

§ 129a: Eine neue „terroristische Vereinigung“ soll konstruiert werden 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Hamburg: SPD/FDP-Koalition vereinbart Ende der sozialdemokratischen Schulreform 22

IDU-Tagung in Westberlin

Vom 24.-26. September fand anlässlich der 750-Jahr-Feier in Westberlin im Reichstagsgebäude die diesjährige Tagung der Internationalen Demokratischen Union (IDU), ein Zusammenschluß von konservativen und christdemokratischen Parteien aus 25 Ländern, im Reichstagsgebäude statt. An der Konferenz nahmen acht Regierungschefs teil, darunter die britische Premierministerin Thatcher, der französische Premierminister Chirac und der türkische Ministerpräsident Özal. Die westeuropäischen Konservativen und Christdemokraten, insbesondere die CDU, konnten weitere Zeichen setzen. Gleich zu Beginn nahm die IDU trotz öffentlicher Proteste die türkische Mutterlandspartei von Ministerpräsident Özal auf. Ein weiteres Signal in Richtung EG-Erweiterung wurde durch die Wahl des ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Willoch zum IDU-Präsidenten gesetzt. Er löst den österreichischen Außenminister und Vorsitzenden der ÖVP, Mock ab. In einer „Berliner Erklärung“ wandten sich die IDU-Mitglieder gegen Menschenrechtsverletzungen „weltweit“, namentlich u.a. in Nikaragua. In der Wirtschaftspolitik wollen die IDU-Parteien für einen „fairen und offenen Handel, der für den Wohlstand der Welt lebenswichtig sei“, sorgen. Weitere Themen waren: die Lage in Süd- und Mittelamerika und die „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“. – (sie)

Nachwuchs„vertriebener“ wird BdV-Generalsekretär

Hartmut Koschyk, bis jetzt Vorsitzender der „Schlesischen Jugend“, ist zum Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) gewählt worden. Mit Koschyk übernimmt zum ersten Mal ein in der BRD geborener „Vertriebener“ eine führende Funktion im BdV. Koschyk, ehemaliger Panzeroffizier der Bundeswehr, war seit 1982 Vorsitzender der Schlesischen Jugend. Unter seiner Führung entwickelte sich der revanchistische Jugendverband zu einer Organisation, die offensiv für revanchistische Ziele eintrat. Seit 1982 hat der Jugendverband etwa 1000 neue Mitglieder aufgenommen – samt und sonders Leute, die in der BRD geboren sind – und ist heute mit 20000 Mitgliedern der größte Jugendverband der Vertriebenenverbände. Unter Koschyks Vorsitz veranstaltete der Verband z.B. „Pfadfinderspiele“ in der VR Polen, in denen die Jugendlichen kriegswichtige Brücken und Fabriken auskundschaften sollten. Die Schlesische Jugend führte 1983 eine Drohbriefkampagne durch, in der sie Briefe an polnische Bauern schickte, die in den früher vom Deutschen Reich besetzten Gebieten leben. Die

Bauern wurden in diesen Briefen als „Räuber“ und „Diebe“ bezeichnet und ihnen mit Rache gedroht für den Fall, daß „Schlesien wieder deutsch“ würde. Koschyk hat nach eigenen Angaben mitgewirkt am Motto des Schlesiertags 1985 „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“, mit dem der Verband seine aggressiven revanchistischen Bestrebungen bekräftigte und eine Kampagne für die Wiedereroberung Polens einleitete. Unter Koschyks Schirmherrschaft konnte sich auch das Mitglied der Schlesierjugend Finke austoben, der in der Zeitschrift „Schlesier“ eine Kriegsszenarie zur Eroberung Polens und der Sowjetunion schilderte. Koschyk will



Hartmut Koschyk, mit 28 Jahren Nachwuchs„vertriebener“.

als Generalsekretär an dieser Politik anknüpfen und den reaktionären Einfluß der Vertriebenenverbände stärken: „... in die deutsche Frage ist Bewegung gekommen. Auch, wenn das vielen unbequem ist ... Die großen Parteien werden sich anstrengen müssen, wenn sie weiter die Heimat der Vertriebenen bleiben wollen.“ – (uld)

Kirchen, DGB und BDA gemeinsam zur Ausländerpolitik

Die christlichen Kirchen veranstalten seit geraumer Zeit alljährlich gemeinsam eine „Woche der ausländischen Mitbürger“. Seit drei Jahren beteiligt sich der DGB daran. Erstmals unterstützt in diesem Jahr auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gemeinsam mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem DGB eine Erklärung zu dieser Woche. Zu den politischen Rechten der Ausländer stellen die drei Verfassungsorganisationen fest: „Der Trend zum Daueraufenthalt stellt Politik und Gesellschaft vor die Aufgabe, ein möglichst spannungsfreies und von gegenseitigem Verständnis geprägtes Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen zu erreichen und zu sichern ... Die positiven Erfahrungen

gen der Teilhabe von Ausländern an Entscheidungsprozessen im betrieblichen Bereich regen dazu an, ihnen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen die Möglichkeit der Mitsprache zu eröffnen und sie zur Wahrnehmung der bereits bestehenden Mitsprachemöglichkeiten zu ermutigen.“ Diese Forderungen sind äußerst schwammig, und obgleich zumindest der DGB und die evangelische Kirche eine eindeutige Beschlußfassung für das kommunale Wahlrecht haben, erkennt diese Erklärung die Forderung nicht an. Immerhin jedoch mußte die BDA anerkennen, daß politische Rechte für ausländische Arbeiter erwünscht sind. In der Hauptsache verlangt die Erklärung von den ausländischen Arbeitern jedoch „Integration“ und von den Kapitalisten Mithilfe bei der dafür nötigen „Qualifikation“. Die Begründung dafür entspricht schlicht dem Interesse der Kapitalisten: „Ausländische Arbeitnehmer sind zum unverzichtbaren Bestandteil wirtschaftlicher Betätigung in der Bundesrepublik geworden.“ Und weil die Kapitalisten sie als solch wichtigen „Bestandteil“ nicht verlieren wollen, sollen sie sich gefälligst integrieren! – (uld)

Mit der Marine auf Verteidigungsangriff

In der FAZ vom 25.09. geht Dr. Eckart Busch, Ministerialrat, Fregatkapitän d.R., Redakteur beim „Marine Forum“ (Hrsg. „Deutsches Marine Institut“ DMI, Präsident Vizeadmiral a.D. Bethge), auf die Diskussion in der FAZ zum Einsatz der Marine im Golf ein. Er gibt die Meinung wider: Verteidigung ist auch vor dem Verteidigungsfall zulässig, da „die Bundesrepublik Deutschland auf sichere Handelswege angewiesen“ ist, denn diese seien der „Lebensnerv unseres wirtschaftlichen Wohlstandes und damit

unserer politischen und sozialen Stabilität. Ihre Sicherung ist Ausdruck unserer maritimen Interessen“. 1986 war er Kriegstagebuchführer beim Manöver „Northern Wedding“. Diese werden bei den Militärs als Mittel der Lageeinschätzung, Lageentwicklung und des daraus resultierenden Handelns angesehen.

Busch stützt sich auf einen Artikel im „Marine Forum“, 7-8/1987. Er übernahm ganze Passagen. Der Titel lautete: „Der Schutz deutscher Handelsschiffe auf internationalen Seerouten“. Es ist „eine juristische Betrachtung zum Einsatz deutscher Seestreitkräfte außerhalb des NATO-Gebietes“. In diesem heißt es u.a. „Wer die rechtswahrende Reaktion eines anderen rechtswidrig herausgefordert hat, muß dessen Notwehrhaltung hinnehmen.“ Im folgenden wird dann auf die wirtschaftlichen Zwänge zum Handeln hingewiesen.

Am 30.06. hatte Wörner in der FAZ die Notwendigkeit für „luftgestützte und seegestützte taktisch-operative Atomwaffen größerer Reichweite“ festgestellt. Am 03. August wird ein Vertrag von Wörner und Weinberger zwecks gemeinsamer Entwicklung und Produktion von Raketen und Abschußanlagen auf Zerstörern, Fregaten und Schnellbooten unterzeichnet. Am 06.08. wird in den Medien die Untauglichkeit der US-Minensucher- und Minenabwehr vorgeführt. Im September löst der Tender „Saar“ die belgische „Zinnia“ im Ärmelkanal ab, die in den Golf verlegt wurde. Kurz zuvor wurde ein iranisches Boot beim Auslegen von Minen in der Nacht von US-Marinen aufgebracht. Schon am 06.08. waren Berichte zu lesen, wonach Weinberger nicht ausschloß: „Eben geräumte Minen können nämlich ohne große Umstände und völlig unkontrollierbar im Dunkel der Nacht sofort wieder ersetzt werden“. – (ale)

Schleswig-Holstein: Tarifabschluß Einzelhandel – ein winziger Schritt 22

Beraterfirma: Widerstand gegen Arbeitsintensivierung 23

Antikriegstag: Dokumentation über Zwangsarbeit 1939–1945 . . . 23

Auxilium zu Hause sterben: Kein brauchbares Projekt gegen die Subsidiarität 24

Antifaschismus: Abgrenzungspolitik gegen antifaschistische Kräfte . 25

WAA: Aufruf zu „phantasievollen Aktionen“ 25

FAP-Mord: Die Drahtzieher und das faschistische Motiv werden gedeckt 26
Faschisten und Staat arbeiten zusammen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

BMW-Westberlin: Worum geht es der Geschäftsleitung? 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bücher: Kinder aus Nazifamilien und die „Schuldfrage“ 30
„Papa, du bist ein Mörder“ 30
Hauptkriegsverbrecher: Willenloser Mensch? 30
Junge Juden berichten 30
Vertuschen der Nazi-Vergangenheit 30
Verdrängung der Nazi-Zeit . . . 30
Hinterlassenschaft von Bernward Vesper 31

Deutschlandlied: Sog. Nationalhymne ohne Rechtsgrundlage . . 31

Gesundheitspolitik: Herder Dornreich: Wegbereiter der „Jahrhundertreform“ 32

Spezialberichte

Faschisten: DVU in der Bremer Bürgerschaft: Erst Wahlzulassung, dann „Bestürzung“ – Kein Interesse an inhaltlicher Kritik! 34
DVU, NPD, Liste D. Brisante Verbindungen 35
Pressestimmen zum Wahlergebnis der DVU 36
Gegen die wachsende faschistische Sammlung und Vereinheitlichung mit der bürgerlichen Reaktion . . 37
Soziale Gründe für das Wahlergebnis 38

Titelbild: Foto, ubr, Lüneburg



Die Kapitalistenverbände trommeln für gesetzlich erlaubte Sonntagsarbeit. Gesamttextil veröffentlichte am 16.9. ein Positionspapier, in dem die Kapitalisten vorrechnen, daß „nur“ 6000 bis 8000 Arbeiter am Sonntag arbeiten müßten – rund um die Uhr natürlich. Am 21.9. erklärte der Verband der Kunststoffverarbeitenden Industrie ebenfalls, Sonn- und Feiertagsarbeit müsse künftig erlaubt sein. – (uld)

Interview mit dem PAC-Vorsitzenden Johnson P. Mlambo

„Die Solidaritätsbewegung muß ihre Kampagne gegen die Todesurteile fortsetzen“

Nach Abbruch des Streiks der schwarzen Bergarbeiter in Azania und den erneuten Hinrichtungen schwarzer Befreiungskämpfer durch das rassistische südafrikanische Regime sandte die Arbeitsgemeinschaft Auslandsberichterstattung dem Vorsitzenden des PAC, Johnson P. Mlambo, Fragen über die Entwicklung des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania. Im folgenden dokumentieren wir diese Fragen und die Antworten des PAC-Vorsitzenden leicht gekürzt. – (rül)

Frage: Die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik hat den Streik der azanischen Bergarbeiter mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Nach den Berichten der imperialistischen Presse hat man nun den Eindruck, daß der Streik nicht erfolgreich war: Die Lohnforderungen wurden nicht durchgesetzt, die Minengesellschaften mußten keine Garantie abgeben, während des Streiks entlassene Bergleute wieder einzustellen. Was ist Eure Information über den Ausgang des Streiks?

J. Mlambo: Im besetzten Azania hat eine sehr wichtige, drei Wochen andauernde Schlacht zwischen Arbeit und Kapital geendet. Das Lager der Arbeit wurde dabei durch die Bergarbeitergewerkschaft (NUM) vertreten, das des Kapitals durch die Bergwerkskammer. Hinter der Bergwerkskammer stand das rassistische Regime Botha. Der wichtigste Streitpunkt war das bereits 1892 eingeführte rassistische Lohnsystem. Danach verdient ein weißer Bergmann 27677 Rand im

Jahr, ein afrikanischer Bergmann dagegen 5127 Rand. Das Verhältnis zwischen weißen und schwarzen Löhnen liegt gegenwärtig bei 5 zu 1 – was schon eine bedeutende Verbesserung ist, denn 1970 lag dieses Verhältnis bei 21 zu 1. Beide, die NUM wie die Minenbesitzer und das rassistische Regime, waren sich über die Bedeutung des Streiks im klaren. Cyril Ramaphosa, der Generalsekretär der NUM, beschrieb dies so: „Wenn wir diesen Streik gewinnen, wird dies alle anderen Arbeiter anfeuern, ihren eigenen Kampf für einen Lohn, von dem man leben kann, fortzusetzen. Wenn wir verlieren, wird die Wirkung verheerend sein.“ Die unmittelbaren Resultate sind nun: Die NUM hat es nicht geschafft, ihre Forderung nach einem Lohn, von dem man leben kann, durchzusetzen, und sie hat keine Garantie für die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter erreicht.

Aber die NUM hat es geschafft, erfolgreich einen Streik von mehr als 300000 NUM-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern zu führen. Einen Streik von so vielen Arbeitern drei Wochen lang durchzuhalten, ist beispiellos in der Geschichte unserer jungen Gewerkschaftsbewegung. Zudem hat die NUM den Streik zu einem Zeitpunkt beendet, an dem die Bergleute weiter geeint waren. Das ist wichtig.

Wir vom PAC weisen die Behauptung der Minenmagnaten, sie hätten einen kompletten Sieg errungen, zurück. Wir betrachten dies als einen vorläufigen Sieg. Wir denken, daß der

Streik der NUM bedeutend stärker gewesen wäre, wenn die COSATU ihren Solidaritätsstreik begonnen hätte. Die NUM mußte mit dem Problem fertigwerden, daß es in den Bantustans und den Staaten des südlichen Afrikas wie Lesotho und Malawi eine Reservearmee von Arbeitslosen gibt, die bereit waren, die Plätze der mehr als 30000 entlassenen Bergarbeiter einzunehmen.

Nach Ansicht des PAC ist die wichtigste Lehre des Streiks die, daß die Arbeiter eine wichtige Front in der nationalen Befreiungsbewegung sind. Als der fortgeschrittenste Teil der unterdrückten Bevölkerung müssen sie eine zunehmend wichtige Rolle dabei spielen und die Kämpfe der Bauern, der Jugend, der Frauen, der patriotischen Geistlichen führen. Die Arbeiter müssen ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Ziele mit denen der nationalen Befreiungsbewegung verbinden. Eine andere Lehre ist dies: In den langen und bitteren Kämpfen, die vor uns liegen, mögen die Unterdrückten einige Schlachten verlieren, hier etwas Boden gewinnen, dort verlieren. Aber wir vom PAC sind der Ansicht, daß die Stärke der Befreiungskräfte stetig wächst. Dies wird unvermeidlich zum Untergang der weißen Vorherrschaft führen.

Frage: Wie ist das Regime mit seinem Militär- und Polizeikräften gegen die Streikenden vorgegangen?

J. Mlambo: In den Konflikt zwischen den Minengesellschaften und den Bergleuten hat das rassistische

EG-Rat vertagt – Poker um Subventionen

Bekräftigt hat der „Stahlrat“ der EG-Wirtschaftsminister am 22.9. seine Absicht, in den nächsten drei Jahren rund 25% der EG-Stahlproduktion von 140 Mio. t/Jahr und damit 80000 Beschäftigte abzubauen. Vertagt wurde eine Entscheidung über das Wie. Vorschläge, welche Anlagen und Standorte zur Disposition stehen, soll ein Gremium von drei „Weisen“ bis zum 8.12. ausarbeiten. Die westdeutschen Konzerne sind zuversichtlich. Kriwet, Chef von Thyssen und von der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, äußerte sich „vorsichtig positiv“. Ob Thyssen den geplanten Belegschaftsabbau wie bisher mit Sozialplänen „abfedert“ oder Massenentlassungen anmeldet, soll jetzt nach der „Stahlrunde“ des Bundeskanzlers am 2.10. entschieden werden. Die Antwort sei davon abhängig, wie groß das „Bon-

ner Füllhorn“ ist, so Kriwet frech. Die Bundesregierung wird voraussichtlich 400 Mio. DM sicherstellen. Dafür verwendet werden sollen u.a. 170 Mio. DM, die Thyssen und Hoesch nach dem „Zukunftsinvestitionsgesetz“ von 1983 gerade zurückzahlen mußten, weil sie in ihren Bilanzen längst wieder Profite ausweisen. – (wof)

Chile: Neuer Kredit mit Hilfe der BRD?

Im August dieses Jahres – zeitgleich zum Besuch von Arbeitsminister Blüm in Chile – hat die Bundesregierung der chilenischen Militärjunta Tilgungszahlungen in Höhe von 11 Mio. DM ersatzlos erlassen. Das hat der Abgeordnete der Grünen, Ebermann, am 10. September im Bundestag enthüllt. In diesem Monat wird die Bundesregierung erneut eine Schlüsselrolle spielen, um der Junta einen großen Kredit zu bewilligen. Im Direktorium der Weltbank steht die Entscheidung

über einen 250 Mio.-\$-Kredit an Chile an. Im vergangenen Jahr stimmten Italien und die skandinavischen Länder gegen den Kredit, selbst der US-Vertreter mußte sich aufgrund von Beschlüssen des US-Kongresses enthalten. Der Kredit wurde dennoch bewilligt – u.a. mit der Stimme der BRD. Am 9.9. haben die Grünen nun im Bundestag angefragt, wie die Bundesregierung votieren will. Die Antwort steht noch aus. (BT-Ds. 11/769 – rül)

Grüne: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz

Die Fraktion der Grünen hat einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, „den Entwurf einer Grundgesetzänderung vorzulegen mit dem Ziel, den Verzicht ... auf Herstellung und Besitz von Atomwaffen sowie Verfügungsgewalt über Atomwaffen in den Verfassungsrang zu heben.“ Warum die Grünen nicht selbst

Regime lauthals behauptet, neutral zu sein. Wir können beweisen, daß das nicht wahr ist.

Zum Beispiel hat die rassistische Polizei schon am ersten Tag des Streiks ein Treffen von NUM-Funktionären in Kieksdorp im westlichen Transvaal überfallen und 86 Bergleute, eingeschlossen einige hohe Funktionäre der NUM, verhaftet. Ähnliche Überfälle folgten in zahlreichen anderen Zentren, so in den Lovaine Goldminen im Orange Free State, wo die rassistische Polizei Gummigeschosse und Tränengas einsetzte. Mindestens neun Bergleute wurden von den Polizeikräften des Regimes oder der Minenbesitzer erschossen. Das rassistische Regime verbot jedes Aufstellen von Streikposten und verbietet dies weiterhin. Das rassistische Regime wies die Banken an, alles Geld, das aus dem Ausland von der Solidaritätsbewegung eingeht, einzufrieren, um den Minenbesitzern zu helfen. Der rassistische Arbeitsminister Du Plessis hat neue Gesetze angekündigt, angeblich, um das „Kräftegleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ wieder herzustellen und die Gewerkschaftsbewegung zu „ordnen“.

Frage: Am 1. September hat das Regime M. Jantjies und W. Mielies hingerichtet. Weitere 30 bis 32 Befreiungskämpfer sind zum Tode verurteilt. Wir befürchten, daß das Regime ein neues Blutbad begonnen hat, daß es alle diese Todesurteile vollstrecken wird. Was kann die Solidaritätsbewegung tun, um ihr Leben zu retten?

J. Mlambo: Ja, das Regime hat Moses Jantjies und Wellington Mielies hingerichtet. Die starke Unterstützung durch westliche Regierungen, speziell durch die Reagan-Administration, das Thatcher-Regime und die Kohl-Regierung ermutigt Pretoria, der



Johnson P. Mlambo

Weltmeinung zu widerstehen. Wir im PAC verurteilen entschieden das rassistische Regime und seine Morde. Dieses Regime ist illegitim. Es hat kein Recht, unsere Menschen zu bestrafen. Dieses Regime ist der größte Mörder, der größte Verbrecher.

Die Solidaritätsbewegung muß ihre Kampagne gegen die Todesurteile fortsetzen und das Leiden dieser Patrioten herausstellen. Schließlich muß uns die Solidaritätsbewegung die materiellen Mittel geben, um den Polizei- und Militärkräften des Regimes noch heftigere Schläge zu versetzen.

Frage: Am 10. September hat ein Gericht in Bloomfontein über die Berufung der „Sechs von Sharpeville“ beraten. Was habt ihr über den Ausgang dieser Verhandlung erfahren?

J. Mlambo: Über den Berufungsantrag wurde am 10. September in

Bloomfontein beraten. Die Verhandlung wurde auf November vertagt. Dann wird das abschließende Urteil erwartet. Der Prozeß gegen den Genossen Zulu und sechs weitere Genossen, die wegen Aktivitäten für den PAC angeklagt sind, wurde ebenfalls auf November vertagt.

Frage: Der Ausnahmezustand in Südafrika dauert an, die „Wahlen“ unter den weißen Siedlern haben mit einem für Botha und seine Politik günstigen Ergebnis geendet. Der Goldpreis steigt. Ist es richtig, daraus den Schluß zu ziehen, daß das rassistische Regime – unterstützt durch die Imperialisten in Westeuropa und Nordamerika – einige seiner Schwierigkeiten überwunden hat?

J. Mlambo: Der Ausnahmezustand dauert an. Aber es wäre falsch, zu schlußfolgern, daß er auch seine beabsichtigten Wirkungen erzielt und die Unruhen in den Townships verringert. Daß es weniger Tote in letzter Zeit gibt, ist ein Verdienst unseres Volkes. Unsere Eltern, Lehrer und Schüler haben entschieden, die Schulboykotte – die seit 1976 immer wieder begonnen wurden – zu beenden. Wir hielten eine gewisse Ausbildung, so mangelhaft sie auch ist, für nötig.

Die Gedenkfeiern am 16. Juni waren ruhig und würdevoll. Dies war eine bewußte Entscheidung. Wir wollten vermeiden, die Polizei mit großen Massen unseres Volkes anzugreifen, weil unser unbewaffnetes Volk bei Zusammenstößen dieser Art die schwersten Verluste erleidet. Zusammen mit den Massen versuchen wir, unsere Verluste zu verringern und die des Feindes durch den bewaffneten Kampf zu erhöhen.

In dieser Hinsicht sind die Kämpfer der APLA (Azanian Peoples Liberation Army, Azanische Volksbefrei-

die Grundgesetzänderung beantragen – das würde eine Abstimmung im Parlament unausweichlich machen – bleibt unerfindlich. Soll vielleicht vermieden werden, SPD bzw. FDP zu einer Abstimmung zu zwingen? (BT-Ds. 11/757 – rül)

Neue Verhaftungen wegen Unterstützung der RAF

Am Donnerstag, den 17.9., durchsuchte die Polizei auf Anordnung der Bundesanwaltschaft Wohnungen in Berlin, Freiburg, Hamburg, Karlsruhe und Offenbach. Zweck war die Verfolgung des sogenannten Umfelds der RAF. In der folgenden Woche nahm die Polizei mehrere Leute fest, darunter eine 22jährige Studentin und einen 25jährigen Arbeitslosen. Bereits eine Woche vorher war ein 20jähriger Wehrpflichtiger verhaftet worden. Allen wird vorgeworfen, daß sie zur Unterstützung der RAF tätig geworden seien. Bei den Durchsuchungen

beschlagnahmte die Polizei vor allem schriftliche Unterlagen. Nach Angaben des Sprechers der Bundesanwaltschaft soll das Material „möglicherweise“ als Beweismaterial dienen. Wofür? Mit den erneuten Verhaftungen setzt die Bundesanwaltschaft ihr Vorgehen fort, jede Regung zur Unterstützung der politischen Auffassungen der RAF und der Forderungen der politischen Gefangenen als Unterstützung der RAF zu werten und entsprechende Verfahren wegen „Bildung“ bzw. Unterstützung „terroristischer Vereinigungen“ einzuleiten und Gefängnisstrafen zu erreichen. – (uld)

Freilassung von Günter Sonnenberg

Günter Sonnenberg ist bei seiner Festnahme 1977 durch Schüsse in den Kopf lebensgefährlich verletzt worden. Er ist seitdem in Isolationshaft, obwohl er haftunfähig ist, und die Isolationshaft jegliche Möglichkeiten be-

schneidet, die Folgen der Verletzung zu überwinden. Zur Dämpfung der Verletzungsfolgen mußte er seit seiner Festnahme ein antiepileptisches Medikament einnehmen, das abhängig macht und alle Sinneswahrnehmungen dämpft. G. Sonnenberg kämpft seit seiner Festnahme darum, von Ärzten seines Vertrauens behandelt zu werden. Die letzte Untersuchung durch einen solchen Arzt hat im Mai 1985 stattgefunden. Damals hatte G. Sonnenberg das Medikament abgesetzt und danach einen epileptischen Anfall erlitten. Der Anwalt von G. Sonnenberg teilt mit: „Es besteht aktuell die Notwendigkeit, daß Günter Sonnenberg unter vertrauensärztlicher Kontrolle das Medikament absetzen kann. Es besteht weiter die Notwendigkeit, daß er in eine größere Gruppe von Gefangenen aus der RAF zusammengelegt wird. Die grundsätzliche Forderung ist jedoch seine Freilassung.“ – (uld)



ungsarmee, d. Red.) sichtlich aktiv gewesen – insbesondere seit Ende 1986. Die Rassisten haben sich beklagt über die „Skorpion-Banden“, die in unseren Townships den Sicherheitskräften des Regimes schwere Verluste zugefügt haben. Am 5. August starben Tshepo Lilele aus Welkom, Neo Khoza aus Gugulethu und Thabang Sabela aus dem Township Alexandra in einem Gefecht mit den rassistischen Truppen in Bramley, einem Vorort von Johannesburg. Sie wurden von unserem Volk mit großem Respekt beerdigt. Das leistet die Azanische Volksbefreiungsarmee. Helft uns, dies noch besser zu machen.

Die Wahlen am 6. Mai erneuerten Bothas unterdrückerisches Mandat. Der Anstieg der Goldpreise wird von den Amerikanern manipuliert, weil sie noch keinen Weg gefunden haben, um die Macht von Botha auf eine schwarze Marionette zu übertragen, die ge-

nug Glaubwürdigkeit besitzt, um ihnen Frieden und Stabilität zu verschaffen. Die revolutionäre Stimmung der Unterdrückten nimmt weiter zu. Die Widersprüche des Regimes vertiefen sich weiter, aber es versucht, einige seiner Widersacher durch bedeutungslose Reformen auf seine Seite zu ziehen.

Frage: Sowohl der Streik der schwarzen Bergarbeiter wie der Kampf gegen die Todesurteile und Hinrichtungen unterstreichen die Notwendigkeit einer Einheitsfront gegen das rassistische Regime. Gibt es Anzeichen einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der „Freiheitscharta“ und den „afrikanistischen“ bzw. den „Schwarzes Bewußtsein“-Organisationen?

J. Mlambo: Es gibt nur wenige und schwache Anzeichen für eine solche Einheitsfront. Eines davon ist, daß der Gewerkschaftsbund NACTU –

früher unter dem Namen CUSA-AZACTU bekannt – den beiden COSATU-Gewerkschaften CCAWUSA und SARHU nach Bombenanschlägen auf ihre Büros und Büroeinrichtungen zur Verfügung gestellt hat. Dies ist ein ermutigendes Zeichen. Wir suchen weiter nach einer prinzipienfesten Einheitsfront mit allen Kräften, die zu dem rassistischen Regime in Widerspruch stehen.

Vom 26. bis 29. August hielt sich eine Delegation der NACTU unter Führung ihres Präsidenten James Mndaweni auf Einladung des Tansanischen Gewerkschaftsbundes in Dar-Es-Salaam auf. Während ihres Aufenthalts führte die Delegation auch längere Gespräche mit einer Delegation des Zentralkomitees des PAC unter Führung des PAC-Vorsitzenden. Beide Delegationen stimmten dabei überein, daß

(a) das Apartheidsystem nicht reformiert werden kann, sondern vollständig ausgerottet werden muß;

(b) die unterdrückte, ausgebeutete und enteignete Mehrheit unseres Volkes die treibende Kraft und der Garant jeder Veränderung sein muß;

(c) alle Möglichkeiten und Formen des Kampfes, die der unterdrückten Mehrheit zur Verfügung stehen, genutzt werden sollten;

(d) und daß der Übertragung des Ost-West-Konflikts auf den azanischen Befreiungskampf Widerstand geleistet werden soll.

Sowohl NACTU wie der PAC betonten ihren Standpunkt, mit dem Regime nicht zu kollaborieren, wie sie es bereits zum Ausdruck gebracht haben durch die Ablehnung aller Marionetteneinrichtungen, die nur darauf zielen, die rassistische Vorherrschaft beizubehalten und zu verlängern.

GdP kritisiert BGS-Wegener als Gewerkschaftsfeind

Der ob seines „erfolgreichen Einsatzes“ in Mogadischu von SPD, FDP und Unionsparteien zum „Helden“ hochstilisierte GSG-9-Chef Wegener, seit einigen Jahren Leiter des Grenzschutzkommandos West des Bundesgrenzschutzes, ist von der Gewerkschaft der Polizei auf einer Delegiertenkonferenz in NRW scharf angegriffen worden. Wegener habe systematisch und mit teilweise illegalen Mitteln versucht, gewerkschaftliche Arbeit im BGS zu unterbinden. Allein im BGS-Standort Swisttal-Heimerzheim laufen gegen sechs von neun Funktionäre der GdP Disziplinarverfahren, gegen den zuständigen Kreisvorsitzenden der GdP wurde ein Hausverbot verhängt. „Die Personalratsarbeit soll mit Mitteln der Disziplinarordnung unmöglich gemacht werden“, kritisiert die GdP. Schon 1983 hatte Wegener

in einem vertraulichen Papier eine „Minderung der Einflußnahme von Gewerkschaften“ verlangt. Das Ziel Wegeners, so die GdP, sei die Umwandlung des BGS zu einer paramilitärischen Truppe ohne gewerkschaftliche Rechte. Die GdP verlangt die Absetzung Wegeners. Gegen vier leitende BGS-Offiziere in Heimerzheim hat sie Strafanzeige gestellt. – (rül)

Aktionen gegen „Certain Strike“

Soltau. Am 14.9. behinderten über 100 Manövergegner Militärfahrzeuge in Walsrode, bis Polizei die Weiterfahrt durchsetzte. Die Aktionen erzwangen die Verlegung eines geplanten Militärkonzerts. Behinderungen tags darauf an der Aller wurden durch ein massives Polizeiaufgebot unmöglich gemacht. Am 20.9. demonstrieren knapp 150 Teilnehmer eines Schweigemarsches, zu dem die Kreisverbände der Grünen, der Jusos, der

GEW, das DGB-Ortskartell Soltau und der Arbeitskreis Umweltschutz Fallingb. aufgerufen hatten, nach Oerbke, wo sich das Manöverhauptquartier befand. Die Kreisgruppe der Volksfront beteiligte sich mit einem Flugblatt zu den Herbstmanövern und den Rüstungsplanungen der Bundesregierung. In fast allen größeren Orten des Landkreises hing ein Plakat der Volksfront – „Die Herbstmanöver sind Kriegsvorbereitung, BRD raus aus der NATO“. – (sts)

Kritik der Grünen an BRD-Weltraumvorhaben

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat in einer Anfrage an die Bundesregierung zahlreiche Kritikpunkte an deren Weltraumpolitik entwickelt. Sie erklärt darin, „daß ohne eine ... grundlegende Technologiefolgenabschätzung und -Bewertung aller ökonomischer, technologischer und finanzieller Risiken weitere Weltraumpor-

Golf-Krieg

Nato-Aufmarsch mit 50 Kriegsschiffen

Mit einem gezielten kriegerischen Akt griffen die USA am 21.9. in den Golfkrieg ein, als ein US-Hubschrauber einen iranischen Frachter in internationalen Gewässern beschoß. Die USA erklärten, das Schiff habe Minen gelegt, deshalb sei der Angriff eine Selbstverteidigungsmaßnahme gewesen.

Seit Ende August griffen irakische Flugzeuge mehr als zwanzig Tanker an, die meisten transportierten Öl für den Iran. Die US-Marine wurde zu ihrem Schutz nicht tätig, auch gab es nur schwache diplomatische Proteste. Der Zweck der US-Aktivitäten im Golf ist selten so offen hervorgetreten: Die USA wollen den Iran kleinhalten und auf jeden Fall dessen Sieg im Golfkrieg verhindern.

Es geht den Imperialisten nicht um „den Frieden“. Ihre Interessen sind nicht die der irakischen und iranischen Werktätigen, die von ihren jeweiligen herrschenden Klassen für Territorial- und Expansionsinteressen in diesem Krieg verheizt werden.

Das wird deutlich durch die Heuchelei, die die imperialistischen Mächte im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen zeigen. Die dort verabschiedete Resolution 598 fordert zum sofortigen Waffenstillstand und zum Rückzug auf international anerkannte Grenzen auf. Der Iran hat erklärt, er werde dieser Resolution nicht folgen, weil der Irak nicht als Aggressor benannt wird. Teheran ließ aber gleichzeitig erkennen, man könne sich auf einen „inoffiziellen“ Waffenstillstand einigen, solange ein internatio-

nales Tribunal damit beschäftigt sei, die Kriegsschuld festzustellen. Das lehnen vor allem die USA ab. Die britische „Financial Times“ kommentiert den Vorgang so: „Der Weltsicherheitsrat könnte diese Auseinandersetzung dadurch beenden, daß er ganz einfach den Irak als Aggressor benennt. Keines seiner Mitglieder kann ernsthaft bezweifeln, daß dies historisch korrekt wäre. Daß sie dazu nicht bereit sind, muß vor allem ihrem Widerwillen zugeschrieben werden, dem Iran Zugeständnisse zu machen, teilweise auch ihrer Sorge, den Irak zu verärgern“ (24.9.).

Mit fünfzig Kriegsschiffen haben die Nato-Staaten inzwischen die größte aktive Kriegsflotte seit dem Vietnam-Krieg im und vor dem persisch-arabischen Golf zusammengezogen. Die USA allein operieren mit 30 Schiffen – einem Schlachtschiff, zwei Flugzeugträgern, zehn Fregatten, acht Minensuchbooten und neun Versorgern. Großbritannien ist mit 10 Schiffen präsent, Italien und Frankreich mit je acht. Belgien hat zwei Minensucher und einen Versorger in den Golf in Marsch gesetzt, die Niederlande zwei Minensucher. Die Bundesregierung unterstützt diesen Aufmarsch durch Entlastungsaktionen für die Nato-Flotten, vor allem in der Nordsee. Die Sowjetunion hat zwischen ein bis zwei Fregatten und zwei bis vier Minensucher im Einsatz.

Die Argumentation mit „Selbstverteidigungsinteressen“ erlaubt den US-Imperialisten weitreichendes Eingreifen in den Krieg. Die Flugzeugträger haben Bomber an Bord, das Schlachtschiff „Missouri“ Tomahawk-Raketen mit 2500 km Reichweite. Zum Beispiel: Ein eventueller Raketenangriff auf die Munitionsfabrik, wo solche

Minen hergestellt werden, kann dann natürlich auch „Selbstverteidigung“ sein. Im Juli führten die USA zusammen mit Jordanien ein damals geheimgehaltenes Wüstenmanöver durch, bei dem die Landung schneller Eingreiftruppen im Golf geübt wurde.

Die starke Militärpräsenz hat für die Imperialisten schon Dividende geworfen, vor allem im Irak selbst. Die mit mehr als 60 Milliarden Dollar im Ausland verschuldete irakische Regierung hat in den letzten Monaten, unmittelbar vor Umschuldungsverhandlungen, ein weitreichendes Privatisierungsprogramm beschlossen und die Gewerkschaften verboten. Gleichzeitig nehmen Berichte über politische Unruhen zu: Kurdische Gruppen bekämpfen die Regierung im Norden, in Bagdad wurden mehrere Autobomben gezündet, und in den Sümpfen von Basra haben sich viele Deserteure versteckt und bilden bewaffnete Gruppen.

Quellenhinweis: Financial Times, Economist, Südd. Zeitung, FAZ bis 28.9.87 – (hef)

Kohlepolitik

Konzerne wollen Energiepreisverbilligungen

Voraussichtlich noch im Oktober wird die Bundesregierung zu einer „Kohlerunde“ einladen. Das Thema: Die Änderung der Kohle-Subventionen. Die Ruhrkohle AG hat bereits Ende Juni mit 20000 Entlassungen für den Fall von Kürzungen gedroht. Inzwischen geht jedoch auch die IG Bergbau davon aus, daß ein Abbau einer Förderkapazität von 11 Mio. t „unvermeid-

jekte nicht mehr verantwortlich sind“. Gleichzeitig hat sie mit ihrer Anfrage die Bundesregierung gezwungen, ihre Propaganda, diese Weltraumforschung sei ausschließlich friedlichen Zwecken gewidmet, zu korrigieren. Auf die Frage, an welchen Forschungsvorhaben die Bundeswehr beteiligt sei, mußte die Bundesregierung antworten: „Die Bundeswehr beteiligt sich mit erdgebundenen Komponenten an dem Kommunikationssystem SAT-COM ... der NATO und beabsichtigt eine Mitnutzung des NATO-Projektes NAVSTAR/GPS.“ Letzteres ist ein weltweites Verbundnetz zum gleichzeitigen Einsatz zahlreicher Angriffswaffen gegen die Sowjetunion – und damit eine Bedingung der von Wörner kürzlich entwickelten neuen Angriffsstrategie der NATO gegen die SU. Zusätzlich, so die Bundesregierung, wolle man mit Frankreich einen militärischen Aufklärungssatelliten entwickeln. (BT-Ds. 11/797 – rül)



Zum Abschluß des westdeutsch-französischen Großmanövers „Kecker Spatz“ besuchten Kohl und Mitterrand das Kriegsgeschehen und wohnten der Eroberung eines Dorfes durch Bundeswehr und französische Armee bei. Sie verabredeten dabei die Bildung eines gemeinsamen „Verteidigungsrates“; unklar ist, welche Planungs- oder gar Kommandoaufgaben er erhalten soll. Die Planung läuft offensichtlich außerhalb der Parlamente, was erahnen läßt, wo Kanzler und Staatspräsident diese Institution angesiedelt wissen wollen. – (jok)

lich“ ist. Erste Entscheidungen sollen auf einer Konferenz der Wirtschaftsminister am 7.10. fallen.

Worum geht es? Zuletzt umfassend geregelt wurden die Kohlesubventionen im Zusammenhang mit dem 1980 zwischen Energieversorgungs- und Bergbauunternehmen abgeschlossenen „Jahrhundertvertrag“, in dem sich die EVUs zur Abnahme von bis 1995 steigenden Kohlemengen zur Verstromung verpflichteten. Im wesentlichen gibt es zwei Formen von Subventionen:

Mit dem *Kohlepfennig* werden 23,8 Mio. t westdeutscher Steinkohle auf den Weltmarktpreis von Öl herabsubventioniert, 11 Mio. t auf den von Importkohle. Der Kohlepfennig kommt ausschließlich den EVUs zugute, wird auf die Strompreise aufgeschlagen und liegt je nach Bundesland zwischen 4,5% und 7,5% des Strompreises. Mit der *Kokskohlenbeihilfe* wird vor allem den Stahlkonzernen ein Ausgleich für die Verwendung der teureren westdeutschen Kohle gezahlt. Rund 8 Mio. t Kokskohle exportiert die BRD jedoch ebenfalls zu subventionierten Preisen in andere EG-Länder, was die Stilllegung des Bergbaus in den anderen EG-Ländern wesentlich gefördert hat.

Die Kohlehilfen sind in den letzten Jahren auf 6 bis 7 Mrd. DM pro Jahr gestiegen. Dies ist ein Ergebnis der Senkung der Ölpreise und der Preise für Importkohle. Importkohle liegt heute bei 110 DM/t, westdeutsche Kohle bei 250 DM. Die Kürzung der Kohlehilfen soll zu einer Senkung der Energiekosten führen.

Die Kapitalisten fordern eine solche Senkung seit längerem, um ihre Interessen geht es auch der Bundesregierung. Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) in der Haushaltsdebatte des Bundestages: „Wenn wir an einen Punkt gekommen sind, an dem bei den Energiepreisen, die wir heute haben, nicht allein die Aluminiumerzeugung in der Bundesrepublik in Zukunft unmöglich sein wird, sondern die Energiekosten zunehmend auch in der verarbeitenden Wirtschaft zu einem Wettbewerbsnachteil werden, so müssen wir das ändern.“ Schon heute liegt der Strompreis z.B. bei den Hamburger Aluminium-Werken bei gerade 2,8 Pfg./kWh. Ein Lohnabhängigen-Haushalt muß sechs- bis sieben Mal so viel zahlen.

Erreicht werden soll die Senkung der Energiekosten durch den weiteren Einsatz von Kernenergie, den Ausbau des Einsatzes von Importkohle, die die BRD heute zu 45% aus Südafrika bezieht, und brutale Rationalisierung im Bergbau. Von letzterem betroffen sind viele ausländische Arbeiter, die heute über 25% der Unter-Tage-Belegschaften ausmachen.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll, 9.8.87; WAZ, 17.3. u. 5.9.87 - (wof)

Affäre Barschel

Kein Anlaß zu Schadenfreude – Tendenzen nach rechts

Wer meint, die Affäre Barschel hätte große Enthüllungen über den Staatsapparat gefördert, die einer Linksentwicklung zu verdanken seien oder eine solche bewirken würden, irrt. Der Ministerpräsident ist ja nun zurückgetreten, aber selbst das war bis zuletzt unklar, ob er nicht doch, Machtpolitik wie bisher demonstrierend, weitermacht. Immerhin hat er, nachdem der Vorwurf seiner Verwicklung als Auftraggeber in Bespitzelung des Oppositionsführers, des Bruchs des Steuerheimnisses u.a. bekannt wurde, erst mal sechs Tage verstreichen lassen können, bis er eine Taktik zurechtgelegt hatte, nach der die Zeugen, Verwandte und Untergebene (!), in – was die Vorwürfe selbst betrifft – nichtsagenden eidesstattlichen Erklärungen



Wußten sie am 14.9. schon, daß sich Barschel nach Wahniederlage und Affäre nicht mehr retten ließ?

ohne Risiko Stein und Bein für ihn schwören konnten. Er hat nicht nur Pfeiffer einen Maulkorb umhängen können, sondern sogar all seinen Ministerien die Auskunft verboten, nur die Staatskanzlei hat dieses Recht. Und dann tritt er zurück, wohlgehemmt unter Leugnung eines Schuldgeständnisses – die Staatsanwaltschaft hat noch nicht einmal gegen ihn ermittelt! –, und gilt dafür auch noch als honoriger Mensch.

Jetzt ist da seitens FDP und SPD viel von „Saustall“ und „Saubermachen“ die Rede. Aber viele Begleitumstände des Skandals, die ans Licht gekommen sind, sind durch Auswechseln des Ministerpräsidenten gar nicht behoben, sie gehören zum System dieses Staatsapparats, ganz abgesehen davon, daß die übrigen verwickelten Minister, Staatssekretäre und Beamte bleiben. Da konnte ein Pfeiffer ungestört, wenn auch vergeblich, bei der

Polizei nach Abhörgeräten nachfragen oder den Verfassungsschutz um Material über die Grünen ersuchen – all das erschien erst in dem Moment vermeldenswert, als es eine Affäre Barschel/Pfeiffer gab, sonst hätte kein Hahn danach gekräht. Die Institution des Verfassungsschutzes selbst z.B., seine Machenschaften und die des Innenministeriums werden von den „Saubermännern“ in keiner Weise angegriffen.

Eine Entwicklung nach rechts ist deutlich daran abzulesen, wie die Parteien ihre Suppe auf der Affäre kochen. Z.B. die UWSH, die sich als Wahlbetrogene hinstellt, weil der Pfeiffer die Vorstandsmitglieder Guldager und Schlee (Schlee ist jetzt Vorsitzender der Republikaner) u.a. unter Verweis auf Schlees ehemalige NPD-Mitgliedschaft und andere interne Mitteilungen aus dem Innenministerium gegeneinander aufhetzen konnte. So ganz nebenbei wird hier unter der Maske der empörten Unschuld die NPD-Vergangenheit einiger UWSH-Mitglieder hoffähig gemacht.

Sodann geht unter der ganzen Personalintrige unter, welche Politik eigentlich gemacht werden soll. Oberwasser hat die FDP bekommen, die nur knapp in den Landtag gekommen ist, auf die die CDU aber wegen Verlustes der absoluten Mehrheit angewiesen ist. Die Affäre Barschel hat ihren Wert erhöht, und sie versucht vermutlich in den Koalitionsverhandlungen, über deren Inhalt Stillschweigen vereinbart wurde, noch mehr arbeiterfeindliche Positionen durchzudrücken, als die CDU ohnehin vertritt. Dafür steht ihr Landesvorsitzender W.D. Zumpfort, Volkswirt, nach Tätigkeit bei verschiedenen Banken Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Westküste und von der „FAZ“ als „eine Art politischer Zögling des Grafen Lambsdorff“ beschrieben. Der schwärmte in einem Wahlkampfinterview für die „Kieler Nachrichten“ (4.9.87) von japanischen Verhältnissen: von Subventionsabbau bei Krisenbetrieben und flexiblem Tarifgefüge: 50% des Lohns als Grundlohn und 50% als Betriebsbonus, zahlbar je nach Geschäftslage. Das begünstige das Entstehen neuer Arbeitsplätze! Lohnsenkung bei den Seeleuten ist auch das Ziel von Zumpforts Vorschlag zu einem zweiten Schiffsregister durch Ausgliederung von Helgoland, das dann nicht mehr den westdeutschen Tarifbestimmungen unterliegen würde. „Investitionsfreundliches Klima“, Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen, Zusammenarbeit

Die SPD will eine „Politik für Wirtschaft und Technik“

Das Wahlprogramm der schleswig-holsteinischen SPD war nach allen Seiten offen. Mit den Programmteilen zum Umweltschutz und zur Gleichstellung von Frauen ging sie auf Wählerfang bei den Anhängern der Grünen. Mit ihren Programmteilen „Unser Land hat Zukunft“ und „In Schleswig-Holstein leben und arbeiten“, aus denen im folgenden zitiert wird, sollten auch mittelständische Wirtschaftskreise gewonnen werden. Der SPD-Spitzenkandidat Engholm mühte sich um wirtschaftliche Berater für die SPD auch aus den Führungsschichten der Unternehmensverbände. Die SPD führte im Wahlkampf zum erstenmal separate Veranstaltungen für Kapitalisten durch. Warum Engholm jetzt ungeeignet um die Gunst der FDP buhlen kann, zeigen die Auszüge.

„In seiner Lage zwischen den Meeren an der Nahtstelle zwischen Skandinavien und Mitteleuropa, zwischen West- und Osteuropa und in seinen natürlichen Ressourcen liegen die Chancen für unser Land. 37 Jahre lang sind viele Möglichkeiten von der CDU vertan worden. Früher wurde die zentrale Lage des Landes besser genutzt, zum Beispiel von der Hanse ...

Wir Sozialdemokraten wollen unser Land zum modernen Zentrum im Norden machen. Wir wollen die Chancen für Schleswig-Holstein nutzen mit einer auf Ökologie hin ausgerichteten Politik für Wirtschaft und Technik ...

Wir werden die kleinen und mittleren Unternehmen, die die Wirtschaft unseres Landes prägen, besonders unterstützen, die Zusammenar-

beit mit Wirtschaft und Wissenschaft voranbringen und zukunftssichere Arbeitsplätze durch eine neue Umweltpolitik schaffen.

Wissenschaftler an Universitäten und Instituten müssen stärker als bisher und auf klarer Grundlage mit Unternehmen zusammenarbeiten. Praxis und Theorie gilt es zu verbinden ...

Kleine und mittlere Betriebe prägen die Wirtschaft Schleswig-Holsteins. Sie werden wir besonders dabei unterstützen, sich im Strukturwandel zu behaupten.

Wir werden kleineren und mittleren Unternehmen bei der Verbesserung der Qualifikation ihrer Beschäftigten Hilfen geben. Wir werden die mittelständische Wirtschaft auch dadurch unterstützen, daß wir Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen so ausbauen, daß kleine und mittlere Betriebe schneller und direkter von Ergebnissen profitieren. Um ihnen den Zugang zu Forschungsergebnissen und wichtigen wirtschaftlichen Informationen zu erleichtern, werden wir die Beratungs- und Informationsstruktur in Schleswig-Holstein verbessern und koordinieren ...

Schleswig-Holstein kann nicht auf einen Ansiedlungswettbewerb um jeden Preis wie in den vergangenen Jahren setzen. Wir werden Unternehmen, die umweltfreundliche Produktionen nach Schleswig-Holstein verlagern oder Neugründungen vornehmen wollen, durch gezielte Förderung von Betrieben und Wissenschaft ein attraktives Angebot machen. Sie sind uns besonders in den strukturschwachen Räumen und den alten Industriestandorten willkommen ...

Die Bundesrepublik Deutschland als exportorientierte und rohstoffabhängige Industrienation kann auf eigenen Schiffbau und eine nationale



Engholm präsentiert sich als Saubermann

Handelsflotte nicht verzichten.

Deshalb sind Schiffbau und Schifffahrt nationale Aufgaben. Die Bundesregierung muß dazu gebracht werden, dauerhaft leistungsfähigen Schiffbau und eine nationale Handelsflotte zu garantieren und die dafür notwendige Förderung bereitzustellen. Wir verlangen eine 28-Prozent-Förderung für alle Schiffbauten in den EG-Staaten ...

Die strukturschwachen ländlichen Regionen brauchen eine verstärkte Förderung ihrer Wirtschaftskraft. Deshalb werden wir die Landesmittel für den Umweltschutz, für Arbeitsmarktpolitik, für die Bauwirtschaft und den Fremdenverkehr hier konzentrieren. Durch ein Zukunftsprogramm „Arbeit und Umwelt für die Westküste“ und ein Entwicklungsprogramm für den Landesteil Schleswig werden wir zukunftssichere Wirtschaftsstrukturen aufzubauen und Arbeitsplätze schaffen.“

von Wissenschaft und Wirtschaft, Ausweitung des Ladenschlusses, flexible persönliche Arbeitszeit sind weitere Inhalte der FDP-Politik aus Programm und Wahlkampf, daneben die Vorschläge, Daimler-Benz eine Teststrecke auf dem ehem. Flughafengelände Kaltenkirchen zu ermöglichen, die Zweitwohnungssteuer abzuschaffen, durch Subventionsabbau das Bauernlegen zu beschleunigen und die „Förderung der Umstellung zum Nebenerwerbsbetrieb durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum“ mit dem Ergebnis Niedrigstlöhne mit Deputat zu erreichen.

Wenn die SPD, die in ihrem Programm ohnehin schon die Förderung von Kapitalisteninteressen propagiert (siehe Kasten), so die FDP umwirbt, kann die Folge nur noch ein weiterer Rechtsruck der SPD sein. Sollte das womöglich der Zweck der „Spiegel“-Enthüllung sein, nicht nur die FDP

zu stärken, sondern auch die SPD als möglichen Koalitionspartner ins Spiel zu bringen und damit deren Abgrenzung gegen die Grünen noch zu forcieren?

Verstärkter Druck auf den SSW-Kandidaten K.O. Meyer, verbunden mit Chauvinismus, ist zu erwarten, nachdem dieser seine Nichtbereitschaft erklärt hatte, einen CDU-Kandidaten zu wählen. Nach Strauß' Äußerung am 17.9.87: „Man darf ein Bundesland doch nicht von einem Dänen regieren lassen“ erklärte H. Geissler ihn am 27.9. zum Bürger zweiter Klasse, der die Interessen der SSW-Minderheit zu vertreten, aber gefälligst nicht das Schicksal Schleswig-Holsteins zu entscheiden habe.

Eine Ablösung der CDU-Regierung ist nicht in Sicht. Denn sie kann auch mit Schwarz als Geschäftsführer regieren, auch noch längere Zeit. Neuwahlen werden jetzt von der SPD und

dann auch von den Grünen als „sauberste“ Lösung gepriesen. Zu befürchten ist aber, daß die SPD sich in einem neuerlichen Wahlkampf programmatisch noch weiter rechts festlegt, daß sie ihn noch stärker gegen die Grünen führt, um ihnen weitere Wähler abzugeben. Es wäre weiter zu befürchten, daß die CDU alles unternimmt, ihre Nichtwähler zu mobilisieren, und das wahrscheinlich nicht „links“. Und ob die Grünen sich darauf besinnen, die Interessen ihrer Wählerbasis gegen die Reaktion geltend zu machen und soziale Fragen (z.B. Bauern!) aufzugreifen, ist alles andere als sicher. Täten sie das aber nicht, könnten sie womöglich wirklich noch mehr verlieren. Auch ist nicht abzusehen, ob Neuwahlen (nach dem Erfolg in Bremen) nicht die Faschisten auf den Plan rufen, die sich bei den Wahlen jetzt offenbar weitgehend enthalten haben. (brb, kaq, hoo)

BRD-Stiftungen in Süd- und Mittelamerika

Instrumente neokolonialistischer Einmischung der BRD-Imperialisten

Die vier politischen Stiftungen der BRD, die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) der CDU, die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) der CSU, die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) der FDP und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) der SPD, verausgabten 1986 zusammen über 400 Mio. DM, die zumeist aus den Bundes- und Landshaushalten stammten, insbesondere aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Schwerpunkt der Auslandstätigkeiten der BRD-Stiftungen liegt in Süd- und Mittelamerika, wohin ca. 1/4 ihrer Gelder fließen. Die besondere Bedeutung der politischen Stiftungen für die BRD-Imperialisten beschrieb der Abgeordnete Picard (CDU/CSU-Fraktion) bereits 1967 während der Diskussion über den Haushalt des BMZ: „Die politischen Stiftungen sind ein Instrument, das im Bereich der Entwicklungshilfe Dinge tun kann, die man ansonsten mit öffentlichen Mitteln nicht tun kann. Wir verfolgen mit Interesse und mit Sympathie, daß die drei (Hanns-Seidel-Stiftung 1976 gegründet, d.V.) Stiftungen in einer weitgehenden Übereinstimmung in der Zielrichtung und in Koordinierung ihre Aktivitäten im Bereich der Entwicklungshilfe entfalten.“ (BT PIPr 08/67) Die „Dinge“, die politische Stiftungen tun können und tun, haben der Staatsapparat der BRD und die Stiftungen vor der Öffentlichkeit verborgen. Die Tätigkeiten der politischen Stiftungen unterliegen der Geheimhaltung.

Als dennoch – wie im Frühjahr d.J. durch die Grünen geschehen – einiges von ihrer subversiven, einmischenden und reaktionären Politik in Süd- und Mittelamerika bekannt wurde, gingen die KAS und die HSS vor Gericht – bisher erfolglos. Was war eigentlich enthüllt worden? In Ecuador war die Einmischung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung in die inneren Angelegenheiten des Landes aufgefliegen. Über fünf Organisationen, die z.T. gemeinsam mit ecuadorianischen oppositionellen politischen Parteien unterhalten werden, hatten beide Stiftungen Gelder in Millionenhöhe der christdemokratischen Opposition für Wahlkampfwertigkeiten zukommen lassen. Die Regierung Ecuadors ließ trotz großer Proteste seitens der BRD-Regierung die fünf Institute und Organisationen schließen bzw. unter Zwangsverwaltung stellen.

Im Juli 1987 enthüllt die kubanische Nachrichtenagentur „Prensa Latina“: „Die westdeutschen politischen

Stiftungen – die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung – ... investieren derzeit große Summen, um Richard Arias Calderon zu unterstützen, den Präsidenten der panamesischen Christlich Demokratischen Partei ... gegen die Regierung Eric Delvalle ... Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung werden oft als Institutionen bezeichnet, die – unter dem Deckmantel der Finanzhilfe an angeblich mit Forschungsarbeiten befaßte private Organisationen – große Geldsummen für die politischen Aufgaben der Mitgliederwerbung und innere Festigung an christlichdemokratische oder christlichsoziale Gruppierungen austeilen ... Ähnliche Vorwürfe wurden kürzlich im Zusammenhang mit dem ecuadorianischen Skandal und im Fall



Warnke, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und B. Heck von der Konrad-Adenauer-Stiftung 1986 zu vertraulichen Gesprächen beim Präsidenten von Guatemala mit den Ergebnissen weiterer Wirtschafts- und Militärhilfe

des abgeschmetteten costaricanischen Präsidentschaftskandidaten ... Calderon Fourier laut“.

Bereits 1986 hatte die US-Zeitung „Washington Post“ einiges über die Tätigkeit der KAS in Nicaragua veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA sollen CIA-Gelder an das „Institut für Volksbildung“ (Ivepo) in Venezuela gegangen sein, das wiederum den christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten und jetzigen Präsidenten von El Salvador, Duarte, unterstützte. Die CIA-Gelder sollen zuerst über die KAS gelaufen sein und dann über die Ivepo bei Contra-Gruppen von E. Pastora gelandet sein. Der Leiter des Instituts für internationale Solidarität der KAS, Thesing erklärte

gegenüber den „Latin America Weekly Reports“: „Es wird (in Nicaragua) eine neue Generation von politischen Führern gebraucht, die es möglich machen, zur Demokratie zurückzukehren. Nichtsdestotrotz ist der Druck von den Contras wichtig, um die Sandinisten zur Richtungsänderung zu bewegen.“ Um die Regierung in Nicaragua zu destabilisieren, finanziert die KAS die katholische Kirche, die christlich-soziale Partei (PCS), die reaktionäre Menschenrechtskommission, die Zeitung „La Prensa“ usw.

Im August 1987 veröffentlichte die chilenische Zeitschrift „Análisis“, daß die Hanns-Seidel-Stiftung an der Vermittlung und Lieferung von 20 MBB-Hubschraubern an das Militär Chiles direkt beteiligt war. Mit einem Teil der Vermittlungsgebühren soll die HSS „gelbe Gewerkschaften“ gefördert haben.

Als erste westdeutsche Stiftung nahm die FES 1968 mit Gründung eines Bildungszentrums in Costa Rica ihre Einmischungspolitik auf. Heute fördern alle vier Stiftungen die politi-

schen Kräfte in Süd- und Mittelamerika, die dem BRD-Imperialismus ihre Länder öffnen wollen. In den letzten Jahren konzentrieren die BRD-Stiftungen ihre Anstrengungen insbesondere auf Mittelamerika. 1985 finanzierten sie mit 30 Mio. DM z.B. in Costa Rica, El Salvador, Guatemala unter der Projektbezeichnung „Managementtraining“ (HSS) Parteien, Institute und Organisationen. Desweiteren werden Zwangsarbeitsmaßnahmen für Bauern in Guatemala von der KAS unterstützt und Waffenlieferungen der BRD an die Regierung vermittelt. Quellenhinweis: Latin America Weekly Report, 21.03.86; FR, 16.05. u. 03.07.87; BMZ, Entwicklungspolitik, Jahresbericht 1986; Jahresberichte 1986 der FES, KAS, HSS, FNS – (sie)

Aufgaben und Grundsätze der politischen Stiftungen

BMZ über nicht-staatliche Entwicklungshilfeorganisationen:

- ... sie stützen sich soweit wie möglich auf einheimisches Personal und machen den größtmöglichen Gebrauch von wirtschaftlichen Ressourcen des betreffenden Entwicklungslandes;
- sie stellen Neuerungen dar und können vom Entwicklungsland als Modell nachgeahmt werden;
- das spezielle Wissen der Träger sowie der jeweils besondere Zugang zu den Menschen in der Dritten Welt bewirken eine hohe Effizienz des Mitteleinsatzes. Verbunden ist dies mit einer Experimentier- und Risikobereitschaft, die für den Staat in diesem Maße selten möglich ist“ (aus: Journalisten-Handbuch 1987 des BMZ)

BMZ zu den politischen Stiftungen:

„Die politischen Stiftungen ... arbeiten eng mit Gewerkschaften, Parteien, Genossenschaften und ähnlichen politischen und sozialen Gruppen in Entwicklungsländern zusammen. Sektorale Schwerpunkte ihrer entwicklungspolitischen Tätigkeit bilden die Stärkung von Gewerkschaften und Parteien, die Förderung von Selbsthilfeorganisationen, insbesondere in ländlichen Gebieten, die Erwachsenenbildung einschließlich Ausbildung und Produktion im Bereich der Massenmedien sowie die Stärkung der sozialwissenschaftlichen Forschungskapazitäten in den Entwicklungsländern.“ (aus: BMZ, Politik der Partner, Dez. 1983)

Hanns-Seidel-Stiftung:

„Entwicklungshilfe als konkrete Friedenspolitik heißt, die unauflösliche Interdependenz von Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit zwischen diesen Staaten und den Entwicklungsländern zu verdeutlichen. Damit wird auch die Interessenslage der Bundesrepublik Deutschland bei den Beziehungen zur Dritten Welt deutlicher: Partnerschaft und Zusammenarbeit mit jenen Entwicklungsländern, die sich mit diesen Zielen solidarisch erklären ... Auf der Grundlage ihrer ethischen und politischen Orientierung versucht die Hanns-Seidel-Stiftung in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern in der Dritten Welt folgende entwicklungspolitische Ziele zu verwirklichen:

- Realisierung der Zusammenarbeit auf der Grundlage christlicher Ethik und Verantwortung gegenüber dem Partner;
- Stärkung staatsbürgerlicher Bildung,
- Förderung demokratischer Entwicklungen, Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Bildungsmaßnahmen auf einer breiten Bevölkerungsbasis,
- Förderung der Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Organisationen und Gruppen als komplementäre Maßnahmen zu den staatlichen Aufgaben,
- Förderung der politischen Mitwirkung eines breiten Spektrums von sozialen Gruppen durch Vermittlung von Wissen und Verstehen um politische Zusammenhänge,
- Aktivierung von Selbsthilfe und Eigeninitiative zur Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung, dazu gehören auch die Deckung des Bedarfs an öffentlichen Dienstleistungen, wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Maßnahmen, die ein geregeltes Arbeitskommen ermöglichen,
- Förderung bei der Schaffung menschenwürdiger, gesellschaftlicher Strukturen,
- Unterstützung zur Schaffung leistungsfähiger Führungskräfte, im besonderen auf der Ebene des mittleren Managements und der öffentlichen Verwaltung ... Die Hanns-Seidel-Stiftung legt großen Wert darauf, daß die ausgewählte Partnerorganisation die Mobilisierung dieser Bevölkerungsschichten mitträgt. Die Erfahrung zeigt, daß dadurch der Partner ausreichend in die Lage gesetzt wird,

unter Berücksichtigung seiner originären Bedingungen auf eine landesspezifische Veränderung der Rahmenbedingungen hinzuwirken.“ (aus: Hanns-Seidel-Stiftung, Politische Bildungsarbeit im Dienste der Bürger)

Konrad-Adenauer-Stiftung:

„... geleitet von den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit (sollen) die folgenden entwicklungspolitischen Ziele erreicht werden:

- ... - Dialoge über politische, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Themen mit maßgeblichen Persönlichkeiten aus dem politischen und geistigen Leben der Entwicklungsländer
- Heranbildung einer breiten Schicht informierter und verantwortlich handelnder Staatsbürger
- Einübung demokratischer Verhaltensweisen einschließlich der Fähigkeit zum Kompromiß, zur friedlichen Konfliktklärung, zur Konsensbildung
- Entwicklung der Fähigkeit zur Selbstverantwortung und Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes
- Entwicklung von Formen verbesserter politischer Partizipation
- Verstärkung der Fähigkeiten des einzelnen und organisierter Gruppen, sich gesellschaftliche Freiräume zu schaffen
- Ermunterung bei der Durchsetzung legitimer kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Interessen.

Friedrich-Naumann-Stiftung:

„Die Stiftung konzentriert sich mit ihrer politischen Bildungsarbeit im Ausland auf fünf Tätigkeitsbereiche:

1. Erwachsenenbildung, 2. Medienausbildung und -förderung, 3. Rechtsstaat und Menschenrechte, 4. Veranstaltungen zum Politikdialog, 5. Selbsthilfeorganisationen ... Die Arbeit mit Fach- und Führungskräften beinhaltet auch die Erhellung politischer Zusammenhänge ... Im Sinne des Stiftungsgrundsatzes: „Zusammenwirken mit gleichgesinnten Menschen und Gruppen im Ausland“ wendet sich die Friedrich-Naumann-Stiftung an liberale Gruppen und Vorfeldorganisationen politischer Parteien in aller Welt. Ziel ist die Unterstützung des liberalen Potentials in den Partnerländern.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung will mit ihrer Auslandsarbeit dazu beitragen, daß Individuen und Gruppen in Entwicklungsländern sich stärker an gesellschaftlichen Entscheidungen beteiligen können ... Um diese Ziele (Rechtsstaat und Menschenrechte) ... zu erreichen, leistet die Stiftung Beiträge zur Erarbeitung bzw. zur Umsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze und Wahrung der Menschenrechte.“ (aus: Jahresbericht 1986 der Friedrich-Naumann-Stiftung)

Friedrich-Ebert-Stiftung:

„Die Projekte der Abteilung Entwicklungsländerforschung sind an drängenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen des jeweiligen Landes orientiert. In den Projekten wird der Versuch unternommen, die gesellschaftlichen Kräfte der Entwicklungsländer in ihrer Fähigkeit zu stärken, die Probleme ihres Landes zu erkennen, in öffentliche Diskussionen zu tragen und Lösungswege zu erarbeiten. Die Projekte tragen dazu bei die zu diesem Prozeß erforderlichen Bedingungen herzustellen und zu verbessern. Benötigt werden:

- eine ausreichend entwickelte nationale Wirtschafts- und Sozialforschung;
- ein Mindestmaß an öffentlicher Diskussion unter den gesellschaftlichen Kräften;
- eine ausreichende Verzahnung von Wissenschaft und politischem, wirtschaftlichem und sozialem Entscheidungsbereich.

Partner der Zusammenarbeit sind neben Forschungsinstitutionen Parteien, Gewerkschaften, Administrationen und weitere gesellschaftliche Kräfte wie z.B. die Massenmedien.“

(aus: Jahresbericht 1986 der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Philippinen

Bevorstehende Landreform ändert nichts am Elend der Landbevölkerung

Halbfeudaler Großgrundbesitz sowie kapitalistische Plantagenwirtschaft kennzeichnen die agrarischen Produktionsverhältnisse auf den Philippinen. 90% des Landes sind in den Händen von 10% der Bevölkerung konzentriert. Es gibt auf den Philippinen keine zahlenmäßig große Schicht von selbstwirtschaftenden Bauern, denen ihr Land auch gehört. Die Landbevölkerung (70% der Bevölkerung von 53 Mio. leben auf dem Land) zerfällt hauptsächlich in Pächter, deren Schicksal vom Wohlwollen der Landlords abhängt, und in Landarbeiter, die auf den Zuckerrohr-, Kokosnuß-, Ananasplantagen arbeiten und allenfalls ein Stück Garten bebauen können. Der Verfall der Weltmarktpreise für agrarische Rohstoffe in den letzten Jahren hat die Verelendung der Landbevölkerung und insbesondere der Landarbeiter vorangetrieben, denn die Landlords bzw. die Agrarkonzerne haben die Rechnung für den Verfall der Rohstoffpreise von der Landarmut zahlen lassen. Zwischen 70% und 80% der philippinischen Bevölkerung leben heute unter der Armutsgrenze.

Diese Produktionsverhältnisse sind die Ursache dafür, daß die Landwirtschaft trotz relativ günstiger Naturbedingungen nur 30% des Brutto-Inlandprodukts erwirtschaftet, daß die Philippinen sich landwirtschaftlich kaum selbst versorgen können und die Produktionserträge der Landwirtschaft weit unter denen anderer asiatischer Länder liegen. Die Hektarerträge für Reis sind nur halb so hoch wie in der VR China, Südkorea oder Japan, die Hektarerträge für Getreide nur ein Drittel so hoch. Reis und Getreide werden hauptsächlich von Pächtern angebaut. Aber auch die Erträge der kapitalistisch betriebenen Plantagenwirtschaften rangieren weit unter denen vergleichbarer Plantagen etwa in Malaysia oder Indonesien. Der Verfall der Rohstoffpreise hat dazu geführt, daß viele Plantagen brachliegen – trotz des Landhungers der Landarbeiter.

Die Durchführung einer Landreform ist unter diesen Umständen der Schlüssel für die Verbesserung der Lage der Landbevölkerung und für die Wirtschaftsbelebung und Industrialisierung überhaupt. Auch jeder Versuch, das Land von einer halbfeudalen Agrargesellschaft in eine kapitalistische Gesellschaft zu verwandeln, würde eine Landreform und damit im Gefolge eine Entwicklung des Binnenmarktes voraussetzen. Nicht nur die Revolutionäre propagieren daher eine Landreform, sondern auch die Welt-

bank, die Katholische Bischofskonferenz, die US-Berater um die jeweilige philippinische Regierung und alle philippinischen Präsidenten seit 1945 – natürlich mit unterschiedlichem Inhalt. Diktator Marcos hatte in den 70er Jahren mehrere hunderttausend Pächter zu Landeigentümern gemacht – mit dem Ergebnis, daß diese Bauern nach wenigen Jahren aufgrund der Zinsbelastung hoffnungslos verschuldet und zudem ihr Land wieder los waren. Präsidentin Aquinos Amtszeit nach dem Sturz der Marcos-Diktatur begann mit dem Versprechen einer Landreform.

Ein Jahr lang geschah nichts, bis die Bauernbewegung der Philippinen,



Demonstration der philippinischen Bauernbewegung KMP gegen die Landreformpolitik der Regierung Aquino im Januar

die die Interessen der Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter vertritt und mit der Einheitsfrontorganisation NDF zusammenarbeitet, am 22. Januar 1987 eine Demonstration für Landreform in Manila durchführte und Präsidentin Aquino ihre Forderungen übergeben wollte. Die Armee hatte den Präsidentenpalast umstellt und erschöß 22 Bauern. Anschließend brach in der Aquino-Regierung emsige Aktivität aus, zumal auch Bischöfe und Jesuiten eine Landreform angemahnt hatten. Eine von Präsidentin Aquino handverlesene Kommission mit einem (!) Vertreter der Bauern strickte an einem Landreformprogramm, das schließlich im Mai veröffentlicht wurde.

Nichts bringt den Klassencharakter des Aquino-Regimes besser zum Ausdruck als das dann veröffentlichte und von Frau Aquino als präsidiales Dekret verabschiedete Landreformprogramm: Von der Landreform ausgenommen sind zunächst die Zucker-

rohr- und Kokosplantagen, die die wichtigsten Agrarexporte liefern. Ferner Ländereien, bei denen „ökologische, entwicklungspolitische und Gerechtigkeits-Überlegungen“ zu beachten seien; damit sind die von den internationalen Agrarkonzernen betriebenen Ananas-, Kaffee-, Kakao- und Bananenplantagen gemeint sowie die in den letzten Jahren wie überall in Asien aufgebauten profitablen Krebszüchtereien auf ehemaligen Reisfeldern. Mit diesen wesentlichen Ausnahmen soll die Höchstgrenze jedes Landbesitzes auf maximal sieben Hektar beschränkt sein.

Etwa 3,8 Mio. ha, 18,5% der Anbaufläche, vor allem Reisplantagen und beschlagnahmtes Land von Marcos-Anhängern, sollen umverteilt werden an etwa 2,6 Mio. Bauern und Pächter. Die früheren Besitzer werden natürlich entschädigt – auf Grundlage ihrer eigenen Deklaration über den gegenwärtigen Marktwert des Landes.

Die neuen Landeigentümer haben jährlich einen Teil des Kaufpreises plus 6% Zinsen abzutragen über 30 Jahre. Landarbeiter sollen nicht Landeigentümer, sondern Besitzer von Aktien der Plantagensgesellschaft werden – als ob das ihren Hunger lindern kann. Das brachliegende Plantagenland, das inzwischen Landarbeiter in vielen Landesteilen besetzt haben und bebauen, soll nicht in ihren Besitz übergehen.

Noch ist diese Landreform, ausgearbeitet von einer Regierung der Großgrundbesitzer (Frau Aquino persönlich besitzt eine Plantage von 6000 ha, ihre Familie kontrolliert eines der größten Vermögen an Industriebeteiligungen und an Grund und Boden), nicht Gesetz. Das philippinische Parlament, dessen Mitglieder zu 70% Grundbesitz haben, soll bis Ende Oktober endgültig so wichtige Details wie die Finanzierung, die Entschädigung und die Höchstgrenze für Landbesitz festlegen.

Für die Landbevölkerung der Philippinen bringt diese Landreform wenig bis nichts. Antonio Zumel, Sprecher der NDF und früherer Unterhändler der NDF in den gescheiterten Verhandlungen mit der Aquino-Regierung, erklärte, die Aquino-Landreform sei „in wesentlichen Zügen eine Wiederauflage des heute diskreditierten Präsidialerlasses 27, mit dem der gestürzte Diktator Marcos Landraub im großen Maßstab durch ausländische und lokale Interessen verschleierte ... Die schon verelendeten Bauern werden sich noch tiefer verschulden durch die Kredittilgung für Landbesitz, der zu spekulativen Preisen bewertet ist. Gar nicht zu reden von den steigenden Preisen für agrarische Inputs wie Dünger, Pflanzenschutzmittel und Saatgut, von denen entweder ausländische Konzerne oder lokale Kompradoren oder beide profitieren ... Das Versprechen, Pachtland in

ländlichen Kleinbesitz zu verwandeln, soll den Eindruck vermitteln, die Regierung führt grundlegende Reformen durch. Tatsächlich handelt es sich nur um ein paar Projekte mit einigen Hektar Brachland. Das ist alles, was die Bauern erwartet.“

Die Bauernbewegung der Philippinen hat im ganzen Land schon Demonstrationen für eine wirkliche Landreform, gegen das Aquino-Landreformprogramm durchgeführt. Landarbeiter weigern sich, die von ihnen besetzten und bebauten Ländereien zu verlassen. Unterstützung hat die Bauernbewegung ironischerweise von der Weltbank, die in der Aquino-Landreform kein geeignetes Instrument für die Kapitalisierung der philippinischen Gesellschaft, sondern zur Versorgung des Großgrundbesitzes sieht. Auf der anderen Seite haben die Großgrundbesitzer ihre Privatarmeen längst mobilisiert, Widerstand gegen

Aus dem „Wegweiser zur Landreform“ der CPP

– Der Hauptinhalt der demokratischen Revolution des Volkes ist die Erfüllung der Forderung der Bauern nach Land und die Auslöschung der verschiedenen Formen feudaler und halbfeudaler Ausbeutung. – Es ist deswegen Hauptaufgabe der demokratischen Volksregierung, die drängenden Forderungen zu erfüllen durch eine umfassende Landreform, deren wesentlicher Inhalt die freie Verteilung des Landes an die armen und unteren Mittelbauern und die Entwicklung einer produktiven Kooperation unter den Bauern ist. – Dieses Landreformprogramm hat als Minimalziel die drastische Senkung des Pachtzinses und die Beseitigung von Wucher; als Maximalziel die freie Verteilung des Landes an die, die es bebauen und die kein oder zu wenig Land haben. Dieses Programm beinhaltet als konstante Aufgabe auch die Erhöhung der Löhne und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Farmarbeiter in kapitalistisch betriebenen Plantagen. – Die freie Verteilung des Landes wird wirksam, sobald die CPP, die NPA, die demokratische Volksregierung, die Bauernverbände und andere Massenorganisationen, die Milizen und lokalen Guerillaeinheiten ausreichend stark in dem entsprechenden Gebiet sind ... – In Gebieten mit feudalen Strukturen soll der Pachtzins auf 10% oder sogar weniger von jeder Ernte gesenkt werden. Der Pachtzins kann bar oder in Naturalien entrichtet werden. – Der Nettoernteertrag ist zu ermitteln durch Abzug aller vom Pächter aufgebrauchten Produktionskosten von dem Ernteertrag. Kosten für Pflügen,

Eggen, Miete oder Abschreibung auf Maschinen und Zugvieh, Bewässerung ... gehören zu den Produktionskosten. Die Kosten sollen sowohl nach den von den Bauernvereinigungen gesetzten Preisstandards als auch nach aktuellen Preisen bestimmt werden. – Der Wucher soll vollständig beseitigt werden durch vier Methoden: a) indem die Bauern persönliche Ersparnisse bilden; b) indem die Bauernvereinigung als Kooperative arbeitet und Rücklagen bildet; c) indem der Zinssatz auf jährlich 6% begrenzt wird; d) durch Negation aller ungerechtfertigten Schulden und Neuberechnung alter Schulden für die zurückliegenden fünf Jahre auf Basis von 6% Jahreszins ... – Das Land soll von den Landlords beschlagnahmt werden und an die armen Bauern und unteren Mittelbauern verteilt werden, die vorrangigen Anspruch auf das Land haben, das sie bebauen, die aber gleichzeitig bestimmten Anpassungen zustimmen sollen, damit jede Familie genug Land hat und die allgemeine Wohlfahrt gefördert wird. – Das Land soll nach dem Prinzip der Egalisierung des Landbesitzes verteilt werden und soll den armen Bauern und den unteren Mittelbauern ermöglichen, den Status eines Mittelbauern zu erreichen ... – Auf allen kapitalistisch betriebenen Farmen sollen die Bildung von Gewerkschaften, die Ausübung demokratischer Rechte durch die Arbeiter und Forderungen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen unterstützt werden ... – Je nach den Umständen wird die demokratische Volksregierung kapitalistisch betriebene Plantagen übernehmen oder den Besitzern die Weiterführung unter strikten Auflagen erlauben ...



Niedrige Produktivität der Landwirtschaft aufgrund der Besitzverhältnisse

jede Landverteilung angekündigt und zusammen mit Armeeeinheiten die Jagd eröffnet auf Landbesitzer, Mitglieder der Bauernbewegung und auch auf Kirchenmänner, die die Bauern unterstützen. Das Aquino-Landreformprogramm kann nur zur Verschärfung des Klassenkampfes und des Guerillakrieges auf den Philippinen führen.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF, No. 2/87; SZ, div. Ausgaben; NZZ, 22.8.87; People's War in the Philippines, Broschüre der NDF, Oakland 1974 – (wom)

Nordkorea

Gläubigerbanken drängen auf Wirtschaftsreformen

Anfang August erklärten über 100 Banken Nordkorea für zahlungsunfähig und drohten mit der Einleitung von Pfändungsverfahren gegen nordkoreanische Auslandsguthaben und Exporte. Der Grund: Nordkorea hat seit drei Jahren nicht einmal mehr Zinsen gezahlt, und die Tilgungszahlungen sind bereits seit den 70er Jahren z.T. nicht mehr geleistet worden. Die nordkoreanische Auslandsschuld in Höhe von ca. 1,4 Mrd. US-\$ bei westeuropäischen, japanischen und australischen Banken, wovon die BRD-Banken selbst einen Anteil von fast 14% halten, ist jedoch bis Ende 1988 umgeschuldet, und die imperialistischen Banken haben ihre Außenstände zumeist abgeschrieben.

Trotz der Verschuldung, die in den frühen 70er Jahren durch kreditfinanzierte Importe von Maschinen, Fertigungsanlagen usw. aufgelaufen war, konnte sich Nordkorea sehr zum Ärger seiner Gläubiger weitgehend erfolgreich und ohne Schaden für den Aufbau des Landes dem imperialisti-

schen Würgegriff entziehen.

Andererseits bestehen Anzeichen dafür, daß die Gläubigerbanken mit ihrem jüngsten Vorstoß weitere Zugeständnisse Nordkoreas erreichen könnten, seine unabhängige Wirtschaftspolitik im Rahmen einer „Öffnung“ zu verändern. So beschloß die Oberste Volksvertretung Nordkoreas bereits 1984 ein Joint-Venture-Gesetz in Anlehnung an chinesische Vorbilder. Demzufolge ist es nordkoreanischen Unternehmen möglich, mit ausländischen Gesellschaften auf Basis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit Firmen zu gründen. Erfasst sind u.a. Industrie, Bauwesen, Transport, Fremdenverkehr. Entgegen den Wünschen und Forderungen der Gläubigerbanken hat Nordkorea den Sektor Bergbau für Joint-Venture-Vorhaben nicht geöffnet.

Die nordkoreanische Regierung unternimmt große Anstrengungen, die Rohstoffexporte des Landes zunehmend durch den Export von Fertigzeugnissen zu ersetzen bzw. zunächst deren Anteil zu vergrößern. Gleichzeitig sollen Tauschgeschäfte, wie sie z.B. im Handel mit der Sowjetunion üblich sind, ausgeweitet werden. Nach wie vor aber besteht der Export überwiegend aus Rohstoffen wie Gold, Silber, Mangan usw. Eine Forderung der Gläubigerbanken ist, daß Nordkorea seine Minen modernisiert, um die Produktion und somit die Ausfuhr von Rohstoffen zu erhöhen. Maschinen und Anlagen sollen durch Kredite finanziert werden. Die nordkoreanische Regierung hat dies abgelehnt. Quellenhinweis: International Herald Tribune, 03.8. und 16.09.; Industriemagazin, 15.10.; FR, 08.08., NZZ, Ausgaben August/September – (sie)

Frankreich

Referendum in Neu-Kaledonien

Am 13.9. fand in der französischen süd pazifischen Kolonie Neu-Kaledonien das lange geplante Referendum statt, das entscheiden sollte, ob die Neukaledonier künftig bei Frankreich bleiben oder vollständig unabhängig werden wollen. Auf den ersten Blick scheint das Ergebnis ein Triumph für die Politik des Premierministers Chirac, des Ministers für die Überseeterritorien, Pons, und ihrer lokalen Parteianhänger zu sein, denn die Gesamtergebnisse sehen wie folgt aus: von 85022 eingetragenen Wählern nahmen 50250 an der Wahl teil, davon gültige Stimmen waren 49453. Davon sprachen sich 48611 (98,30%) für den Verbleib bei Frankreich aus, 842 (1,70%) für die Unabhängigkeit, 40,89% boykottierten die Wahl.

Betrachtet man jedoch die Wahler-

gebnisse in den Regionen und dementsprechend die Verteilung der einzelnen Bevölkerungsgruppen auf diese, so ergibt sich ein anderes Bild. Die Bevölkerung Neu-Kaledoniens, bestehend aus der großen Insel „Grande Terre“ und einer Ansammlung von kleineren Inseln, „Iles Loyaut'e“, setzt sich zusammen aus 61870 (42,56%) Melanesiern, die sich selbst Kanaken nennen, 53974 (37,12%) Europäern sowie 29524 (20,3%) anderen. An der Süd- und Westküste von Grande Terre mit der Hauptstadt Noum'ea sind die meisten Europäer angesiedelt. Hier lag die Wahlbeteiligung bei über 50%. Nach Angaben des Führers der Unabhängigkeitsbewegung FLNKS, Tjibaou, haben jedoch 83,20% der Kanaken das Referendum boykottiert. Die Ergebnisse nach Regionen sehen so aus: Süd: für Frankreich: 35291, dagegen: 380, Boykott: 18,97%. Zentrum: für Frankreich: 5936, dagegen: 180, Boykott: 54,68%. Nord: für Frankreich: 4468, dagegen: 252, Boykott: 67,27%. Iles Loyaut'e: für Frankreich: 2916, dagegen: 30, Boykott: 75,09%.

Um dieses „demokratische“ Referendum durchzusetzen, übte die französische Regierung schon Wochen vorher Polizeiterror aus. Zuletzt waren 9000 Soldaten in Kaledonien stationiert. Der FLNKS wurden wochenlang jegliche Demonstrationen verboten, in den von Kanaken bewohnten Vierteln von Noum'ea wurde der Taxi- und Busverkehr stillgelegt. Am 8.9. wurden vier Journalisten von Fallschirmjägern festgenommen und erst nach zweistündigem Verhör freigelassen. Die französischen Journalistengewerkschaften haben dagegen scharf protestiert. Am Wahltag selbst wurden Ausweiskontrollen durchgeführt und Filmverbote in den Wahllokalen ausgesprochen. Die FLNKS hatte zu Gewaltfreiheit aufgerufen, hatte aber in und um den Wahlbüros Beobachter postiert. Die FLNKS lehnt wie auch ihr radikaler Flügel FULK die Ergebnisse des Referendums ab. Ihrer Meinung nach sind Stimmen gekauft worden. Staatspräsident Mitterrand wirft der Regierung vor, die „kolonialistischen Ungleichheiten“ zu bewahren, z.B. daß die Minderheit der Europäer die Mehrheit an Grund und Boden besitze, daß der Großteil der Verwaltung und des Schulwesens in europäischer Hand sei. Er schlägt den Status einer „inneren Autonomie“ vor. In diese Richtung gehen auch Chiracs Pläne. Danach sollen die Kaledonier die innere Verwaltung ausüben, während Frankreich die Bereiche Geldwesen, Außenpolitik, Verteidigung und Justiz behält. Die FLNKS lehnt Verhandlungen über einen solchen Status ohne Einbeziehung der Unabhängigkeitsforderung ab. Quellenhinweis: „Le Monde“ v. 13.9. bis 19.9.87 – (sur)

Österreich

Geld für Abfangjäger auf Kosten der Armen

Ende letzter Woche hat ein parlamentarischer Unterausschuß den Antrag der steirischen ÖVP, vom Kaufvertrag mit der schwedischen Firma SAAB über 20 neue Abfangjäger des Typs „Gripen“ zurückzutreten, abgelehnt. Die steirische ÖVP ist gegen den Ankauf dieser Abfangjäger, weil sie komplett in der Steiermark stationiert werden sollen. Die Bundes-ÖVP tritt entschieden für den Kauf ein, und Verteidigungsminister Lichal (ÖVP) erklärte deutlich, der Vertrag sei rechtlich nicht anzufechten. Die steirische ÖVP erwägt nun, einen Mißbrauchsantrag gegen Lichal zu stellen. Für den Ankauf der Abfangjäger ist also genug



Besetzung des Finanzministeriums Anfang Juni

Geld vorhanden. Es wird auf Kosten der Armen aufgebracht. Ende August stellte Finanzminister Lacina (SPÖ) das Sparprogramm der Großen Koalition für den Haushalt 1988 vor. Gemäß dem Koalitionsabkommen soll die Neuverschuldung des Haushaltes 1988 auf 70 Mrd. S gesenkt werden (im laufenden Jahr ist sie auf 73 Mrd. S veranschlagt). Das Sparprogramm sieht unter anderem vor: keine Lohnerhöhungen für die Beamten; Einfrieren der Pensionen für ehemalige Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes auf dem Niveau von 1987; Anhebung der Altersversicherungsbeiträge von Bauern und Selbständigen um 1%; Verringerung der Wohnbauförderungsbeiträge; Abschaffung der von der Regierung Kreisky eingeführten Heiratsbeihilfe; Einschränkung der Leistungen aus dem Familienausgleichsfonds – z.B. Begrenzung der Kinderbeihilfe bis zum 25. Lebensjahr. Familienministerin Flemming (ÖVP) hält diese Einschränkungen für „notwendig, richtig und sozial ausgewogen“. Daß z.B. allein durch die Einschränkung der Kinderbeihilfe

17000 Studenten betroffen sind, hält sie für lapidar. Diese könnten die eintretenden finanziellen Verluste durch einen Nebenjob auffangen. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt mittlerweile in Österreich bei 7%. Rund 50% der registrierten Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld in Höhe von 5000 S (rund 700 DM) oder weniger. 25% der arbeitslosen Jugendlichen haben nicht einmal Anspruch auf Unterstützung nach dem ALVG. Sozialhilfeempfänger erhalten einen Grundsatz von 3400 bis 3700 S (je nach Bundesland). Nach OECD-Kriterien ist das Existenzminimum auf 6000 S monatlich festgesetzt. Rechnet man die 560000 Beschäftigten hinzu, die netto 6000 S/Monat verdienen, befinden sich etwa eine Million Menschen auf oder unter dieser Armutsgrenze. Das sind 16% der österreichischen Bevölkerung. Leute genug, die sich nach einem „Nebenjob“ umsehen müssen. Die Österreichische Industrie-Holding AG (ÖIAG), die Muttergesellschaft der verstaatlichten Betriebe, legte im Juli ihren Jahresabschluß für 1986 vor. Die Beschäftigtenzahlen gingen danach von 1981 114000 auf 1986 102000 zurück; allein im ersten Halbjahr 1987 sanken sie um weitere 6% auf 90800. Weitere Entlassungen und Betriebsstillegungen stehen an. Wasser auf die Mühlen der Vorkämpfer für eine Reprivatisierung der verstaatlichten Industrie: Dem ehemaligen Finanzminister und jetzigen Vorsitzenden der Creditanstalt-Bankverein, Androsch, „erscheint es sinnlos“, in Fällen von Reprivatisierungs- oder Beteiligungsunternehmen „an der Diskriminierung ausländischen Kapitals festhalten zu wollen.“ Innerhalb Westeuropas habe man „die Staatsgrenzen als überholt zu vergessen und den ganzen Kontinent als den Heimatmarkt zu verstehen.“

Quellenhinweis: Zusammen, 11/87, 12/87; Die Presse; NZZ, div. Ausgaben – (rua)

Norwegen

Wahlerfolge ausländischer „Fortschrittspartei“

Bei den Bezirks- und Kommunalwahlen am 14.9. konnte die von C.I. Hagen geführte Fortschrittspartei ihre Stimmen auf Kosten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der konservativen Høyre verdoppeln.

Die Ergebnisse im einzelnen (in Klammern Verluste und Gewinne gegenüber den letzten Bezirkswahlen 1983 und den Wahlen zum Parlament 1985): Sozialdemokratische Arbeiterpartei 36,2% (-2,8%; -4,6%); Høyre 23,6% (-2,8%; -6,9%); Fortschrittspartei 12,2% (+5,9%; +8,5%); Christliche Volkspartei 8,0% (-0,7%); Zen-

trumspartei 6,9% (-0,3%). Diese beiden hatten mit Høyre bis 1986 die bürgerliche Koalitionsregierung gebildet. Einzige die Sozialistische Linkspartei verbesserte sich um 0,3% auf 5,7%. Die übrigen Parteien, die an den Lokalwahlen teilnahmen, sind im Storting (Parlament) nicht vertreten. Sie konnten ihre Stimmenanteile im großen und ganzen halten. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,5% gegenüber rund 70% 1983. In Oslo und Bergen erhielt die Rechtspartei nahezu 20% der Stimmen. Wie die bürgerliche Presse behauptet, gelang ihr vor allem in den traditionellen Arbeitervierteln der Städte ein Durchbruch. Die als Steuerprotestpartei entstandene Fortschrittspartei tritt für eine restriktive Flüchtlings- und Ausländerpolitik ein, fordert Senkung von Steuern und öffentlichen Ausgaben sowie Investitionen im privaten Sektor. Die ansteigende Zahl von politischen Flüchtlingen und Asylbewerbern (für 1987 werden 10000 erwartet) nutzte die Fortschrittspartei für ihre flüchtlings- und einwandererfeindlichen Parolen im Wahlkampf.

Namibia

Aufschwung des Befreiungskampfes ist die Antwort auf die Verfassungsentwürfe

Anfang August veröffentlichte die von Südafrika eingesetzte Übergangsregierung in Namibia gleich zwei Entwürfe für eine neue Verfassung. Die der Regierung angehörenden Parteien hatten sich nicht auf einen Entwurf einigen können, die Partei der weißen Rassisten, die Nationale Partei, legte einen eigenen Entwurf vor. Der Entwurf der Mehrheit schlägt eine Verfassung vor, der die Mitarbeit westdeut-

Nicht übersehen werden darf allerdings, daß auch die mit einem Minderheitskabinett regierende Sozialdemokratische Arbeiterpartei nach rechts treibt. Für Norwegens wirtschaftliche Probleme – 20% des Staatshaushalts werden aus dem Ölgeschäft bestritten; diese Einnahmen halbierten sich 1986 aufgrund des Ölpreisverfalls – scheinen auch die Sozialdemokraten die Sündenböcke gefunden zu haben. In der Woche vor den Wahlen erklärte die Justizministerin Helen Boesterud, daß nur ein Viertel der Asylsuchenden in Norwegen echte Flüchtlinge seien, 75% würden in Wirklichkeit einen Arbeitsplatz suchen. „Es ist höchst ungerecht, daß Leuten mit dem Geld und den Möglichkeiten, nach Norwegen zu reisen, erlaubt wird, in diesem Land zu bleiben und damit die echten Flüchtlinge zu verdrängen, die unter dem Schutz der Vereinten Nationen darauf warten, daß sie an die Reihe kommen.“ Carl I. Hagen wird ihr diese Unterstützung für seine Fortschrittspartei gedankt haben.

Quellenhinweis: Times, 16.9.87; NZZ, 17.9.87; HAZ, 16.9.87 – (ti)

schier Juristen von weitem anzusehen ist. Sie enthält: eine garantierte Vertretung für die 75000 Mann starke weiße Minderheit in Regierung und Parlament, ein System von Regionalregierungen und Zentralregierung und -parlamenten, der Schutz des Privateigentums und der Menschenrechte. Die Nationale Partei will keine regionale Untergliederung, sondern eine Besetzung des Parlaments nach Stäm-



Kämpfer der PLAN, der Befreiungsarmee der SWAPO, haben ein Flugzeug der südafrikanischen Armee abgeschossen.



Am 25. September sind zum zweiten Mal in diesem Monat etwa 5000 Arbeiter des größten südkoreanischen Automobilkonzerns Hyundai in den Streik getreten. Der Streik begann am 24. September im Hyundai-Werk in der Automobilstadt Ulsan. Dort versammelten sich auch einen Tag später 3000 Automobilarbeiter und protestierten mit einem sit-in innerhalb des Hyundai-Werks für höhere Löhne. Vorausgegangen war die Ablehnung einer bereits ausgehandelten Lohnerhöhung von 14,5% durch 150 Gewerkschaftsdelegierte der unabhängigen Gewerkschaft. Die meisten südkoreanischen Gewerkschaften hatten Lohnforderungen von über 20% erhoben. Bild: Busfahrer-Streik – (sie)

Frankreich: Druckerstreiks gegen Schadensersatz

Am 25. September bestreikten die französischen Drucker für 24 Stunden nahezu alle Zeitungen. Die meisten Zeitungen konnten infolgedessen nicht erscheinen. Dem Streikaufruf der kommunistischen Gewerkschaft CGT schlossen sich auch die Beschäftigten beim Inlandsdienst der Nachrichtenagentur AFP an. Die CGT hatte zu dem Streik aufgerufen, nachdem die Polizei demonstrierende Drucker angegriffen hatte und einige von ihnen verletzt wurden. Die Demonstranten hatten sich mit vier Druckern solidarisiert, die in Le Mans wegen wilden Streiks zu Schadensersatzzahlungen verurteilt worden waren. Bereits

dort waren Polizeikräfte gegen vor Gericht protestierende Drucker vorgegangen. – (sie)

USA: Reagan ordnet Schließung von PLO-Büro an

Die Reagan-Regierung hat die Washingtoner Vertretung der PLO aufgefordert, binnen 30 Tagen ihr dortiges Informationsbüro zu schließen. Als Begründung nannte die Regierung ihre „Beunruhigung“ über angebliche „Terroraktivitäten“ aus den Reihen der PLO. Der Beobachter der Arabischen Liga bei der UNO, C. Mak-sound, verurteilte in einer Stellungnahme diese Maßnahme der US-Regierung, die das Verhältnis zwischen den arabischen Staaten und den USA belasten werde. – (sie)

Südafrika: Mercedes bietet Streikenden weniger als 4 DM

Seit dem 3. August streiken 2800 Arbeiter von Mercedes-Benz Südafrika für einen Mindestlohn von 5 Rand (4,40 DM) pro Stunde. Am 9. September hat Mercedes-Benz die streikenden schwarzen Arbeiter entlassen. Seither versucht Mercedes-Benz mit der Wiedereinstellung von Entlassenen und Neueinstellungen den Streik



zu brechen, jedoch bislang ohne Erfolg. Die NUMSA führt ständig Kundgebungen durch und hält Treffen ab. Arbeitslose solidarisieren sich mit dem Streik. Inzwischen hat die NUMSA ihre Forderung auf einen Stundenlohn von 4,50 Rand (4,05 DM) zurückgenommen und eine Laufzeit des Abschlusses bis April nächsten Jahres und eine anschließende Erhöhung auf 5 Rand gefordert. Dies würde Mercedes-Benz umgerechnet gerade 300000 DM im Jahr kosten. Mercedes-Benz bot zuletzt 4,18 Rand. Die IG Metall organisiert zur Zeit Solidaritätsveranstaltungen mit NUMSA-Vertretern. – (sie)

men und jenen sogenannten ethnischen Gruppen, in die die Rassisten das namibische Volk eingeteilt haben. Beide Verfassungsentwürfe haben wenig Aussicht, jemals in Kraft zu treten. Südafrika hatte die Übergangsregierung vor zwei Jahren eingesetzt mit dem Auftrag, die Unabhängigkeit Namibias unter Umgehung UN-Resolution 435 vorzubereiten, d.h. ohne daß allgemeine Wahlen unter Aufsicht der UNO stattfinden sollten. Zu diesem Zweck hatte die südafrikanische Regierung außer den europäischen Rassisten und afrikanischen Marionettenorganisationen auch Abspaltungen von Befreiungsbewegungen und oppositionellen Parteien in die Regierung geholt. Die Hoffnung war, die Popularität der Befreiungsorganisation SWAPO und anderer Organisationen, die für die Befreiung Namibias kämpfen, zu brechen. Die südafrikanische Regierung hat in der Debatte um die

Verfassung unverhohlen klargemacht, daß sie für Namibia einen ähnlichen Status anstrebt wie für die „unabhängigen“ Homelands in Südafrika: die Kontrolle über die Außen- und Militärpolitik hat Südafrika und die Kontrolle über die Wirtschaft haben die, denen die Unternehmen gehören. Die Unabhängigkeit wäre eine Farce.

Doch obgleich auch die imperialistischen Staaten signalisierten, bei innerem Erfolg könne eine Anerkennung der Übergangsregierung möglich sein, zeichnet sich ihr Abgang bereits ab. Obgleich der britische Botschafter in Südafrika die Übergangsregierung noch jüngst als „Fortschritt“ bezeichnet hat, und obgleich die Bundesregierung als eine von vier Regierungen in der ganzen Welt Entwicklungshilfe an halbstaatliche Projekte in Namibia zahlt und damit die Übergangsregierung akzeptiert, obgleich der US-Botschafter in Südafrika seinen Besuch

angekündigt hat, ist das Konzept, mit dieser Regierung den Befreiungskampf zu spalten und zu schwächen, nicht aufgegangen.

Der politische Kampf hat in den letzten zwei Jahren in Namibia bedeutende Fortschritte gemacht: Mit der Erklärung von Ai-Gaimes haben sich 16 politische Parteien und Kirchen eine gemeinsame Plattform geschaffen, die sich seit nunmehr eineinhalb Jahren bewährt. Auf Grundlage der Plattform mobilisieren die Organisationen gemeinsam zu Demonstrationen, führen Seminare durch und unterstützen sich bei Ausbildungskampagnen wie der Alphabetisierung und Berufsausbildung. Die Ai-Gaimes-Organisationen unterstützen den Kampf der jungen Gewerkschaften in Namibia durch politische Erklärungen und Spendensammlungen. Im Frühjahr dieses Jahres gründete sich der Namibische Gewerkschaftsbund (NUNW).

Philippinen: Staatsbeschäftigte wollen streiken

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf den Philippinen haben ihre ca. 200000 Mitglieder am 28. September zu einem Streik in der folgenden Woche aufgerufen. Mit dem Streik wollen die Gewerkschaften Lohnerhöhungen von 20% durchsetzen. Innerhalb von fünf Wochen droht der Regierung damit die zweite große Streikbewegung. Ende August mobilisierten die Gewerkschaft „1. Mai-Bewegung“ und die Linkspartei Bayan Zehntausende gegen die Preiserhöhungen der letzten Zeit. – (sie)

Frankreich: Proteste gegen Le Pens Geschichtsrevision

Mitte September, wenige Monate vor den französischen Präsidentschaftswahlen, erklärte der Vorsitzende der faschistischen Nationalen Front, Le Pen, in einem Radiointerview, daß unter Historikern eine Debatte über die Gaskammern geführt werde, er habe diese selbst nicht gesehen. Und überhaupt, so Le Pen, sei die Frage der Existenz von Gaskammern nur ein „Detailpunkt der Geschichte des 2. Weltkriegs“. Gegen diesen Versuch Le Pens, die Verbrechen der deutschen Faschisten zu verharmlosen und zu bestreiten, protestierten in Paris am 16.9. über 5000 Mitglieder antifaschistischer, jüdischer und linker Organisationen. Auch die konservative Regierung verurteilte die Äußerungen Le Pens. Linke Parlamentsmitglieder fordern den Ausschluß Le Pens aus dem Parlament. Gegen Le Pen laufen inzwischen Prozesse wegen Beleidigung, einer führte zur Verurteilung Le Pens zu rund 1000 Franc. Die britischen Konservativen, die Le Pen als Redner zu ihrem jetzt stattfindenden Parteitag eingeladen

hatten, sahen sich angesichts öffentlicher Proteste genötigt, ihn wieder auszuladen. Von französischen Abgeordneten wird der Ausschluß Le Pens aus dem Europaparlament gefordert. – (sie)

VR China: Vorbereitung des Parteitages der KPCh

Ende Oktober wird in Peking der 13. Parteitag der KPCh beginnen. Nach den bisher vorliegenden offiziellen Stellungnahmen dazu wird im Zentrum des Parteitages die Auseinandersetzung um den weiteren Kurs in der Wirtschaftspolitik stehen. U.a. geht es

um die Bestätigung und langfristige Garantie der Beseitigung der Volkskommunen und der bäuerlichen Kleinproduktion sowie um ein Gesetz, das den Staatsbetrieben weitgehende Autonomie geben soll. Gerade dieses Gesetz ist umstritten, weil damit die weitgehende Aufgabe staatlicher Planung, Preisfestlegung etc. beinhaltet ist. Ferner wird der Parteitag sich zum Thema „bürgerliche Liberalisierung“ und „Demokratie“ äußern und dabei das Kunststück zu vollbringen haben, den gesellschaftlich zersetzenden Einfluß der marktwirtschaftlichen Reformen zu leugnen. – (wom)



Bei Chrysler Kanada hat die Gewerkschaft der kanadischen Autoarbeiter CAW mit einem dreitägigen Streik Lohnerhöhungen für 10000 Beschäftigte durchgesetzt. Das berichtet die Zeitung des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO. Die CAW hat sich Ende 1984 aus der amerikanischen UAW herausgelöst, weil diese ihr keine selbständige Führung von Arbeitskämpfen zugestand. Mittlerweile gilt die CAW als militant und erfolgreich; im März haben sich ihr 23000 Fischer und Arbeiter in Fischfabriken aus Neufundland angeschlossen, die bisher in der amerikanischen UFCW organisiert waren. Über zunehmend schwierigere Tarifaueinandersetzungen sagte der CAW-Vorsitzende Robert White im Juli, daß die Konzerne die Tarifverhandlungen oft dazu nutzen wollen, bereits gemachte Zugeständnisse wieder zurückzunehmen. – (mfr)

Seine Mitgliedsgewerkschaften, die Minenarbeitergewerkschaft MUN, die Metallarbeitergewerkschaft MAWFU und die Gewerkschaft der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie NAFU führten in diesem Jahr mehrere Streiks für Lohnerhöhungen und gegen die rassistische Unterdrückung in Bergwerken und Fabriken durch. Seit einem Jahr finden zunehmend Demonstrationen gegen die andauernde Besetzung Namibias durch Südafrika, für ein unabhängiges Namibia statt. Als im Juni dieses Jahres die südafrikanische Regierung mit der Übergangsregierung über die Verfassung konferierte, demonstrierten über 2000 vor dem Verhandlungsgebäude gegen die Gespräche.

Oggleich Südafrika inzwischen mehr als 120000 Soldaten in Namibia stationiert hat (bei 1,5 Millionen namibischen Einwohnern) und die Angriffe Südafrikas auf Angola auch den

bewaffneten Kämpfern der SWAPO schwer zu schaffen machten, obgleich die von den USA und Südafrika finanzierte UNITA quasi einen Sperrgürtel zwischen Namibia und Angola gelegt hat, konnte die SWAPO den bewaffneten Befreiungskampf weiterführen. Darüber hinaus hat nun auch die SWANU angekündigt, sie werde den bewaffneten Kampf aufnehmen, denn die Politik Südafrikas bewiese vollständig, daß mit friedlichen Mitteln keinerlei Erfolg für die Befreiung Namibias zu erreichen sei.

Die südafrikanische Regierung hat als Antwort auf den Aufschwung der Kämpfe den Terror gegen das namibische Volk verstärkt. Im August wurde fast die gesamte legale Führung der SWAPO in Namibia festgenommen. Gegen die SWANU ermittelt der Generalgouverneur mit dem Ziel, die Organisation zu bannen. Ihr vor zwei Jahren beschlossenes Programm wi-

derspricht seinen Anweisungen, denn die SWANU tritt darin auch für die Legitimität des bewaffneten Kampfes ein. Der Rat der namibischen Kirchen hat sich vor kurzem mit einer Anklage gegen die Brutalitäten der südafrikanischen Armee im letzten Jahr an die Öffentlichkeit gewandt, die von der Verhaftung von Müttern samt ihrer Babys über die Folterung und Ermordung von Schulkindern bis zu Massakern in Krankenhäusern und Dörfern nahezu jedes vorstellbare Greuel enthält. Demgegenüber sind Stellungnahmen wie von der britischen Regierung und der Bundesregierung, die für „Fortschritte“ in Namibia plädieren, eine Ermunterung Südafrikas, mit dem Terror fortzufahren.

Quellenhinweis: SWAPO Nachrichten-Rundbrief v. Februar 1986, Juli 1987, August 1987; The Namibian v. 6.5.87, Star v. 31.7.87, Economist v. 13. Juni 1987 (uld)

- Veröffentlichungen -

Lesenswerte Kritik am Kemalismus

Der ISP-Verlag in Frankfurt hat Anfang dieses Jahres ein Taschenbuch zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes herausgegeben. Das Buch besteht aus zwei Teilen: einer sehr knappen Skizze der Geschichte des kurdischen Volkes und der Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes bis etwa 1982, die 1982 in der französischen Zeitschrift der 4. Internationale erschienen ist, und daran anschließend eine leidenschaftliche Kritik am Kemalismus, der offiziellen Staatsideologie der Türkei.

Verfasser dieser Kritik ist der türkische Soziologe Dr. Ismail Besikci. Besikci, seit längerem ein entschiedener Kritiker des Kemalismus und wegen seiner Unterstützung des kurdischen Volkes 1981 zu zehn Jahren Haft und anschließender Verbannung verurteilt, protestierte Anfang 1981 mit der vorliegenden Schrift gegen eine Entscheidung der UNESCO aus Anlaß des 100. Todestages von Kemal Atatürk. Darin hatte die UNESCO den Kemalismus als eine fortschrittliche, antiimperialistische und antikolonialistische Ideologie und Politik bezeichnet. Besikci weist dagegen nach, daß der Kemalismus eine rassistische, kolonialistische und auf Vernichtung des kurdischen Volkes gerichtete Politik verfolgt. Diese rassistische und kolonialistische Ideologie und Politik beherrsche die gesamte türkische Gesellschaft. Zum Beweis zitiert er die türkischen Verfassungen seit 1921 und beispielhaft das türkische Parteiengesetz von 1966, in dem es in Artikel 89 (Verbot von politischen Parteien) heißt: „Die politischen Parteien dürfen nicht behaupten, es gäbe im Land ‚Republik Türkei‘ Minderheiten in Bezug auf nationale und religiöse Kulturunterschiede.“ Er erwähnt mehrere linke Parteien, die sofort verboten wurden, als sie nur erwähnten, daß auf dem Territorium der türkischen Republik auch Kurden lebten. Er greift die kemalistische Geschichtstheorie, nach der es ein „4000-jähriges türkisches Reich“ gebe und nach der angeblich alle großen Völker von den Türken abstammten, ebenso an wie die kemalistische „Sonnen-Sprachen-Theorie“, nach der angeblich auch alle wichtigen Sprachen von der türkischen Sprache abstammen. Er weist nach, wie das kemalistische Regime in den 30er Jahren diese rassistischen und kolonialistischen Theorien systematisch zur herrschenden Wissenschaft in der Türkei aufbauten, jede Kritik daran mit grausamer Verfolgung unterband. Er beschreibt, wie das kemalistische Regime mit den Imperialisten bei der und der Zer-

stückelung Kurdistans kooperierte und schildert die blutigen Methoden dieser Kolonialherrschaft. Deren Ziel sei die völlige Auslöschung der kurdischen Nation, durch Progrems, Verschleppungen, Folterungen. Eine seiner Schlußfolgerungen: „In der Türkei ist einer der Hauptgründe dafür, daß sich keine politische Stabilität und in der Gesellschaft kein Friede herstellen lassen, die Kurdistan-Frage.“ Auch die türkische Sozialdemokratie halte „zwar scharfe Reden, um sich den Anschein von Internationalität zu geben, versucht dabei aber, Rassismus und Kolonialismus zu verschleiern.“ Das Buch endet mit einer schroffen Kritik an der imperialistischen Kurdistan-Politik: „Die Imperialisten haben



Kurdistan geteilt und zerstückt, um im Nahen Osten Unruhe zu entwickeln und zu schaffen. Darüber besteht kein Zweifel. Das ist das Grundziel der Teile-und-herrsche-Politik, die darauf abzielt, die politische Instabilität ständig dynamisch zu halten und solcherart die politische und ökonomische Kontrolle über das Gebiet zu verstärken.“ (Ismail Besikci, Wir wollen frei und Kurden sein, Brief an die UNESCO, isp-pocket 22, Frankfurt 1987, DM 14,80 - rül)

„Geschichte der Ausländerbeschäftigung“

So der Titel eines Taschenbuchs aus dem Dietz-Verlag. Der Untertitel „Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter“ steht für eine Kontinuität, der der Autor auf der Spur ist. In chronologisch abgefaßten Kapiteln (1880 - 1980) wird jeweils die Ausländerbeschäftigung in bestimmten Perioden und Regionen dargestellt. Am Schluß der Kapitel werden

strukturelle und grundsätzliche Probleme verfolgt.

Der Leser kann die Ausbeutungssystematik der Faschisten bei der Installierung der Zwangsarbeit nachvollziehen. Es ist zu erkennen, daß das KZ-System nicht einfach blinden Rassenhaß ausdrückte, sondern auf Erfahrungen (z.B. Zwangsarbeit im 1. Weltkrieg) gründete. Verfolgt wird auch die Entwicklung des Sonderrechts, der „institutionalisierten Diskriminierung“ ausländischer Arbeiter. Mit dem FdGO-Ausländergesetz erreicht diese ihren ausgetüftelsten Höhepunkt. Der Autor weist als Motiv für die Anwerbung des polnischen Landarbeiters wie des türkischen Bauhilfsarbeiters die Senkung des Preises der Arbeitskraft und Spaltung der Arbeiterklasse nach. Er dokumentiert die Kosten-Nutzen-Rechnung der preußischen

Junker wie der BRD-Kapitalisten und deren Störung durch den Kampf der ausländischen Arbeiter um ihre Lebensinteressen.

Problematisch ist das aktuelle Schlußkapitel („Gastarbeiter“ in der Wachstumsgesellschaft 1945 bis 1980“): Der Ausländerpolitik der Reaktion wirft der Autor vor allem „Konzeptionslosigkeit“ vor. Die Unterscheidung zwischen Arbeiter- und Kapitalisteninteressen verschwimmt. Er rät der „Gesellschaft“, die vollzogene Einwanderung zu akzeptieren und „als Chance zu begreifen: als Chance, die nationalistische Überheblichkeit und Abschließung zu überwinden und zu einer offenen Gesellschaft zu werden.“

Das Buch ist sein Geld wert, weil es interessant geschrieben ist und einen umfangreichen Überblick gibt. Es ist mit zahlreichen Tabellen versehen, hat einen ausführlichen Quellenanhang und einen thematisch-gegliederten Literaturhinweis.

(Dietz-Verlag 1986, 16,80 DM - ard)

§ 129 a

Neue „terroristische Vereinigung“ soll konstruiert werden

Am 15. September hat in Düsseldorf ein 129a-Verfahren gegen neun Leute aus Wuppertal begonnen, Ende des Jahres soll ebenfalls in Düsseldorf der Prozeß gegen vier Leute, die in Duisburg verhaftet worden sind, eröffnet werden, wegen Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung“. In diesen Verfahren hat die Bundesanwaltschaft jeweils Leute angeklagt, die „legal“ lebten und sich an politischen Aktionen gegen die Isolationshaft und gegen reaktionäre staatliche Pläne beteiligt haben. Die Anklagen sind schwer und lassen – wenn die Bundesanwaltschaft die Prozesse einfach durchzieht – lange Haftstrafen befürchten. In Wuppertal hat eine Gruppe zur Unterstützung der Angeklagten einen Artikel zur Erläuterung ihrer Auffassungen über das 129a-Verfahren verfaßt, den wir im folgenden dokumentieren. – (uld)

Presseerklärung zum Wuppertaler 129a-Verfahren

Am 15.9. beginnt vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf der Prozeß nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen neun Menschen aus dem Wuppertaler Widerstand.

Der Staat greift mit dem §129a die Strukturen an, in denen Menschen versuchen, für ein kollektives Leben in einer freien Gesellschaft zu kämpfen. Er diente schon im 19. Jahrhundert zur Verfolgung von Sozialist(inn)en, Kommunist(inn)en und Anarchist(inn)en und wurde immer wieder der aktuellen Entwicklung des Klassenkampfes angepaßt: Z.B. Erweiterung von §129 auf §129a (terroristische statt kriminelle Vereinigung) und erneute Verschärfung Anfang dieses Jahres.

Seit dem Ende der 70er Jahre haben die Kämpfe gegen die Projekte von Staat und Kapital an Stärke gewonnen und sind immer breiter getragen worden. Kämpfe gegen Umweltzerstörung, Kriegsvorbereitung, Patriarchat und für selbstbestimmten, herrschaftsfreien Lebensraum haben ihren Ausdruck im Häuserkampf, der Anti-AKW-Bewegung, Frauenkämpfen, dem Kampf gegen die Startbahn West und die NATO-Kriegspolitik gefunden. So gab es auch in Wuppertal Hausbesetzungen, breit getragene Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen und Rekrutenvereidigungen und erste Organisationsansätze gegen Faschisten, Knäste, unmenschliche Arbeitsbedingungen ... Die Antwort des Staates auf diese Kämpfe war eine breite Kriminalisierungswelle, die Eröffnung des Wuppertaler Verfahrens war dabei ein konkreter Schritt.

Jahrelange Bespitzelungen, Observationen, Telefonüberwachungen und eine ganze Reihe von Hausdurchsuchungen gegen Menschen, die in Wuppertal den Widerstand mitgetragen haben, erbrachten keine konkreten Beweise, die zu einer Verurteilung ausgereicht hätten. Der Ausweg des Staatsschutzes war die Konstruktion der sogenannten „Antifa-Gruppe“, mit

der sie willkürlich zehn Menschen für fast alle Aktionen verantwortlich machen, die im Verlauf von 1979 bis 1983 in Wuppertal gelaufen sind. Das Gruppenkonstrukt stützt sich auf den §129a, mit dem sie versuchen, Menschen ohne konkrete Beweise für ihre politische Identität für Jahre einzuknasten. Anstatt Tatnachweise zu erbringen, will die politische Justiz eine „Gruppenstruktur mit gemeinschaftlicher Willensbildung“ und „staatsfeindlichen Inhalten“ als Verurteilungsgrundlage durchsetzen.

Weil die Staatsschutzjustiz noch nicht einmal dieses Konstrukt beweisen konnte, wurde das Verfahren 1984 vorübergehend eingestellt mit dem versteckten Hinweis, daß ein Zeuge aus der Szene notwendig sei. Im Laufe der Ermittlungen versuchten Verfassungsschutz und Staatsschutz immer wieder, Menschen als Spitzel anzuwerben. Ende '84 gelang es ihnen, einen der Angeklagten, Günter Pokorny, von dem sie wußten, daß er nichts mehr mit dem Widerstand zu tun hat, wegen einer Drogensache einzuknasten. Durch die Aussicht auf mehrjäh-

rige Haftstrafe unter Druck gesetzt, bestätigte er ihr Anklagekonstrukt und wurde mit Haftverschönerung entlohnt. Nach Beschluß des Innenminister NRW wurde seine Identität geheimgehalten und das Verfahren auf der Grundlage der Bestätigung des Anklagekonstrukts durch die Aussagen einer „anonymen Gewährsperson“ wiedereröffnet. Seine Aussage sollte im Prozeß von Beamt(inn)en des LKA verlesen werde. Das war ein Vorstoß, anonyme Kronzeugen in einem 129a-Verfahren einzusetzen, für den sich der Staatsapparat noch gar keine Gesetzesgrundlage geschaffen hatte. Sollte der Staat den Einsatz von anonymen Kronzeugen durchsetzen können, hieße das, daß so ein Zeuge nicht einmal zu existieren braucht. Denn die Aussage einer „anonymen Gewährsperson“, die namentlich nicht benannt werden braucht, die deshalb auch nicht mehr nachprüfbar ist, können von der Polizei je nach Bedarf auch selbst formuliert werden.

Insgesamt läßt der Staat mit diesem Vorstoß einen Versuchsballon steigen, mit dem die gesellschaftliche Akzeptanz für den Einsatz von anonymen Kronzeugen in der politischen Justiz getestet werden soll.

Inzwischen hat Pokorny seine Aussagen zwar zurückgezogen, aber es bleibt dem Belieben des Richters überlassen, ob er weiter mit diesen Aussagen arbeiten will.

Das Kalkül des Staatsschutzes, mit der Kriminalisierungswelle Anfang der 80er (Brokdorf '81, Reagan '82, Krefeld '83, Straßensatzung in Wuppertal) gegen den Widerstand, von der das Wuppertaler Verfahren ein Baustein ist, den Widerstand dauerhaft einzuschüchtern bzw. zu zerschlagen, ist gescheitert. Gerade im Verlauf des letzten Jahres sind in der BRD militante Kämpfe von nie zuvor dagewese-



Polizeiaufmarsch gegen die Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks im Januar 1986 in Karlsruhe – eine Aktion, die der Staatsschutz als „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ betrachtet



Demonstration gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld 1983. Nach der Demonstration überfiel die Polizei in Wuppertal ein Treffen autonomer und antiimperialistischer Kräfte, verhaftete über 20. Die Auseinandersetzungen bei der Demonstration in Krefeld werden den Wuppertaler Angeklagten mit zur Last gelegt.

ner Stärke und Breite gelaufen. Das waren:

- die militanten Kämpfe der Anti-AKW-Bewegung in Brokdorf und Wackersdorf, Hunderte von Angriffen auf Strommasten und Baufahrzeuge von AKW-Bauunternehmen,
- die Mobilisierung gegen die faschistische Ausländer- und Asylantenhetze, Angriffe auf Ausländerbehörden und -polizeien, auf „Menschenjäger und Schreibtischtäter“, auf faschistische Organisationen,
- in Hamburg der zähe und ausdauernde Kampf der Bewohner der Hafenstraße um selbstbestimmten Wohn- und Lebensraum; gegen alle militärischen Angriffe, Teilräumungen und Medienhetze,
- Angriffe auf Rüstungskonzerne, Agenturen der strategischen Hochtechnologieforschung, Geheimdienste, Aufstandsbekämpfungsagenturen, Agenturen der Geheimdiplomatie zur Unterdrückung der „3. Welt“.

Gegen diese Entwicklung der Kämpfe, die sich, wie Staatssekretär Neusel zugeben mußte, „buschfeuerartig ausbreiten“, leitete der Staatsschutzapparat und das Kapital der BRD unmittelbar konterrevolutionäre Maßnahmen ein. Das waren unter anderem:

- die militärisch konzipierte und durchgeführte Razzia in der Kiefernstraße in Düsseldorf, Häuserräumungen in verschiedenen Städten der BRD, so auch in Wuppertal,

der Frontalangriff auf die Duisburger Szene: Hier wurden vier Genossen/innen mit dem absurden Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF eingeknastet, nur weil sie sich mit Gefangenen aus der RAF geschrieben und auseinandergesetzt haben,

polizeilich-militärisch Angriffe auf öffentliche Veranstaltungen des Widerstands, so gegen den Bundeskongreß der Anti-AKW-Bewegung oder

eine Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in München, anonyme Briefe an Genossen von Auftraggebern aus der „privaten Wirtschaft“, in denen Millionenbeträge und eine neue Identität für Verrat geboten werden,

- Kopfgelder aus der privaten Wirtschaft z.B. gegen Menschen, die Strommasten umsägen,
- Kriminalisierung von Infoläden und Zeitungen wie Radikal, Freiraum etc. ...

- verstärkte erkennungsdienstliche Behandlung, oft mit schweren Mißhandlungen und anschließender Anklage wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“,

- die Erweiterung der Staatsschutzparagraphen 129a, 130a, 88a, die Diskussion über Kronzeugen, Demonstrationsstrafrecht, Vermummung als Knastgrund, Landfriedensbruchparagraph,

- das Konstrukt der vier Ebenen der RAF, mit dem sie alle Menschen, die ihren Widerstand im politischen Zusammenhang mit der Guerilla oder den politischen Gefangenen begreifen, als Mitglieder bzw. Unterstützer der RAF einknasten wollen,

- materielle und personelle Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz. Parallel dazu treibt der Staat die Überwachung und Kontrolle aller Menschen massiv voran: Neues Volkszählungsgesetz, maschinenlesbarer Personalausweis, Entwurf für ein einheitliches Polizeigesetz, ZEVIS, Zusammenarbeitsgesetz (ZAG), das u.a. die Zusammenarbeit zwischen dem BKA und Verfassungsschutz regelt und damit die gesetzliche Grundlage für eine neue Geheimpolizei schafft. Außerdem wollen sie die gesetzlichen Rahmen für BKA, Verfassungsschutz, MAD und BND erweitern.

Alle diese Maßnahmen richten sich

gegen die ganze Breite des Widerstands und dienen zur vorbeugenden Kontrolle aller Menschen.

Wenn es dem Staatsschutz und der politischen Justiz gelingt, hier für Wuppertal eine eigenständige terroristische Vereinigung neben RAF, RZ und 2. Juni zu konstituieren, die sich erstmalig aus Menschen aus dem autonomen und antiimperialistischen Widerstand zusammensetzen würde, hat das für den gesamten Widerstand der BRD weitreichende Konsequenzen:

Eine Verurteilung würde nicht nur bedeuten, daß neun Leute aus dem Widerstand für Jahre im Knast verschwinden, sondern würde auch weiteren Verurteilungen nach §129a Tor und Tür öffnen: Von „Unterstützern“, „neuen Mitgliedern“ und - je nach Bedarf - auch neuen „terroristischen Vereinigungen“, da ein Präzedenzfall bereits geschaffen wäre. Und genau darum geht es ihnen.

Dahinter steckt auch der Versuch, uns aus offenen Strukturen, da, wo wir als politische Kraft identifizierbar und ansprechbar sind, zurückzudrängen und uns als Terroristen zu isolieren und zu kriminalisieren. Aber die Rechnung des Staates geht nicht auf. Wir lassen uns nicht einschüchtern, denn unser Widerstand gegen dieses System der Menschenverachtung und Ausbeutung von Mensch und Natur ist legitim und wird, wenn wir den Kampf überzeugend führen, immer breiter und stärker werden.

No pasaran - pasaremos!

Sie werden nicht durchkommen - wir machen weiter!

Pressegruppe zum §129a-Verfahren des autonomen und antiimperialistischen Plenums Wuppertal
c/o Autonomes Zentrum „Das Haus e.V.“, Uellendahler Straße 6, 5600 Wuppertal 1

Keine Aussteller aus Südafrika auf der ANUGA!

Köln. Eine Aktionseinheit, in der bis jetzt u.a. das Südafrika-Komitee, die Kölner AAB, die Jusos, Grüne, BWK, KB, VSP mitarbeiten, will zur Eröffnung der Nahrungs- und Genußmittelmesse ANUGA eine Aktionswoche gegen die Teilnahme südafrikanischer Aussteller an dieser und anderen Kölner Messen durchführen. Die ANUGA ist die weltgrößte Messe dieser Art, über 30 Aussteller aus Südafrika haben sich angekündigt. In der Aktionswoche finden eine Veranstaltung gegen die Todesurteile in Südafrika mit einem Vertreter des PAC, eine Veranstaltung für den Boykott Südafrikas mit einem Vertreter des ANC und eine Podiumsdiskussion mit Gewerkschaften und Ratspolitikern gegen die Politik der KölnMesse in Südafrika statt. Die NGG will die Aktionswoche unterstützen. Zu Beginn der Messe am 10.10. findet eine Demonstration für den Boykott Südafrikas, für die Schließung der Kontaktbüros der KölnMesse in Südafrika, gegen die Beteiligung südafrikanischer Aussteller an der Messe statt. Der Stadtrat soll im Messevorstand entsprechend beschließen. – (uld)

Fernsehsendung mit Neonazis verhindert

München. In der Fernseh-Jugendsendung „Live aus dem Alabama“ sollte am 14.9.87 eine Diskussion stattfinden u.a. mit Mitgliedern des „Komitees Adolf Hitler“ und der FAP. Eine Beteiligung von Mitgliedern des Münchner Antifaschistischen Bündnisses an der Diskussion wurde vom Bayerischen Rundfunk mit der Begründung, daß sie dem Verfassungsschutz aufgefallen seien, abgelehnt. Das Antifa-Bündnis und ein Rundfunkrat der Grünen verlangten daraufhin die Absetzung der Sendung. Der Sender lehnte ab: „Die Neonazis sollen sagen können was sie wirklich meinen ... die entlarven sich doch selbst“, so Redakteur Mager. Am Abend der Sendung versammelten sich rd. 200 Antifaschisten vor der Alabamahalle. Daraufhin sagte der Hausherr (Stadt und BMW) die Sendung wegen zu erwartenden „schweren Störungen“ ab. Der Rundfunk will die Sendung „in anderer Form und bei anderer Gelegenheit“ dennoch senden. Dagegen erklärte die Antifa-Aktion: „Wir nehmen es grundsätzlich nicht hin, daß der Bayerische Rundfunk zu einem Forum für nazistische Propaganda wird. Wir werden auch in Zukunft weitere Veranstaltungen dieser Art zu verhindern wissen.“ Über 200 Menschen beteiligten sich am 26.9. an einer Demonstration anläßlich des siebten Jahrestages des faschistischen Bombenanschlages auf das Oktoberfest. – (ror)



Heilbronn. Seit Anfang September führen arabische Asylbewerber in Heilbronn Aktionen gegen das staatliche Sammellager und die Zwangsverpflegung durch: Nach einer Demonstration von etwa 100 wurde eine gemeinsame Küche organisiert, nach zwei Wochen verließen sie das Lager und „wohnten“ fünf Tage und Nächte auf einem städtischen Platz in der Innenstadt. – (bes)

Demonstration gegen Özal

Westberlin. Gegen den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Özal in Westberlin demonstrierten am Donnerstag, den 24.09., ca. 500 Antifaschisten in der Innenstadt. Özal nahm an der Tagung der „Internationalen Demokratischen Union“ teil, wo er mit den maßgeblichen Staats- und Ministerpräsidenten der NATO-Mächte zusammentraf, darunter auch Kanzler Kohl. Es muß damit gerechnet werden, daß die Repräsentanten der NATO-Mächte im wesentlichen die Maßnahmen des türkischen Regimes gegen die kurdischen Befreiungskämpfer mit Özal abgesprochen haben und daß es zu einer Intensivierung dieser Maßnahmen kommt. Kurdische Patrioten, türkische Organisationen, autonome Antiimperialisten, BWK und Volksfront beteiligten sich an der Demonstration. Am folgenden Samstag fand eine zweite Demonstration gegen Özal hauptsächlich von türkischen Organisationen statt. Auch hier beteiligten sich etwa 500. – (brr)

Strafgefangene protestieren gegen Abschiebepaxis

Bayreuth. Mit den Worten „Wir haben nichts mehr zu verlieren, wir machen den Hungerstreik solange weiter, bis wir gehört werden und eine parlamentarische Untersuchung durchgeführt wird“, protestierten türkische Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Bayreuth. 22 Tage hielten sie den Hungerstreik durch. Was sind die Gründe für ihren Kampf? In einer Erklärung nehmen sie zu den Haftbedingungen Stellung: „Wir sind jahrelang dem Psychoterror der Abschiebepaxis ausgesetzt. Damit sind wir langsam fertiggemacht worden. Wir haben uns immer korrekt benommen, sind fleißig der Zwangsarbeit gefolgt. Die An-

staltsleitung hat die Ausländer von allen Haftlockerungen ausgesondert. Keine Aus- und Weiterbildung wie deutsche Gefangene, keinen Urlaub und Ausgang. Vielfach sind unsere Familien systematisch zerstört worden. Der Kontakt mit unseren Kindern wurde abgeschnitten.“ – (dil)

„Der Widerstand in der Türkei geht weiter“

Hamburg. Unter diesem Titel fand am 18.9.1987 eine Veranstaltung mit 150 Teilnehmern statt. Auf dieser berichtete die Delegation, die kürzlich in der Türkei war (s. Pol.Ber. 18/87), über ihre Eindrücke. Es wurden von der Delegationsmitgliedern Berichte vorgetragen zum Ablauf der Reise, zur Situation der Rechtsanwälte, zur Haftsituation in den Gefängnissen, zur Arbeit des Angehörigenvereins. Außerdem wurde über den derzeitigen Stand der Hungerstreiks in den türkischen Gefängnissen berichtet und dargestellt, warum der Kampf der Gefangenen gegen das Tragen der Einheitskleidung so eine große Bedeutung einnimmt. – Auch über den zur Zeit stattfindenden Streik der Lederarbeiter wurde berichtet. Es befinden sich in Istanbul 3 500 Arbeiter aus 124 Betrieben seit Ende Juni im Streik. Der Monatslohn der Arbeiter in der Lederindustrie beträgt umgerechnet etwa 100 DM, die Wochenarbeitszeit liegt bei 45 Stunden. Die Forderungen der Arbeiter sind: 40-Stundenwoche, Lohnerhöhungen, mehr Urlaub und Geld für den Unterricht für Analphabeten. Die Delegation besuchte während ihres Aufenthaltes die streikenden Lederarbeiter, wobei die Vertreterin der GAL eine Streikunterstützung von 10 500 DM zusagte. Bisher hat die GAL das Geld nicht überwiesen, stattdessen eine Spendensammlung initiiert. (han, FAU/R)

Schulpolitik in Hamburg

Neue SPD/FDP-Koalition vereinbart Ende der sozialdemokratischen Schulreform

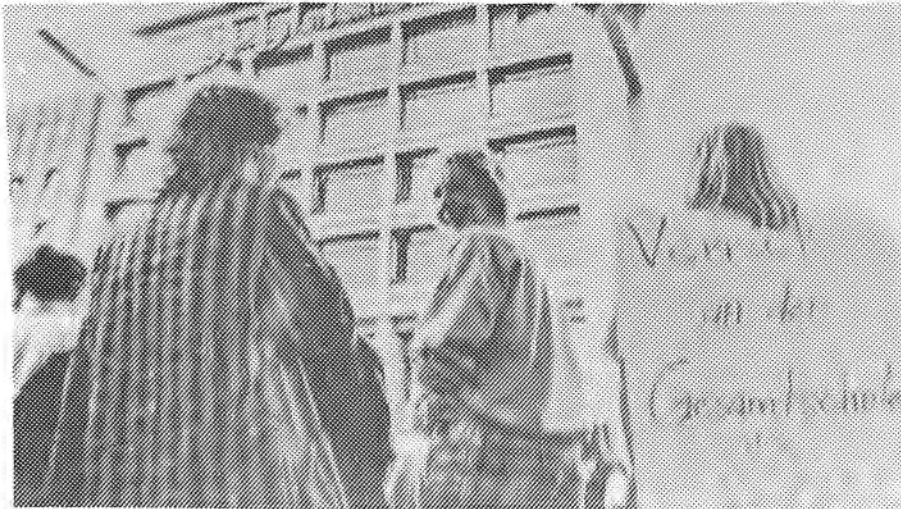
Hamburg. Kurz nach Bekanntwerden der Vereinbarungen der neuen SPD/FDP-Koalition zogen mehr als 1000 Lehrer, Schüler und Eltern protestierend vor die Hamburger SPD-Parteizentrale. Im Mittelpunkt des Protests stand die berechtigte Furcht vor dem drohenden Aus für die Gesamtschulen. Die Koalition hatte beschlossen, aus der Präambel des Schulgesetzes die bildungspolitische Zielsetzung, das Schulwesen in Richtung auf integrierte Schulen weiterzuentwickeln, zu streichen. Bei der Mittelzuweisung sollen die Schulformen künftig gleichbehandelt werden. Trotz aller Beteuerungen der SPD, die Kontinuität der Schulpolitik bleibe gewahrt, ist die weitere Aushöhlung der Gesamtschulen (Verlust von Koordinations- und Tutorienstunden) vorprogrammiert.

tung der Hauptschüler auf ihr späteres Lohnarbeiterdasein. Damit wird der Graben zwischen den Schulformen im gegliederten System vertieft. Das zeigt sich auch daran, daß gemeinsame Erziehungsziele und Lehrpläne für alle Schulformen hinfällig werden sollen.

Die Einführung weiterer Ganztagschulen, die vor allem in Arbeiterwohnbezirken immer wieder gefordert wird, soll „als Modell unter praktikablen und kostensparenden Gesichtspunkten geprüft werden.“ Da Ganztagschulen teurer sind als Halbtagschulen, wird der Senat solche Forderungen als „nicht praktikabel“ verwerfen können. Für die „Hochbegabten“ werden keinerlei Einschränkungen gemacht: „Besonders begabte Kinder sollen in der schon bewährten Zusammenarbeit mit der Universität geför-

dürfnisse“ (Koalitionsvereinbarung) durchgesetzt werden.

Die Hamburger GEW hat zusammen mit der Schülerkammer, der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen (GGG) und der Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Elternräte (ARGE) den Protest gegen die reaktionäre Formierung der Schulpolitik organisiert. Dabei hat sie sich in eine schwierige Lage manövriert, indem sie ihre Forderungen darauf zuspitzte, Grolle müsse Schulsenator bleiben. Bekanntlich legte dieser selbst Hand an seine Demontage und hievte eine Frau auf den Senatorensessel. Die GEW will nun in einer öffentlichen Veranstaltung mit der Senatorin Raab den Senat auf die Gesamtschulreform, den Verzicht auf Elitebildung und auf ein Nein zu der „Abi-Deform“ festlegen. Die in der GEW verbreitete Illusion, es bleibe alles beim Alten ist wirklich nicht nachvollziehbar. Da lagen die Schüler, die kürzlich während der Regierungserklärung v. Dohnanyis Flugblätter von der Tribüne in die Bürgerschaftssitzung flattern ließen, mit der Überschrift: „Möller- mann – geh Du voran“ schon richtiger. Die Koalitionsvereinbarungen sind so rechts, daß die CDU verwundert „frappierende Ähnlichkeiten“ mit ihrem Parteiprogramm feststellen konnte. – (rad, AG für antifaschistische Bildungspolitik)



27.8.87 – über 1000 Lehrer, Schüler und Eltern demonstrieren gegen die Bildungspolitik der neuen Koalition.

Die dürftige Erklärung, die Besonderheiten von Gesamtschulen würden berücksichtigt, ist angesichts der veränderten Präambel keinen Pfifferling wert.

Neuen Schulformen, die als Weiterführung der Gesamtschulansätze in der Sekundarstufe I erprobt werden sollten, wird im Koalitionspapier definitiv eine Absage erteilt, so auch ausdrücklich der Kollegscheule. Diese sollte gleichzeitig eine Berufs- und Hochschulreife vermitteln. Gefährdet ist damit auch der Arbeitslehreansatz von Gesamtschulen – der Versuch, geistige und praktische Fertigkeiten kombiniert zu vermitteln, findet nach der 10. Klasse keine Fortsetzung.

Auf der anderen Seite will der Senat die Hauptschulen „aufwerten“, und zwar „im Hinblick auf die späteren beruflichen Anforderungen“. Es geht dabei um eine schärfere Abrich-

dert werden.“ Diese Schülergruppe ist ohnehin die einzige, die das Papier für erwähnenswert hält. Ausländerkinder, Arbeiterkinder kommen in dem Papier nicht vor.

Im Streit um die gymnasiale Oberstufenreform ist die neue Verhandlungsmaxime des Senats die Nichtgefährdung der Anerkennung des Hamburger Abiturs. Die neue Senatorin Raab machte schon Kniefälle vor den CDU-Kultusministern: „Wir müssen ausloten, was möglich ist. Bei Veränderungen wird es Übergangsregelungen geben.“ Das heißt, der neue Senat wird keinen ernsthaften Widerstand gegen die „Abi-Deform“ leisten, er richtet sich ja schon auf „Übergangsregelungen“ ein.

Im Bereich der beruflichen Bildung soll in Zukunft „bei der Handhabung des Blockunterrichts ein hohes Maß an Rücksicht auf die betrieblichen Be-

Schleswig-Holstein

Tarifabschluß Einzelhandel – ein winziger Schritt ...

Kiel. Am 10.9.87 wurde rückwirkend ab 1.8. als letztes Tarifgebiet im Einzelhandel abgeschlossen. „Wichtiger Schritt in die richtige Richtung“ schreibt die HBV im Flugblatt. Die Gehälter und Löhne werden durchschnittlich um 3,7% angehoben. In der Endstufe 7. Berufsjahr für Verkäuferinnen ist der Betrag erreicht wie in Hamburg. Im November soll verhandelt werden über „tarifliche Regelung des Arbeitsendes“ und über die Forderung nach „gerechten und eindeutigen Eingruppierungsmerkmalen“. Positiv ist, daß Verkäufer(innen) in der untersten Gehaltsgruppe von jetzt 1445 DM (alt 1392 DM) brutto nur noch ein Jahr statt bisher zwei verbleiben. Es wurde also eine untere Berufsjahresstaffel gestrichen, wie lange gefordert. Allerdings dauert es immer noch 7 Jahre, bis dort ein Gehalt von 2210 DM (ab 1.2.1988 2215 DM/alt 2131 DM) erreicht ist. Die Laufzeit des Vertrages beträgt wieder zwei Jahre. Weiteres Negatives kommt zum Vorschein, wenn man die Erhöhung der einzelnen Tarife in DM errechnet (brutto!): Das sind in der Gruppe B I Verkäufer(innen) plus DM 53; 55; 59;

67; 70; 79; 84 in den Berufsjahren 1 bis 7. In der Gruppe II Kassierer(innen)/Erstverkäufer(innen): 1.+2. Jahr plus DM 55; 3.+4. Jahr 60; 5.-9. Jahr jeweils 64; 65; 84; 83; 101 DM. Bei Substituten und Abteilungsleitern liegen die Erhöhungen zwischen 77 und 140 DM. Es ist also nicht einmal linear in allen Gruppen um die gleiche Prozentzahl erhöht worden, sondern in den höheren Gruppen sogar noch höher, insbesondere in der Gruppe B II. Erreicht wurde dadurch lediglich die Angleichung des 7. Berufsjahres in Schleswig-Holstein an das Endgehalt der Verkäufer(innen) in Hamburg. Um jedoch insgesamt das niedrige Lohnniveau zu erhöhen, sind Mindestforderungen oder besser Festgeldforderungen für alle gleich nötig. Das sieht man am Gehalt einer Verkäuferin: 1445 DM im 1. Jahr, 1520 im 2., 1600 im 3., 1650 im 4., 1805 im 5., 1985 im 6. und ab 7. wie oben geschrieben. Zu bedenken hierbei, daß ungelernete Kräfte (im Einzelhandel keine Seltenheit) im 1.-4. Jahr 70%, 80%, 90%, 95% des Gehalts einer Verkäuferin im 3. Berufsjahr bekommen.

Wichtig ist, für die Verhandlungen im November über Festlegung des Arbeitszeitendes um 18.30 Uhr kräftige Unterstützung zu organisieren. Die Kapitalisten in Baden-Württemberg haben schon bekundet, daß sie solches nicht tariflich festlegen werden. – (brg)

Beraterfirma

Widerstand gegen Arbeitsintensivierung

Bad Salzdetfurth. Seit Ende Juni treibt bei Fuba eine Unternehmensberaterfirma ihr Unwesen. Die fünf Gesellschafter von Hans Kolbe & Co (Fuba) entschlossen sich zu dieser Maßnahme, weil die anvisierten Kundentermine und die Werksdurchlaufzeiten von Aufträgen angeblich bis zu 150% überzogen wurden. Die Planungs- und Fertigungssteuerungsabteilungen hätten dies nicht in den Griff bekommen, Fertigungsrückstände innerhalb geplanter Produktionszeiten wären im Geschäftsjahr teilweise auf über fünf Mio. DM aufgelaufen. Hier setzt die Profitsteigerungserforschung der Betriebswirte, Planungsspezialisten und Computerexperten dieser Unternehmensberaterfirma an. Freiräume im Fertigungsablauf bei nicht dem Akkord unterworfenen Tätigkeiten – also in Zeitlohn- und Angestelltenbereichen – sollen auf ein Minimum dezimiert werden oder im „Idealfall“ praktisch verschwinden. Die offenen Poren des Arbeitstages zu schließen, ist oberste Maxime jeder Kapitalistenberatung.

Das wissen auch Planungsangestellte

bei Fuba und andere Betroffene bisher unkontrollierter Tätigkeiten. Das schafft Existenzängste, aber auch Momente individuellen Widerstandes. Geringe gewerkschaftliche Organisation verhinderte bislang kollektive Maßnahmen gegen die Ausspitzelung durch die Profitberater im Angestelltenbereich.

In mehreren Zeitlohnabteilungen (z.B. elektrische Vor- und Endprüfung) ist es bisher zu verschiedensten Arten von Abwehrmaßnahmen gegen die Aushorchung von Vorarbeitern und Meistern gekommen. Unter dem Vorwand, durch Planungsfehler entstandene sogenannte Liegezeiten (Nichtbearbeitung materialmäßig vorhandener Aufträge und/oder Unterbrechung der Arbeit an ihnen) auf ein Minimum reduzieren zu wollen, ohne den Zeitlöhnen „wehzutun“, erreichten die Berater, daß in vielen Bereichen Auskünfte über Planungs-, Auftragsabwicklungs- und Arbeitsvorbereitungsfehler relativ bereitwillig erteilt wurden. Etliche Meister oder Vorarbeiter erkannten nicht, daß mit einer Verringerung der „Liegezeiten“ von Aufträgen allerhand Freiräume im Zeitlohnbereich drastisch eingeschränkt werden.

Dies führte zum Eingreifen mehrerer Betriebsräte und Vertrauensleute. In mehreren Diskussionen stellten sie die Erfahrungen aus anderen Betrieben mit Unternehmensberatern dar. Parallel dazu handelte der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung eine Vereinbarung aus, in der die Teilnahme von Betriebsräten an den Gesprächsrunden zwischen Unternehmensberatern und Meistern/Vorarbeitern in den Produktionsabteilungen sichergestellt wird. Seitdem beschränken sich die Befragungen der Berater auf die Fehler in den Aufträgen der Vertriebsabteilungen: Stücklistenungenauigkeiten, fehlendes/falsches Material, etc.

Momentan haben somit die Sachbearbeiter und Planer im Vertrieb den „Schwarzen Peter“ zugeschanzt bekommen. Das ist problematisch, weil der Betriebsrat dort kaum Möglichkeiten zum Eingreifen hat. – (mal)

Antikriegstag

Dokumentation über Zwangsarbeit 1939–1945

Nürnberg. Der DGB-Kreisverband hat zum Antikriegstag eine Broschüre über „Zwangsarbeit in Nürnberg“ und die „Nürnberger Nachfolgeprozesse“ vorgestellt. Sie war von der Geschichtswerkstatt des städtischen Bildungszentrums (BZ) und einem Arbeitskreis der DGB-Jugend in Form einer Ausstellungs-Zeitung erarbeitet worden, die auch eine Verwendung in der Bildungsarbeit ermöglichen soll.

Die Verfasser nehmen ausdrücklich auf die „Historikerdebatte“ Bezug und wenden sich gegen jegliche „Relativierung und Verdrängung der eigenen Schuld“.

Die antifaschistische Dokumentationsarbeit des BZ sieht sich seit längerem Angriffen aus CSU-Kreisen ausgesetzt, die Reichsparteitage und Kriegsverbrecherprozesse gerne an den Rand der städtischen Geschichtsschreibung drängen wollen. Vor diesem politischen Hintergrund wollen die Herausgeber des BZ die erarbeitete Dokumentation zur Einleitung eines öffentlichen Meinungsbildungsprozesses einsetzen, an dessen Ende die rot-grüne Stadtratsmehrheit ein



KZ-Häftlinge im „Arbeitseinsatz“

„Mahnmal gegen Zwangsarbeit“ für die Innenstadt in Auftrag geben soll.

Die Broschüre beginnt mit einer Dokumentation der „Nachfolgeprozesse“, die die USA im Anschluß an den Hauptkriegsverbrecherprozeß in eigener Zuständigkeit vom 1.10.1946 bis 14.4.1949 durchführten. Angeklagt und verurteilt wurden neben Vertretern der deutschen Industrie Offiziere der Wehrmacht und SS sowie NS-Ärzte und -Juristen. Der Schwerpunkt der Ausstellungszeitung liegt in der Dokumentation der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Fremdarbeitern in der Kriegsproduktion von Siemens-Schuckert, MAN, AEG u.a. in Nürnberg und der Widerlegung der Legende, die Kapitalisten hätten dabei eher eine passive Rolle gespielt. Weitere Kapitel behandeln die „Solidarität zwischen Deutschen und Zwangsarbeitern“ und die Karriere des Betriebsführers der Nürnberger Siemenswerke Dr. Knott vom Angeklagten im Entnazifizierungsverfahren zum Träger des großen Verdienstordens der BRD. Die Broschüre schließt mit der Aufforderung gegenüber einschlägig verantwortlichen Firmen, ihrer Entschädigungspflicht nachzukommen.

Bezugsadresse: Bildungszentrum Stadt Nürnberg, Gibitzenhofstr. 135, 8500 Nürnberg 70. (ola)

Auxilium zu Hause sterben e.V.

Kein brauchbares Projekt gegen die Subsidiarität

Mannheim. Fast zwei Millionen pflegebedürftige Menschen leben in der BRD und in Westberlin. 250000 sind in Heimen untergebracht, eineinhalb Millionen werden zu Hause gepflegt, davon 600000 Schwer- und Schwerstpflegebedürftige. Diese Tatsache hängt weniger mit der familiären Idylle als vielmehr mit den Kosten für den Platz in einem Pflegeheim zusammen. 30000 bis 40000 DM betragen die jährlichen Kosten bei stationärer Pflege in den höchsten Pflegeklassen. Für die arbeitenden Klassen ist Pflegebedürftigkeit deshalb gleichbedeutend damit, zum Sozialhilfeempfänger herabgedemütigt zu werden. Im Rahmen der Subsidiarität werden die Angehörigen zur Kasse gebeten. Wer

Blüm, verrecken zu lassen, inhuman ist für ihn, alles zu tun, um zu heilen oder zu mindest zu lindern.

Vor solchem Hintergrund hat sich im Laufe des Jahres in Mannheim ein Projekt entwickelt, das die häusliche Betreuung von Schwerkranken und Sterbenden alternativ organisieren will: „Auxilium, zu Hause sterben e.V.“. So stellt sich das Projekt selbst vor:

„Wir sind eine Gruppe von Krankenschwestern, -pflegern und einer beratenden Psychologin. Wir haben langjährige Berufserfahrung ... Unsere Gruppe ist konfessionell und weltanschaulich nicht gebunden. Die religiöse Einstellung des Patienten und seine persönliche Lebensauffassung

tragen, daß die Zeit vor dem Sterben von allen Betroffenen als lebenswerte und wichtige Zeitspanne ihres Lebens angesehen wird.

Wie stellen wir uns das vor? – Wir pflegen und leiten die Angehörigen an, die körperliche Versorgung des Patienten selbst zu übernehmen – wir machen praktische Vorschläge zur Verbesserung des Wohlbefindens des Patienten und zur Erleichterung für die Familie – wir helfen bei Überforderung durch Pflegeübernahme, Organisationshilfe und menschlichen Beistand – wir zeigen Möglichkeiten, den Umgang mit dem Sterbenden psychisch besser bewältigen zu können – wir versuchen, eine gute persönliche Beziehung aller Beteiligten herzustellen, insbesondere wenn das offene Reden miteinander schwer geworden ist – zu unserem Konzept gehört, daß sich immer dieselben Mitarbeiter um eine Familie kümmern – wir arbeiten mit flexiblem Zeitplan, der sich an der Notwendigkeit einer Unterstützung orientiert. Nach Absprache werden wir auch nachts erreichbar sein bzw. Nachtdienste übernehmen.

Unsere Arbeit stellen wir uns vor in Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern, den Sozialstationen und kirchlichen Einrichtungen.“

Wer je einmal im Bereich der Gesundheitsversorgung tätig war, kann leicht nachvollziehen, was die Beweggründe waren, um ein solches Projekt aufzuziehen. Die unwürdige Situation gerade alter und pflegebedürftiger Menschen in den Krankenhäusern, die zwangsläufig schlechte Versorgung solcher Patienten zu Hause sind oft genug Grund für Beschäftigte, individuelle Lösungsansätze zu suchen – von der Berufsaufgabe bis zu einer Reihe alternativer Gesundheitsprojekte.

Auxilium versucht solche Lösungsansätze im Bereich der ambulanten Krankenversorgung und des Sterbens. Aber genau in diesen Bereichen sucht derzeit reaktionäre Gesundheitspolitik ihren Hebel – mit Subsidiarität und der Debatte um Sterbehilfe – um die Kostendämpfung besser durchsetzen zu können. Und dagegen bieten solche Projekte wie Auxilium keine Ansatzpunkte, im Gegenteil. Da die Finanzierung über die Krankenkasse nicht geregelt ist, werden sich eh nur eine Handvoll Reicher in Mannheim den Zu-Hause-Sterben-e.V. leisten können. Und die dringend notwendigen Änderungen und Verbesserungen in den Krankenhäusern wie bei der ambulanten Krankenversorgung werden damit ja auch nicht herbeigeführt. Projekte solcher Art werden gern von der Reaktion vereinnahmt, wenn keine klare Abgrenzung erfolgt. Und eine solche gibt es bei Auxilium nicht, selbst wenn dies einige Mitglieder des Projektes glauben. – (kab)



nicht zahlen kann, muß zu Hause pflegen. Doch niedriger Qualitätsstandard der häuslichen Pflege und dadurch verursachter frühzeitiger Tod ist z.B. für Bundesminister Blüm gerade der Vorzug der Pflege in der Familie gegenüber der Krankenhauspflege: „Ich glaube, wir müssen geradezu wieder neu für eine humane Medizin eintreten, indem wir auch an Selbstverantwortung appellieren. Der Tod: abgeschoben ins Krankenhaus und damit verdrängt! Ein fast heillosen Wettbewerb zwischen Diagnose und Therapie, ein Wettbewerb, den die Therapie nie gewinnen kann, weil am Ende des Lebens immer das Sterben steht. Vielleicht ist diese Verdrängung des Todes auch ein Grund für die Kostenträchtigkeit und die Züge von Unmenschlichkeit, die unser Gesundheitssystem bedrohen“ (Blüm am 7.12.84 im Bundestag). Human ist für

werden von uns geachtet ... Viele Menschen wünschen sich, zu Hause sterben zu können, da für sie die Geborgenheit zu Hause wichtiger ist als die Sicherheit der Klinik. Jene Familien, die ihre Angehörigen gern selbst in dieser Zeit begleiten möchten, befürchten, den Anforderungen nicht gerecht zu werden. Neben zeitlichen und finanziellen Schwierigkeiten bestehen die Hindernisse in mangelnden Pflegekenntnissen, Unsicherheit im persönlichen Umgang mit Sterbenden, Befürchtungen, etwas falsch zu machen, kritischen Situationen nicht gewachsen zu sein und gerade dann ohne Hilfe dazustehen, wenn man nicht mehr weiter weiß oder erschöpft ist. Die Projektgruppe macht es sich deshalb zur Aufgabe, Familien zu unterstützen, die ihre Angehörigen zu Hause versorgen wollen. Unser Ziel ist es, durch unsere Arbeit dazu beizu-

Antifaschismus

**Abgrenzungspolitik gegen
antifaschistische Kräfte**

Bielefeld. Der DGB, Kreis Bielefeld und die SPD werden nicht zur Demonstration am 17.10. gegen das Bundeszentrum der Nationalistischen Front (NF) aufrufen. Zur Begründung erklärte B. Link, Mitglied des SPD Vorstandes und Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Textil/Bekleidung: „Die Gewerkschaften ziehen sich nicht zurück ... Aber es ist gewerkschaftliche Tradition, daß wir das in Eigenverantwortung machen ... Mit der Antifa-Koordination haben wir auch bisher keine gemeinsamen Veranstaltungen durchgeführt, denn dort sind Gruppen, zu denen Unvereinbarkeitsbeschlüsse bestehen.“ Vor drei Wochen bereits hat der ÖTV-Vorstand in der Kreisdelegiertenkonferenz einen Antrag auf Unterstützung der Demonstration verhindert. Der ÖTV-Sekretär erklärte, daß „gesicherte Erkenntnisse vorliegen, die Demonstration zu einem Sturm auf das Haus auszunützen.“

Bei der ÖTV DK im Frühjahr wurde noch beschlossen, die Arbeit der Antifa-Koordination zu unterstützen. Die Abgrenzung kam jetzt, nachdem NRW-Innenminister Schnoor beim Innenminister das Verbot der NF gefordert hat, allerdings nicht wegen deren faschistischer Propaganda, sondern wegen Verfassungswidrigkeit. Die Beschlüsse von DGB und SPD sollen jetzt den antifaschistischen Kampf auf rechtsstaatliche Bahnen lenken und die Antifaschisten als „Linksradike abstempeln, gegen die man sich abgrenzen müsse.“ Der Beschluß des DGB und der ÖTV sind in der Gewerkschaft umstritten. Der Beschluß der ÖTV-Konferenz kam mit einer Zweidrittel-Mehrheit zustande.

Auf dem letzten landesweiten Vorbereitungstreffen am 20.9. stieg der Landesvorstand der VVN/BdA, der DKP und der Kreisverband der SDAJ aus dem Bündnis für die Demo aus. Sie plädierten für eine Verschiebung der Demo, um SPD und DGB doch noch zur Mitarbeit bewegen zu können. Derzeit sei ihnen das Bündnis nicht breit genug. Alle anderen Vertreter von Organisationen und Bündnissen traten dagegen auf. In der Antifa-Koordination in Bielefeld erklärte der Kreisvorstand der VVN, daß er weiterhin mitarbeiten würde. Nachdem auf dem Landes-Vorbereitungstreffen die Durchführung der Demonstration, allerdings nicht als landesweite, beschlossen wurde, war es wichtig, daß innerhalb der Antifa-Koordination keine weitere Spaltung eintrat. In der Koordination arbeiten seit Jahren antifaschistische Organisationen und

DOITSCHER
SCHNURRBARTUNDOITSCHER
SCHNURRBART

Aus: Dokumentation zur NF. Zu beziehen über Antifaschistische Koordination c/o IBZ Teutoburger Str. 7, 4800 Bielefeld.

Kräfte zusammen. Von der VVN über die MLPD, VSP, Volksfront dem Kreisverband der Grünen bis hin zu den Autonomen und ausländischen Vereinen. Sie rufen jetzt zur Demo am 17.10. auf. Weiterhin rufen Betriebsräte, Bezirksschülervertretung und Mitglieder des Ausländerbeirates Bielefeld auf. Die Autonomen ebenfalls, jedoch mit einem eigenen Aufruf, der sich mehr mit ihrer Kritik an der Verbotsforderung im Demo-Aufruf als mit Kritik an faschistischen Positionen beschäftigt. Um verschiedene Auffassungen innerhalb antifaschistischer Bündnisse diskutieren zu können, findet nach der Demonstration eine Diskussionsveranstaltung statt. (Zitate: Stadtblatt 40/87) - (stb)

WAA

**Aufruf zu
„phantasievollen Aktionen“**

Wackersdorf. Zur Zeit wird auf dem WAA-Baugelände das Brennelemente-Eingangslager gebaut, obwohl die erste atomrechtliche Teilerrichtungsge-nehmigung (TEG) im Widerspruchsverfahren aufgehoben wurde und die Entscheidung über die zweite TEG erst im Herbst oder im Frühjahr 1988 fallen wird.

Für die Zeit vom 8. bis zum 10. Oktober rufen die Oberpfälzer Bürgerinitiativen und die bundesweite Anti-Atom-Bewegung zu Herbstaktionen mit einer abschließenden Großkundgebung in Wackersdorf und Demonstration zum WAA-Baugelände auf. „Phantasievolle Aktionen“ sind geplant.

Am 19.9. ist in der Nähe der WAA eine Schaltanlage der Ostbayerischen Energieversorgungsgesellschaft (OBAG) in die Luft geflogen (Sachschaden eine Mio. DM). Am gleichen Tag fand am Bauzaun eine Demon-

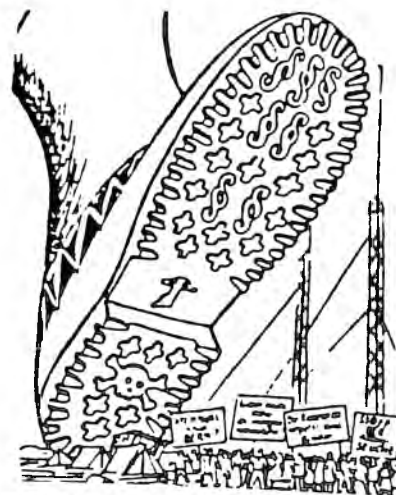
stration unter dem Motto statt „Feuerwerk am Bauzaun – schlaflose Nacht für die Bullen“. Jetzt wird in der Presse regelmäßig gehetzt über die „Autonomen als die unberechenbarste Gruppe“, über die Roten Zellen und die RAF.

Der Aufruf zu den Herbstaktionen weist darauf hin, daß gegen das gesamte bundesdeutsche Atomprogramm gekämpft wird, das die bundesdeutsche Atombombe ermöglicht, daß die WAA ein Vorzeigobjekt für den Export zu Lasten der „Dritten Welt“ ist, daß die WAA-Arbeitsplätze gesundheitsschädlich sind und andere Arbeitsplätze dafür vernichtet werden, daß nicht der Widerstand gegen das Atomprogramm kriminell ist, sondern die Machenschaften der Betreiber.

Ein relativ neu von der Anti-WAA-Bewegung aufgenommener Gesichtspunkt: „Mit dem Bau und Betrieb von Atomanlagen werden auch gravierende Umstrukturierungen des Arbeitsprozesses vorangetrieben: ungariantierte und illegale Beschäftigungsformen, Leiharbeiter auf der einen Seite, durch Staatsschutzorgane streng überwachte Arbeitsplätze im Kernbereich auf der anderen Seite.“ Die AKW-Erbauerin Siemens KWU wird als Beispiel dafür genannt, wie sich ein Großkonzern mit staatlichen Subventionen eine Monopolstellung sichern kann.

Zum Widerstand gegen die WAA: „Mit den Aktionstagen ... wollen wir folgende Ziele erreichen:

- die Infrastruktur, aus der die WAA wächst, offenlegen (Abhängigkeit von Konzernen, Zulieferfirmen)
- Das Offenlegen der Mechanismen von Polizei und Justizapparat
- Gefahren der WAA konkret aufzeigen (Katastrophenschutzübung)
- Breitere Bevölkerungskreise zum Widerstand ermutigen
- Weiterführende Widerstandsformen praktizieren
- langfristige Perspektiven für den Widerstand entwickeln
- das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Macht stärken.“ - (uth)



Der Rechtsstaat schreitet ein.

FAP Feme-Mord

Die Drahtzieher und das faschistische Motiv werden gedeckt

Hannover. Prügelaktionen gegen Antifaschisten waren Teil des Wahlkampfes der „Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands“ (FAP) zu den Stadtratswahlen im Oktober 86. Noch während des Wahlkampfes schließen sich 22 Mitglieder und Anhänger der FAP zur „Nationalen Sport- und Sicherheitskameradschaft Eisernes Kreuz 1.Klasse“, kurz EK1, zusammen. Von September bis Dezember 86 beging die EK1 mindestens 15 Verbrechen: Waffendiebstahl, bewaffneter Raubüberfall, Brandanschläge, Einbrüche. Sie verschafften sich mindestens fünf Gewehre und machten ca. 170000 DM Beute (siehe Kasten). Vorsorglich war in der EK1-„Satzung“ festgelegt: Verstöße gegen die „Kameradschaft haben die Ausscheidung zur Folge“.

Am 21.12.86 sagte EK1-Mitglied, Gerd-Roger Bornemann, wie auch mehrere andere EK1ler, bei der Polizei über die Aktivitäten von FAP und EK1 aus. Unklar ist, ob er auch über die Vergewaltigung durch den „FAP-Kameraden“ Kiem am Rande eines FAP Treffens berichtete. „FAP-Gruppenführer“ Müller nahm die Vergewaltigung Bornemanns durch Kiem auf Video auf, offensichtlich um Bornemanns Schweigen bzw. Loyalität zu erpressen. Durch einen Einbruch am 1.11. bei Müller verschaffte sich Bornemann zusammen mit EK1-Leuten die Videokassette und ein „rotes Buch“. Das Buch soll präzise Angaben über FAP-Verbrechen enthalten, darunter auch Notizen über den Mord an Krückeberg. Der Skinhead Krückeberg wurde 1985 in Hannover erschossen. Er wollte sich zu diesem Zeitpunkt von Naziskins lösen. Die Täter wurden nie ermittelt.

Am 29.1.87 sagte Bornemann erneut bei der Polizei aus. Er belastete die FAP Mitglieder Müller, Kiem und Kuss, der auch Mitglied der EK1 war. Zeugen berichten von Drohungen gegen den „Verräter“. Am 2.2.87 treffen sich Bornemann, Kuss, Stafilorakis, Schwieger und Schneider, alles Mitglieder oder Anhänger von EK1 und FAP. Die fünf treffen kurz „Gruppenführer“ Müller. Danach wird Bornemann in einem Hausflur von den vier anderen zusammengetreten und geschlagen. Bornemann wird untergeharkt und in den Stadtwald geschleift. Kuss: „Jetzt machen wir ihn richtig alle“. Die vier treten und schlagen Bornemann zusammen. Sie lassen ihn eine „letzte Zigarette“ rauchen. Er flieht. Die vier fangen ihn. Schlagen und treten den Liegenden dutzendmal, sprühen ihm CS-Gas ins Gesicht, springen mit beiden Füßen auf sei-

nem Kopf herum. „Da es zum Töten zu hell war, haben wir ihn ins Dunkle gezogen“. Sie besorgen sich eine Zaunlatte und erschlagen ihn damit. 10, 20 mal schlägt Kuss zu. Am nächsten Morgen werden die vier festgenommen.

Der Antrag der Polizei, Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung einzuleiten, wird von der politischen Staatsanwaltschaft abgelehnt. Der Vater des Ermordeten, ein aktiver Gewerkschafter, erhebt gegenüber der Polizei und in der Öffentlichkeit den Vorwurf des politisch begründeten Mordes. Um dies zu bewe-

rig: Der Einbruch bei „Ortsgruppenleiter“ Müller (Videokassette) durch Futter, Bornemann und zwei weitere EK1 Mitglieder wird als „unwesentliche Nebenstraftat“ eingestellt. Der stellvertretende niedersächsische FAP-Gauleiter Hinzmann beschuldigte den FAP-Gauleiter Heidel der Anstiftung zum Mord. Später widerruft er. Ein Schüler berichtet der Kripo ähnliches. Oberstaatsanwalt Borchers hat keine Veranlassung ein Verfahren einzuleiten. Bei Schießübungen 1986 trifft Futter eine Kuh. „Wegen geringer Schuld“ stellt die hannoversche Staatsanwaltschaft ein.



Üblich: Polizeischutz für Faschisten

sen, werden Vater und Schwester des Opfers Nebenkläger. Sie werden von den Rechtsanwälten H.Rischmüller-Pförtner und G.Schröder, niedersächsischer SPD-Oppositionsführer, vertreten. Schröder hält „ein Verbot der FAP für nutzbringend und unbedingt erforderlich“. In der Fragestunde des Landtages will Innenminister Hasselmann keine Beweise für „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ der FAP kennen.

Die Ermittlungen der Polizei sind von besonderer Qualität: Eine Anzeige im Dezember 86 vom Vater des Opfers gegen den späteren Mörder Kuss und andere Faschisten bleibt folgenlos. Als EK1-Chef Futter im Dezember mit zwei seiner Kumpane festgenommen wird, wird er zunächst gemeinsam mit ihnen für eine Nacht in eine gemeinsame Zelle gelegt. „Kontaktgespräche“ nennt das die Polizei. Futter darf auf der Polizei seine Mittäter „verhören“. Nach dem Mord wird bei Bornemanns eingebrochen. Beute war vermutlich das „rote Buch“ und die Videokassette (s.o.). Die Täter bleiben unbekannt.

Die Staatsanwaltschaft ist auch rüh-

Alle vier Mordangeklagten wurden im Gefängnis von FAP-Mitgliedern mit dem Tod bedroht. Klar, daß von ihnen wenig über den politischen Hintergrund zu erfahren ist. Nur allgemeines z.B.: „Ich bin Türkenhasser“, Stafilorakis. Von der großen Jugendkammer abgelehnt wurde ein Beweisantrag der Nebenklage. BKA-Chef Gerhard Boeden und der niedersächsische Staatssekretär Siegfried Höse sollten bzgl. FAP und EK1 u.a. bezeugen: Die kriminelle neonazistische Führung; ihre neonazistische Ideologie; ihre Werbung an Schulen; Ausländern wird das Lebensrecht abgesprochen; strikte Hierarchie und Befehlsstruktur; Gewaltanwendung als Teil ihrer Politik; Gewalt gegen Aussteiger.

Das gemeinsame, abgestimmte Handeln von Faschisten, Polizei, Staatsschutzdiensten und Gerichten ist längst kein Einzelfall mehr (s. Zeitliste rechts). Erkennbar ist der Versuch in diesen Prozessen zu demonstrieren: Faschistische Verbrechen werden nicht verfolgt; läßt sich eine Verfolgung nicht vermeiden wird das faschistische Motiv vertuscht.

- (mak)

Faschisten und Staat arbeiten zusammen

Niedersächsische Beispiele:

26.10.81 Durch Zufall werden 31 Waffenlager der faschistischen Gruppe um Heinz Lemke entdeckt. Dem BKA waren die Depots seit 13 Monaten bekannt.

31.10.81 Der inhaftierte Lemke will „weitere Angaben zu machen“.

1.11.81 Lemke ist tot. „Selbstmord“ im Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg: „sehr wahrscheinlich, daß Rechtsextremisten aus Niedersachsen an dem schweren Terroranschlag auf dem Münchener Oktoberfest im Herbst 1980 beteiligt waren.“

3.11.81 Das BKA übernimmt im Fall Lemke die Zuständigkeit. Drei gerade erst verhaftete Mitglieder der Lemke-Gruppe werden freigelassen.

Ende 82 Alle Ermittlungen im Fall um Lemke sind eingestellt.

Januar 1983 Generalbundesanwalt: Lemke war „im wesentlichen ein Einzeltäter“.

21.5.83 Die Polizei überfällt eine Demonstration gegen eine Veranstaltung der faschistischen „Grauen Wölfe“. Polizeipräsident und Oberbürgermeister hatten ein beantragtes Verbot der Veranstaltung abgelehnt. Zwei türkischen Arbeiter, H. und O. Öner, bleiben 7 Monate in Haft. Gegen 16 weitere wird Anklage erhoben.

24.5.84 Die u.a. wegen „versuchten Totschlag“ angeklagten Arbeiter werden freigesprochen. Vor Gericht wurde bewiesen: Das „Opfer“ war unverletzt. Der damalige Polizeieinsatz war eine gezielte Provokation. Polizeizeugen wurden systematisch „präpariert“. Beweismittel wurden gefälscht. Es existieren „Durchschlagsakten“ bei der Polizei, die erheblich umfangreicher als die Gerichtsakten sind. Das Innenministerium versuchte alle türkischen und kurdischen Demonstranten abzuschieben. Polizeifotos werden an türkische Behörden weitergeleitet. Verteidigertelefone wurden abgehört.

7.1.85 Der VW-Arbeiter Zeki Sonraci wird am Werkstor von acht „Grauen Wölfen“ lebensgefährlich verletzt. Nach Entlassung aus der U-Haft setzen sich die von Zeugen erkannten Täter in die Türkei ab.

28.4.85 Der langjährige Polizeianwalt Höhndorf wird erschossen aufgefunden. In dem Polizeibericht fehlt jeder Hinweis auf die Anwesenheit der Tatwaffe. Später taucht sie als notwendiges Utensil des „Selbstmordes“ auf. In den folgenden Prozessen gegen drei Polizisten in Zusammenhang mit dem Öner-Prozeß wird Höhndorf zum „Anstifter“ und Haupttäter erklärt.

8.3.86 Unter dem Schutz von 1000 Polizisten ziehen 120 FAPler mit Hitlergruß durch Hameln.

25.8.86 FAP und NPD werden zu den Kommunalwahlen zugelassen.

„Der Führer steht hier nicht zur Debatte“

Nur eine halbe Stunde wird am 2.9.87 in dem Mordprozeß gegen die vier EK1-Mitglieder verhandelt. Minuten später beginnt im selben Sitzungssaal ein Prozeß gegen Futter, Anführer und Gründer der Bande, und zwei weitere Mitglieder, Runge und Quade. Die Antifaschisten hoffen, daß bei der erwarteten aufwendigen Beweisaufnahme einiges ans Licht kommt. Als die Verteidiger den Raum betreten entsteht Unruhe unter den Zuhörern, weil die Anwälte der Faschisten Runge und Quade bekannte linke Verteidiger sind.

„Aufstehen!“ brüllt ein Justizbeamter als das Gericht den Saal betritt. Die Anwesenden erheben sich. Niemand spricht, als der Vorsitzende Richter Loeven Sekunden später mit der Faust auf den Tisch haut und schreit: „Ruhe, ich habe keine Lust, gegen irgendwas anzureden!“ Jeder hat verstanden, wo Loeven den Gegner sieht.

Der Staatsanwalt bringt stichwortartig 15 Anklagepunkte vor. Mehrere gemeinschaftlich begangene Einbrüche bzw. Diebstähle mit ca. 170000 DM Beute in Bargeld, Schmuck, Münzen, Unterhaltungselektronik sowie vier Gewehre und eine Handfeuerwaffe. Ein bewaffneter Raubüberfall auf einen Imbiss, eine Körperverletzung durch Futter. Schon im Mai hatte Loeven, Vorsitzender der 11. großen Strafkammer am Landgericht Hannover, vier Brandstiftungen „abgetrennt“. Zwei auf Ausländerwohnheime, eine auf ein türkisches Übersetzungsbüro und eine auf ein Polizeirevier.

Die Angeklagten legen Teilgeständnisse ab. Niemand hält ihnen ihre viel weiter gehenden Aussagen bei der Polizei vor. Beim Einbruch in ein Waffengeschäft will Futter nicht dabei gewesen sein. Er habe nur die Gewehre weggetragen. Mit einem der Gewehre machten sie einen Raubüberfall. Bei dem Einbruch in das Waffengeschäft sei Bornemann dabei gewesen. Richter Loeven: „Na, den können wir ja nicht mehr fragen.“ Bornemann habe Futter als „Führer“ bezeichnet, so Runge. Verteidiger Klawitter. Richter Loeven unterbricht heftig: „Unter Führer verstehe ich nur eine Sache, und die steht hier nicht zur Debatte“. Klawitter will die polizeiliche Aussage von Bornemann als Beweismittel einbringen. Loeven lehnt ab mit den Worten: „Haben Sie einen Totenschein,“ und erläutert u.a. auch dem anwesenden Vater des Opfers, der Ermordete könne doch als Zeuge geladen werden. Nach den polizeilichen

Ermittlungen war das Mordmotiv auch diese Aussage. „Waren Sie Führer der Gruppe?“ wird Futter gefragt. Futter: „Der Führer ist tot“. Richter Loeven fällt ihm ins Wort: „Richtig, auf diese Diskussion wollen wir uns nicht einlassen.“

„Geldnot“ sei das Motiv für den Waffendiebstahl gewesen, gibt Quade an. Im Wissen um die Unglaubwürdigkeit dieses Motivs, schwer verkäufliche Waffen zu klauen, hakt sein Verteidiger Plähn nach. „Wegen Geld“, beharrt Prade. „Es stimmt! Man kann Gewehre sehr gut verkaufen. Wir hatten letzte Woche einen, der hat Maschinengewehre verkauft“, unterbricht Richter Loeven. Niemand fragte, ob man denn versucht hätte, die Waffen zu verkaufen. Immerhin waren sie Monate später noch da. Das erbeutete Geld und die Wertgegenstände hingegen blieben verschwunden. Niemand forscht nach, in welche Kanäle es floß.

Verteidiger Klawitter stellt einen Beweisantrag „in Aussicht“: Vorladung der Vernehmungsbeamten als Zeugen. Diese hatten im Januar 87 ermittelt, die EK1 ist eine rechtsradikale Vereinigung. Richter Loeven versteht das als Drohung und reagiert. Loeven schlägt der Staatsanwaltschaft vor, in zwei Fällen gegen Futter „wegen Geringfügigkeit“ einzustellen. In beiden Fällen, darunter der Einbruch ins Waffengeschäft, ist seine Anführerrolle mit Händen greifbar. Futter ist wegen Waffendiebstahl und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vorbestraft. Quades und Runge's Verteidiger setzen nach und verlangen auch eine Einstellung in einem Fall. Ohne Zögern erhebt sich der Staatsanwalt und stellt diese Einstellungsanträge – ohne jede Begründung. Jetzt hat man sich endgültig verstanden.

Der obige Beweisantrag wird erneut „in Aussicht“ gestellt, falls das Gericht nicht schon mal sagt, daß der Raubüberfall ein „minderschwerer Fall“ ist (d.h. statt 5 bis 15 nur 1 bis 5 Jahre Gefängnis). Das Gericht berät und belehrt die Anwesenden, daß ein minderschwerer Fall „in Frage kommt“. Kurz noch eine Zeugin, der Futter mit dem Gewehrkolben, einer „Riot Gun“, zwei Rippen brach und ihr mit Mord drohte. Richter Loeven schlägt vor, auf alle weiteren Zeugen (noch 21 waren geladen) zu verzichten, und so wird es gemacht.

Fünf Minuten dauert das Plädoyer des Staatsanwaltes am nächsten Tag. Die Urteile: 4 Jahre 6 Monate für Futter. 4 Jahre für Runge. 2 Jahre 3 Monate für Quade. In der Urteilsbegründung wird klar: jedes Wort hat das Gericht den Faschisten geglaubt. Futter grinst.

Dresser-VK schreibt an Blüm

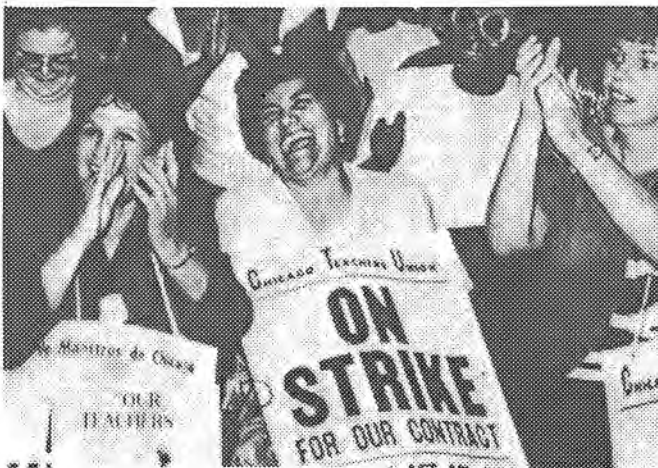
Heidelberg. In einem Brief an Arbeitsminister Norbert Blüm fordern die IGM-Vertrauensleute bei Dresser diesen auf, seinen Entwurf für eine Arbeitszeitgesetz zurückzuziehen, da wesentliche Arbeiterschutzzrechte selbst gegenüber der AZO nicht mehr enthalten sind. Sie fordern gesetzliche Höchstarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche an fünf Arbeitstagen, Verbot von Sonntagsarbeit, Nachtarbeitsverbot für Frauen und gesetzliche Einschränkung der Schichtarbeit, Mehrarbeit nur gegen Freizeitausgleich. – (has)

Streik gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes

Essen. Trotz einem Streik von insgesamt rund acht Stunden, an dem sich bis zu 1000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, ist der Geschäftsleitung von Krupp Widia eine Kürzung der übertariflichen Bestandteile des Weihnachtsgeldes gelungen. Tariflich abgesichert sind in NRW in Stufen bis zu 50% eines Monatslohns-/gehalts nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit. Krupp Widia zahlte jedoch seit 11 Jahren 100%. Da die Kürzungsabsichten

23.9.1987: Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin hat in einem unanfechtbaren Urteil den Postbeamten Herbert Bastian aus dem Beamtendienst entlassen. Es warf Bastian vor, daß er der DKP angehört und seit 1974 DKP-Stadtverordneter in Marburg ist. Die Postgewerkschaft kritisierte, daß ihr Mitglied „unter mißbräuchlicher Anwendung des Disziplinarrechts wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt wird“. Bild: Protest auf einer Pressekonferenz noch im Gerichtssaal – (gba)

vorher angekündigt waren, ruhte die Arbeit gleich zu Beginn der ersten Verhandlung am Freitag, den 18.9. Nach gut zwei Stunden brach die Geschäftsleitung die Verhandlungen jedoch ab, mit einer Zusage von 500000 DM außertariflich, ganze 10% der Summe des letzten Jahres. Daraufhin wurde der Streik Montag früh erneut aufgenommen. Erst nach einer Betriebsversammlung und Intervention der IG Metall erhöhte die Geschäftsleitung die Summe auf 1 Mio. DM, rund 450 DM brutto pro Beschäftigtem, sofern der Streik sofort beendet wird. Der Betriebsrat stimmte dem zu. – (wof)



USA: In Chicago streiken seit mehr als vierzehn Tagen 29000 Lehrer und andere Schulbeschäftigte. Sie fordern eine Gehaltserhöhung von zehn Prozent im ersten Tarifvertragsjahr und fünf Prozent für das folgende Jahr. Ein neu eingestellter Lehrer verdient 16000 Dollar im Jahr, das Jahresdurchschnittsgehalt beträgt 29700\$. Das Schulamt hatte zuvor die Gehälter um 1,7% herabgesetzt in Verbindung mit der Kürzung des Schuljahres um drei Tage. Die Lehrergewerkschaft AFT fordert die Zurücknahme dieses Beschlusses. Bild: Solidaritätskundgebung. In Detroit streiken ebenfalls seit Beginn des Herbstsemesters 11500 Lehrer gegen das Einfrieren der Gehälter. – (gba)



Max-Müller: Sonntagsarbeit

Hannover. Im Mai kündigte die Geschäftsleitung (GL) von Gildemeister/Max-Müller an, 36 Beschäftigte zu entlassen. Der Betriebsrat (BR) lehnte daraufhin Überstunden ab. Im Juli erklärte die GL, daß ohne ca. 1800 Überstunden pro Monat Kundenmaschinen und die Prototypen für die Maschinenausstellung (EMO) nicht fertig würden. Trotz Ablehnung des BR wurden Überstunden angeordnet und gegen die tariflichen Grenzen für Mehrarbeit verstossen. Jetzt hat sich die GL für Wochenenden vom Gewerbeaufsichtsamt Sonntagsarbeit genehmigen lassen. – (rog)

Erfolg studentischen Widerstandes?

Hannover. „Albrecht verzichtet auf geplante Studiengebühren“ berichtet die HAZ am 15.9. Vorausgegangen war der vom RCDS lancierte Vorschlag (der tatsächlich von Minister Casens stammt), statt Studiengebühren zu erheben die „Langzeitstudenten“ zu exmatrikulieren. So entfallen Versicherungsansprüche, die betroffenen Studierenden sind nicht mehr eingeschrieben. Sie können nur noch die Prüfungen ablegen. Die Landesregierung plazierte diese Entscheidung, als der Widerstand gegen Studiengebühren abgebrockelt und die sozialpolitischen Forderungen, z.B. gegen Elitebildung, fast gänzlich weg waren. Für „Seniorenstudenten“ sollen künftig 80 DM

an Gebühren erhoben werden. Damit ist der Weg zur Einführung genereller Gebühren frei, das Studium für Mittellose qualitativ oder unmöglich. Widerwärtige „Laufbahnkämpfe“ schon beim Studium! – (mal)

FDP-Antrag gegen PVG-Betriebsrat

Hamburg. Die FDP hat in der Koalitionsvereinbarung die Privatisierung mehrerer Betriebe durchgesetzt, so auch der Pinneberger Verkehrsgesellschaft, einer Tochter der Hamburger Hochbahn AG. Der Betriebsrat wehrt sich entschieden gegen die Privatisierung, u.a. mit Mobilisierung zur ÖTV-Demonstration und Verkleben von Flugblättern für die Fahrgäste in den Bussen. Die FDP verlangt in einer „Kleinen Anfrage“, daß der Senat die Unrechtmäßigkeit dieser Klebeaktion erklärt sowie dem Betriebsrat die Kosten für das Entfernen der Flugblätter aufbrummen läßt. – (mek)

Herbstaktionen des Krankenhauspersonals

München. Auf einer Mitgliederversammlung der ÖTV im Krankenhaus Schwabing (ca. 100 Teilnehmer), die auch von vielen Unorganisierten besucht war, wurde festgelegt, für die Forderungen „Stellenmehrung an allen städtischen Häusern um mindestens 510 Stellen“, „Bezahlung nach BAT“, „Verbot von Überstunden“ und „Abschaffung der 6-Tagewoche“ Anfang November 1987 öffentliche Aktionen durchzuführen. – (rul)

Kündigungskrieg

Worum geht es der BMW-Geschäftsleitung?

Westberlin. Die BMW-AG hat ihren Kündigungskrieg wieder aufgenommen. Die achte Kündigung Peter Vollmers erfolgte fristlos wegen sogenannten „arglistigen Verhaltens“ bei der Einstellung und sogenannten „erwiesenen Spendenbetruges“, ersatzweise aber zumindest wegen des dringenden Verdachts eines „Spendenbetruges“. Peter Vollmer soll bei seiner ersten Anstellung vor acht Jahren verschwiegen haben, daß er das Abitur abgelegt und ein Studium der Architektur absolviert habe. Außerdem soll er nach seiner ersten Kündigung im April 1984 Kolleginnen und Kollegen durch Hinweise auf den Verlust seiner Existensgrundlage um Spenden gebeten haben, während er in Wirklichkeit von seinem ererbtem Vermögen hätte leben können. Am Dienstag, den 15. September, fand vor dem Arbeitsgericht die Güteverhandlung statt. Zu einem Vergleich kam es erwartungsgemäß nicht. Die Hauptverhandlung ist für den 27. Oktober angesetzt. Die Vorwürfe gegen den „Millionenerbe Vollmer“ sind inzwischen in der Öffentlichkeit breitgewalzt worden. Peter Vollmer hat dazu Stellung genommen in einer persönlichen Erklärung an die Kolleginnen und Kollegen von BMW. Wir wollen dies nicht weiter interpretieren, sondern drucken diese Erklärung als Information ab. – Wie schon vorher 21 mal stimmte der Betriebsrat mit seiner Mehrheit aus „Vernunftsbetriebsräten“ erneut der fristlosen Kündigung des Betriebsratsmitglieds Vollmer zu. Zwischenzeitlich haben die „Vernunftsbetriebsräte“ die „Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmer für BMW“ gegründet. Diese „Arbeitsgemeinschaft“ vertritt den Kurs der Geschäftsleitung BMW ohne Wenn und Aber und läßt sich davon auch nicht durch die IG Metall abbringen. Die Geschäftsleitung BMW pflegt die Arbeitsgemeinschaft, ermöglicht ihr beispielsweise durch technische Unterstützung das Sammeln von Unterschriften auf dem Werksgelände für eine Amtsenthebung Peter Vollmers. – Am Freitag, den 18. September verhandelte die 9. Kammer des Arbeitsgerichtes in Westberlin über den mit 742 Unterschriften versehenen Antrag der „Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmer für BMW“, die Betriebsräte Vollmer, Knirsch und Köbrich ihres Amtes zu entheben, weil sie sich von der DGB-Ausstellung „Das halbe Leben“ nicht distanziert hätten. In der Ausstellung war die Unterstützung des Faschismus durch BMW dargestellt worden und die Kontinuität solcher Politik bis zu dem Kündigungskrieg gegen die Betriebsräte Vollmer, Knirsch und Köbrich. Die drei Betriebsräte hatten erklärt, daß sie sich an der DGB-Ausstellung nicht beteiligt haben. Das Gericht entschied, den Antrag auf Amtsenthebung zurückzuweisen. – Worin liegt die Gefahr für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung? Geht sie wirklich vom Millionenerbe Vollmer aus oder geht sie nicht vielmehr von solcher Art Betriebsgemeinschaften aus, die sich den Interessen der Geschäftsleitung unterworfen haben? Ein Millionenerbe, der auf seiten der Arbeit und gegen das Kapital Stellung bezieht, ist kein Schaden für die Gewerkschaftsbewegung. Betriebsgemeinschaften allerdings, die für das Kapital Stellung beziehen, sind mit den Grundsätzen der Gewerkschaft nicht vereinbar. Sie sind gewerkschaftsfeindlich. – (brr)

dokumentiert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Aus dem Urlaub zurück und nach einer Reihe von Gesprächen möchte ich hiermit für alle zu den Gründen, warum BMW mich zum 8. Mal gekündigt hat, Stellung nehmen. Daraus müßte klar werden, daß alles nur Vorwände sind, um die konsequente Gewerkschaftsarbeit bei BMW zu bekämpfen. Mein Vater war an einer Druckerei und an einem Verlag beteiligt. In der Druckerei habe ich eine

Lehre als Offsetdrucker gemacht und drei weitere Jahre als Betriebsassistent gearbeitet. Mit der Perspektive, Unternehmer zu werden, hatte ich schon bald meine Probleme. So habe ich 1962 dort aufgehört und bis 1971 Architektur und Stadtplanung studiert. Einen Abschluß habe ich nur in England gemacht. Aber auch diese Perspektive, z.B. ein Architekturbüro aufzumachen, gefiel mir immer weniger. Nicht unbeeinflusst von der Studentenbewegung wollte ich lieber direkt mit meiner Hände Arbeit in der Fabrik meinen Lebensunterhalt verdienen und mich für die Interessen der Arbeitnehmer, z.B. als Betriebsrat, einsetzen. 1972 habe ich deshalb die Entscheidung gefällt, nicht länger vom Erbe zu leben – mein Vater starb 1963. Ich habe dann bei der AEG angefangen und wurde dort als Elektrowickler angelernt.

Die Anteile meines Vaters an der Druckerei und an dem Verlag haben meine beiden Geschwister und ich zusammen geerbt. Während meiner Studienzeit habe ich davon gelebt. Seit 1972 habe ich für meinen persönlichen Lebensunterhalt nichts mehr davon genommen. Im Rahmen meiner Scheidung (1972) habe ich die Versorgungsansprüche für meine drei Kinder und ihre Mutter durch Beteiligung der Kinder mit je 90000 DM am Kapital der Druckerei geregelt.

Heute beträgt meine Kapitalbeteiligung bei der „Imo Großdruckerei und Displaywerk Carl H. Vollmer GmbH und Co“ 476000 DM und beim „Verlag Europa-Lehrmittel Nourney, Vollmer GmbH und Co“ 700000 DM. Meine Kinder sind zwischenzeitlich aus der Druckerei ausgeschieden. Deshalb mußten die anderen Gesellschafter das abgezogene Kapital wieder ersetzen. Das machte für mich 71000 DM aus. Diese wurden 1985 umgebucht. Das ging problemlos, da ich für meinen persönlichen Lebensunterhalt seit 1972 kein Geld mehr entnommen hatte. Im Handelsregister wurde dieser Vorgang im Februar 1987 vermerkt.

Meine damaligen Überlegungen, das Erbe in Beteiligungsanteile umzuwandeln, sind an der Einflußlosigkeit meiner Minderheitsbeteiligung gescheitert. Denn als Kommanditist habe ich kaum andere Rechte als beim Besitz von Aktien.

In den 15 Jahren meines Arbeiterdaseins habe ich Studium und Erbe konsequent verschwiegen. Ich wollte unter Freunden und Kollegen als gleicher unter gleichen leben. Das Einkommen aus dem Erbe, von dem das Finanzamt über die Hälfte bekommen hat, habe ich seit 1972 zum Teil für fortschrittliche gesellschaftliche Initiativen zur Verfügung gestellt. Der andere Teil ist in den beiden Unternehmen geblieben und wird besonders zur Erweiterung des Verlages verwendet.

7 Jahre bin ich nun bei BMW, seit 15 Jahren arbeite ich in Berliner Fabriken und lebe auch nur von dem Lohn. Folglich habe ich auch alle Rechte in Anspruch genommen, die sich aus dieser Situation herleiten. Bei Arbeitslosigkeit habe ich Stütze in Anspruch genommen; und da ich wegen konsequenter Gewerkschaftsarbeit entlassen wurde, habe ich auch Notfallunterstützung und Gemaßregeltenunterstützung von der IG Metall in Anspruch genommen. Beides habe ich aber längst aus dem Lohn, den mir BMW wegen der verlorenen Prozesse nachzahlen mußte, zurückgegeben. Und von den Spenden, die ich im Rahmen der 3-jährigen Solidaritätskampagne bekommen habe, habe ich nichts für meinen persönlichen Lebensunterhalt verwendet.

Um der Rufmordkampagne von Radio 100,6 entgegenzutreten, wollte ich dort in einer Sendung Stellung nehmen. „Live“, damit meine Aussagen nicht zurechtgeschnitten werden können. Das haben die aber abgelehnt. Auf die nächste Betriebsversammlung werde ich aber nach Möglichkeit trotz Kündigung kommen und Euch weiterhin Rede und Antwort stehen.

Mit kollegialen Grüßen, hoffentlich bald wieder im Werk
Peter Vollmer

Berlin, den 25.8.1987

Bücher

Kinder aus Nazifamilien und die „Schuldfrage“

„Papa,
du bist ein Mörder“

Es ist eine schwere psychische Belastung, mit dem Bewußtsein leben zu müssen, daß der eigene Vater ein Nazischergen war. Es ist auch nachvollziehbar, daß diese Belastung eine psychotherapeutische Behandlung notwendig macht. Für Psychotherapeuten ist es sicherlich auch nützlich, bei der Behandlung solcher Patienten auf Fachliteratur zurückgreifen zu können. Dörte von Westernhagens Buch „Die Kinder der Täter“ (Kösel Verlag, München, 1987) gibt vor, solche Fachliteratur zu sein. Akribisch folgt sie den Spuren des im Krieg gefallenen Vaters, der SS-Offizier war. Fazit: Großvater war ein verbitterter Deutschnationaler, also war der Weg des Sohnes vorbestimmt. Und der der Tochter auch: Die Sünden eurer Väter werden über euch kommen. In der BRD, in Westernhagens Buch und in der Psychotherapie wird nicht gefragt: „Wer brachte die Nazis an die Macht?“, und solange diese Frage nicht gestellt wird, sind die Kinder den Sünden der Väter hilflos ausgeliefert. Dem einzigen, der versucht, diese Frage zu stellen und nicht individualpsychologische Motive für das Tun seines Vaters zu suchen, nimmt die Autorin dies übel. Es ist offensichtlich bequemer, die Gesellschaft zu therapieren, als sie zu ändern. – (ti)

Hauptkriegsverbrecher: Willenloser Mensch?

Im Bertelsmann-Verlag erschien das Buch von Niklas Frank „Der Vater/Eine Abrechnung“ über den Hauptkriegsverbrecher Hans Frank. Niklas Frank bezeichnet seinen Vater als Verbrecher und deutet auch dessen Verbrechen an, diese allerdings mehr als Hintergrundgeschichte, im Vordergrund steht der Mensch Hans Frank. Er stellt ihn dar als unterwürfigen, wil-

lensschwachen, geilen Popanz und Schleimer. In gewisser Weise folgt er der Verteidigungslinie von Hans Frank im Nürnberger Prozeß, der seine Nichtverantwortlichkeit vor allem für die Geschehnisse in Polen (dort war er Generalgouverneur) beweisen wollte. Wären dies die einzigen Mängel, die Lektüre ließe sich ja noch ertragen. Die Triebkräfte für Niklas Frank, sich mit dem Nationalsozialismus auseinander-



zusetzen, sind die „Blutbande“ zu seinem Vater, von einem tiefgründigen Vater-Sohn-Verhältnis kann keine Rede sein, war er doch erst sieben Jahre alt, als das Todesurteil an seinem Vater vollstreckt wurde. Diese Vater-Sohn Konstruktion bestimmt das Buch. Besonders ekelerregend sind aber die zahlreichen Momente perversen Sadismus. Detailliert beschreibt er, welche körperlichen Qualen er seinem Vater zur Sühnung begangener Verbrechen wünscht und befürwortet damit indirekt Folter und Quälerei. Pervers ist die Beschreibung, neben anderen ähnlichen, wie er bei dem Gedanken, daß sein Vater gehenkt wird und dessen Genick knackt, genüsslich onaniert. Dies ist angesichts des verbrecherischen Regimes des Finanzkapitals im Dritten Reich eine dermaßen abwegige und schlüpfrige Ebene, daß die Lektüre dieses Buches Magenweh verursacht. (gug)

Junge Juden berichten

Peter Sichrovsky, Jahrgang 1947, hat Gespräche mit Kindern von überlebenden Juden geführt, die heute in der BRD und in Österreich leben. Unter dem Titel: „Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war“ sind die Protokolle 1985 bei Kiepenheuer & Witsch erschienen. Die Eltern des Autors lebten als jüdische Emigranten in England. Fast die einzigen Überlebenden von zwei großen Familien, „weil sich zwei Menschen nicht an die Vorschriften hielten, das ist die Grundlage meines Daseins. Spätestens hier, an diesem Punkt blockiert das Denken, setzt jede Art von Logik aus.“ Von dieser Vergangenheit können sich die Jugendlichen nicht lösen. „Seit dem Erkennen der Vergangenheit lebe ich mit dem Rücken zur Wand, und das mit vielen anderen dieser Generation. Denn wenn wir Nachkommen der Opfer der Nazizeit etwas gemeinsam haben, dann ist es die fast heilige Pflicht, diesmal, beim nächsten Mal, rechtzeitig zu fliehen.“ „Wir sind der kümmerliche Rest einer versenkten Welt“, zum Verständnis der Fragen und Probleme, die den hier lebenden Juden daraus erwachsen, die gar nicht die Möglichkeit haben, einfach zur Tagesordnung überzugehen, leistet das Buch einen wichtigen Beitrag. (KIWI 72, 14,80 DM – düb)

Vertuschen der Nazi-Vergangenheit

Nach den Berichten von Kindern überlebender Juden veröffentlichte Peter Sichrovsky Berichte von Kindern aus Nazifamilien. Die Befragten gehören unterschiedlichen politischen Strömungen an, stramme Faschisten, Konservative, Grüne, Linke finden sich unter ihnen. Vierzehn Männer und Frauen zwischen 20 und 40 Jahren berichten, daß sie eigentlich sehr wenig darüber wissen, was ihre Eltern während des Faschismus getan haben, wie sie gelebt haben, woran genau sie mitgewirkt haben. Nur eine der Interviewten

weiß Genaues, weil ihr Sohn erforscht hat, wie der Großvater zum Hausbesitz gekommen ist. Alle anderen wissen zwar, daß ihre Eltern Faschisten waren, daß sie Offiziere, KZ-Wächter, hohe Parteifunktionäre oder Bürgermeister waren – an welchen Verbrechen die Eltern beteiligt waren, ist ihnen unbekannt. Fast alle fühlen sich als Opfer ihrer Eltern und beschreiben ihre Eltern als Opfer – der Niederlage des Faschismus. Erschreckend ist, daß kaum einer der Befragten die Niederlage des Faschismus tatsächlich positiv ansieht. Hoffnungen, die Familienverhältnisse wären viel erträglicher gewesen, wenn die deutschen Faschisten den Krieg gewonnen hätten, tauchen immer wieder auf, obgleich der verlorene Krieg für kaum einen elende Lebensverhältnisse zur Folge hatte. (Peter Sichrovsky, Schuldig geboren, Kinder aus Nazifamilien, Kiwi 133, 16,80 DM – uld)

Verdrängung der Nazi-Zeit

In seinem Buch „Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein“ versucht Ralph Giordano zu analysieren, warum die Mehrheit der Deutschen, die mehr oder weniger begeistert das nationalsozialistische Terrorregime mittrugen, nach der Niederlage des NS-Regimes ihre Verantwortung verdrängten: „Jede zweite Schuld setzt eine erste voraus – hier: die Schuld der Deutschen unter Hitler. Die zweite Schuld: die Verdrängung und Verleugnung der ersten nach 1945. Sie hat die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland bis auf den heutigen Tag wesentlich mitgeprägt, eine Hypothek, an der noch lange zu tragen sein wird... Kern ist das, was in diesem Buch der ‚große Frieden mit den Tätern‘ genannt wird – ihre kalte Amnestierung durch Bundesgesetze und durch die nahezu restlose soziale, politische und wirtschaftliche Eingliederung während der ersten zehn Jahre der neuen Staatsgeschichte. Das zweite Codewort, gleichsam der rote Faden von der ersten bis zur letzten Seite, ist der

„Verlust der humanen Orientierung“, ein tief aus der Geschichte des Deutschen Reiches bis hinein in unsere Gegenwart wirkendes Defizit.“

Giordano wendet sich gegen die heutigen Expansionsbestrebungen. Der Zusammenhang der bestimmenden Gesellschaftsmacht, dem deutschen Finanzkapital, mit der Politik vor und nach 1945 wird aber nicht untersucht, so daß Giordano die westdeutsche Gesellschaft als die „freiheitlichste“ preist. (R. Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, 1987, 36 DM – gba)

Hinterlassenschaft von Bernward Vesper

Bernward Vesper, geboren 1938, Lebensgefährte von Gudrun Ensslin, Sohn von Will Vesper, einem faschistischen Schriftsteller, der Hitler in schlechten Versen pries und gegen Juden und Kommunisten hetzte, beging Selbstmord im Mai 1971 in der Psychiatrischen Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf. Er hinterließ ein ausgearbeitetes Ma-

der um die Kriegsgefangenen. Vesper unternimmt jedoch keinen ernsthaften Versuch, die Verantwortung des Vaters für das Funktionieren des Faschismus zu kritisieren, vielmehr endet er im Mitgefühl für den alten Mann. Zwar unterscheidet er sich von dem blutumflorten Schrei nach Menschlichkeit für Heß, aber er schafft es nicht, dem kapitalistischen System in seiner faschistischen Ausprägung die Schuld daran zuzuweisen, daß es noch die nachfolgende Generation, vermittelt über Erzieher, durch Aufzwingen ihrer Werte unfähig zu machen sucht, andere Verhältnisse herbeizuführen. Davon zeugt Verspers Suche nach den Gründen für seine Verzweiflung in seiner persönlichen Lebensgeschichte. Die auf dem LSD-Trip, wie er meint, gewonnenen Erkenntnisse, deren Schilderung er einschiebt, helfen ihm nicht weiter. Die Erkenntnis, daß die BRD die imperialistischen Traditionen des Deutschen Reiches fortsetzt, versperrt er sich durch die Annahme, die USA seien nunmehr die

Deutschlandlied

Sog. Nationalhymne ohne Rechtsgrundlage

Am 12.5.87 wurde vor dem Kölner Amtsgericht die Anklage der BRD gegen den verantwortlichen Redakteur der Kölner Stadt-Revue wegen des angeblichen Tatbestandes „der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ (§ 90 a StGB) verhandelt. Ein Staatssymbol sollte dadurch verunglimpft worden sein, daß die Stadt-Revue im Oktober 1986 ein „Deutschlandlied 86“ aus dem Nürnberger Stadtmagazin „Plärrer“ aus Solidarität nachgedruckt hatte, nachdem dieses Magazin am 2.9.86 wegen einiger Textvariationen der sog. Nationalhymne beschlagnahmt worden war, z.B.:

„Deutschland, Deutschland over allos/Auf der Straße liegt das Geld/Wenn es gegen Los Krawalllos/Gnadenlos zusammenhält/Von Beethoven bis Bergen Belsen/Von Wackersdorf bis Asylantenzelt/Deutschland, Deutschland, hyper alles/Du schönster Biotop auf der Welt (...) Schleimigkeit und Frust und bleifrei/Für das deutsche Tarzanland/Darauf laßt uns einen heben/Vornweg und hinterhand/Schlagstock frei und Krebs und Gleitcrem/Deutschland wuchert mit dem Pfund/Kopulier'n im deutschen Stalle/Mutterschaft und Schäferhund.“

Der o.a. Prozeß ist für die gegen den Deutschnationalismus kämpfende Opposition in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Erstens argumentierte der Anwalt des Kölner Magazins im Gegensatz zur Verteidigung im Plärrer-Verfahren nicht mit der sog. „Freiheit der Kunst“, sondern damit, daß das Deutschlandlied als „Nationalhymne“ jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt, sowohl verfassungsrechtlich als auch gesetzlich. Zweitens scheute sich die BRD, vertreten durch die Staatsanwaltschaft Köln, die Rechtssubstanz der Hymne überprüfen zu lassen und stimmte der Einstellung des Verfahrens zu. Bereits Richterin Giesen mußte am 12.5. unter dem Eindruck der Argumente feststellen: „Ja, es wäre wohl glücklicher gewesen, man hätte damals eine andere Wahl getroffen.“

Die Kernpunkte der von Rechtsanwalt E. Reinecke vorgebrachten Argumentation sind:

1. Das Deutschlandlied ist strafrechtlich nicht wirksam geschützt, da im § 90 a StGB *nicht* geregelt ist, was „die Farben, die Flagge, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik Deutschland“ ist.

2. Es ist in der staatsrechtlichen Literatur *unbestritten*, daß die Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen Adenauer und Heuss im Bulletin der Bundesregierung am 6.5.52, in dem letzterer meinte, man möge bei staatlichen Anlässen halt die dritte Strophe singen, keine gesetzliche Bindungswirkung gegenüber der Allgemeinheit (den Bürgern) enthält, sondern höchstens als innerdienstlicher Erlaß für die Behörden der BRD gelten kann.

3. Der Annahme, das Deutschlandlied sei kraft Gewohnheit als Nationalhymne anerkannt, fehlen die Voraussetzungen, weil dieses Lied zu keinem Zeitpunkt als Nationalhymne unumstritten war kraft Übung und Konsens des Volkes. (Anm. d. Verf.: daran ändert auch das penetrante Abspielen der dritten Strophe in diversen Medien oder der Versuch deutschnationaler Kultusminister, dieses Liedgut im Schulbereich zu verordnen, nichts)

„Es darf nur vorsorglich darauf hingewiesen werden, daß es lediglich zwei Phasen der deutschen Geschichte gab, in denen gesetzliche Regelungen zum Deutschlandlied bestanden. Zum einen während der Zeit des Faschismus, als durch Gesetz das Deutschlandlied ... zusammen mit dem Horst-Wessels-Lied (Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt) zur offiziellen Nationalhymne gemacht wurde. Die zweite gesetzliche Regelung stellt das Gesetz Nr. 154 der amerikanischen Militärregierung vom 14.7.1945 dar, durch welches das



Hübner befiehlt den Angriff

nuskript, in dem er versucht, seinen politischen Werdegang zu begreifen. In zeitlich gegeneinander versetzten Bruchstücken schildert er seine Jugend und die Wirkungen der Erziehung durch Eltern, die ungehindert ihre faschistischen Auffassungen beibehalten konnten, ihre gesellschaftlichen Beziehungen zu anderen Faschisten pflegten und auf ihrem Gut nach Kriegsende weiterhin Arbeiter und sonstiges Gesinde ausbeuteten, bloß vermin-

reaktionärste Macht der Erde, die BRD damit relativ harmlos. Er hat wohl eine Vorstellung davon, daß die Mittelschichten in Bewegung kommen, der Arbeiterklasse steht er jedoch verständnislos und im Grunde verachtend gegenüber. Er bleibt bei der Vorstellung, durch das Bewußtsein der Intellektuellen und durch ihre Tätigkeit, hauptsächlich Schreiben, könne die Gesellschaft verändert werden. (Bernward Vesper, Die Reise, rororo, 12,80 DM – anl)

Singen und Spielen des Deutschlandliedes verboten worden ist. (...) Angesichts der in der ersten Strophe des Deutschlandliedes geforderten Grenzen des Deutschen Reiches kann unter Hinzutritt weiterer entsprechender Umstände das Absingen der ersten Strophe ohne Zweifel sich als Straftatbestand des §80aStGB (Aufstacheln zum Angriffskrieg) darstellen.“ (1)

In einem weiteren Antrag auf „Einholung eines kulturhistorischen Gutachtens zur Frage der deutschen Nationalhymne“ werden zahlreiche Befundtatsachen aufgeführt, „daß es eine ungebrochene Kontinuität und Anerkennung des Deutschlandliedes als Nationalhymne weder gab noch gibt.“

Quellenhinweis: Kölner Stadt-Revue 4, 8/87; Die Zeit v. 22.5.87; (1) Vortrag in der Strafsache 529 Ds 63/87 vor dem Amtsgericht Köln vom 29.4.87 – (zem)

Gesundheitspolitik

Herder-Dorneich: Wegbereiter der „Jahrhundertreform“

Im Herbst 1986 hatte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre Forderung nach einer grundlegenden Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung (im folgenden: GKV) bekräftigt: „Diese Reform ist die sachlich und zeitlich dringlichste Gesetzgebungsaufgabe in der Innenpolitik der kommenden Legislaturperiode. Sie darf nicht bei einem Kostendämpfungsgesetz alter Art stehenbleiben, sondern muß durchgreifend wirken.“ (1) Nach der Wahl haben die christlich-liberalen Parteien diesen Auftrag angenommen; Minister Blüm wurde beauftragt, bis Herbst 1987 „einen Gesetzentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen vorzulegen“.

In der Zwischenzeit wurden von verschiedensten Seiten aus dem Lager der Reaktion „Reformwünsche“ geäußert, wobei sich durchaus Unterschiede feststellen lassen: So tritt die FDP für eine Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln auf 20% des Medikamentenpreises ein, auch die CDU-Mittelstandsvereinigung erhebt analoge Forderungen. Blüm hingegen hält sich eher bedeckt und erklärt polemisch, die Grundlagen des Solidarprinzips dürften durch die Reform nicht angetastet werden.

Auf diese unterschiedlichen Akzente in der Koalition haben Gewerkschaften, Parlamentsopposition und Gesundheitsbewegung mit dem Versuch reagiert, in Blüm, Geißler und Süssmuth Verbündete gegen den „Kahlschlag im Gesundheitswesen“ zu finden. So schießt sich der DGB auf die FDP ein und erklärt, gegen deren „Selbstregulierungsthese der Marktwirtschaftsideologen“ sei eine „Ausweitung der Selbstverwaltung“ im Gesundheitswesen erforderlich. Im Vorfeld der baden-württembergischen Landtagswahlen verstärken sich Bemühungen der SPD, eine Große Koalition auf der Linie „Mit Lothar Späth gegen Bangemann und Lambsdorff“ einzugehen.

Eine Auseinandersetzung mit der christlich-konservativen Linie in der Gesundheitspolitik ist dringlich, soll nicht die Kritik an der liberalen „Ellenbogengesellschaft“ zu einer ungewollten Bekräftigung des Rufes nach „Volksgemeinschaft“ (oder wie Späth es nennt: „Versöhnungsgesellschaft“) führen. Denn anders als die liberalen Vorstellungen, die sich auf die Interessen der leitenden Mittelklassen beziehen, stellt sich die konservative Linie als sorgfältig ausgearbeitete gesundheitspolitische Strategie dar, die Interessen des *Monopolkapitals* durchzusetzen, ohne die gesellschaftliche Basis der CDU als Volkspartei zu gefährden.

Wichtigster Vertreter dieser konservativen Strategiearbeit in der Gesundheitspolitik ist Philipp Herder-Dorneich, Jahrgang 1928, Professor für Sozialpolitik in Köln und Sproß der gleichnamigen Freiburger Verlegerfamilie. Seit über 20 Jahren publiziert Herder-Dorneich Bücher

und Artikel, die alle um das Thema „Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen kreisen. Eng verbunden ist er der Robert-Bosch-Stiftung, die als Sprachrohr dieses Konzerns in der Gesundheitspolitik dient. Persönlich mit Lothar Späth befreundet, hat er dessen sozialpolitische Konzeptionen (dargestellt z.B. im Buch „Wende in die Zukunft“) deutlich inspiriert.

„Gegen die Selbstbeteiligung“

Die praktischen Vorschläge, die Herder-Dorneich zur „Reform“ des Gesundheitswesens entwickelt hat, stellen sehr weitgehende Angriffe auf die gesundheitliche Versorgung der Lohnabhängigen dar. Alle diese Angriffe aber verbindet er mit christlich-sozialer Demagogie, die eines Papstes würdig wäre. So wendet er sich vordergründig gegen die Selbstbeteiligung der Patienten an Behandlungskosten:

„Bei Einführung einer generellen ... Selbstbeteiligung besteht jedoch die Gefahr, daß auch medizinisch notwendige Leistungen nicht nachgefragt werden. Es unterbleibt z.B. ein wichtiger Arztbesuch oder ein benötigtes, aber teures Medikament wird nicht gekauft.“ (2)

Demnach wäre Herder-Dorneich gegen die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung? Aber ganz und gar nicht! Nur soll die Selbstbeteiligung nicht von den Patienten, sondern von den *Ärzten* bezahlt werden:

„Als nächsthöhere Stufe der Steuerungsanpassung könnte man sich vorstellen, daß die Krankenkassen für die auszugebenden Rezepte Gebühren erheben ... Eine solche Globalvergütung für Rezepte ... wäre übrigens eine Form von Selbstbeteiligung, jedoch nicht auf der unteren Ebene der Individuen, sondern auf der mittleren Ebene.“ (3)

Wahrhaftig ein teuflischer Plan: Die Krankenkassen erheben „Gebühren“ von den Ärzten für die auszustellenden Rezepte, so daß der Arzt ein unmittelbar ökonomisches Interesse gewinnen soll, keine Rezepte auszustellen. Die kostendämpfende Wirkung ist vermutlich stärker, als wenn der Kranke – wie bisher – selbst über Kauf oder Nichtkauf Arznei entscheiden muß. Gleichzeitig aber wird die Kritikmöglichkeit der Sozialversicherten an der Kostendämpfung eingeschränkt, weil ihnen gegenüber die Leistungsverweigerung „medizinisch“ begründet wird.

„Zwang ist Gift“

Diese bewußte Ausrichtung der reaktionären „Reform“pläne auf Verunmöglichung von Kritik ist ein Markenzeichen Herder-Dorneichs:

„Zwang ist im Gesundheitswesen Gift. In den gegenwärtigen Arzneimittelpfandierungen (= Regelungen, nach denen der Arzt nur eine bestimmte Durchschnittssumme pro Patient verordnen darf, d. Verf.) deuten sich bereits Zwangsmaßnahmen an. Wir müssen einen anderen Weg finden, daß das System ... seine Wachstumsraten von selbst reduziert. Das System, dem es gelingt, die an es gestellten Aufgaben in sich selbst zu verarbeiten,“

(gemeint sind: die Aufgaben der Kostendämpfung, nicht die Aufgaben der Versorgung!)

„schafft damit Übereinstimmung aller Beteiligten, das Ergebnis als das „Bestmögliche,“ – möglicherweise zwar kritisierbare – aber immerhin als das Bestmögliche hinzunehmen. Eine Reduzierung der Wachstumsraten auf eine Leitlinie, die man von außen her durch Zwang versuchte, müßte sogleich als „soziale Demontage,“ empfunden werden.“ (4)

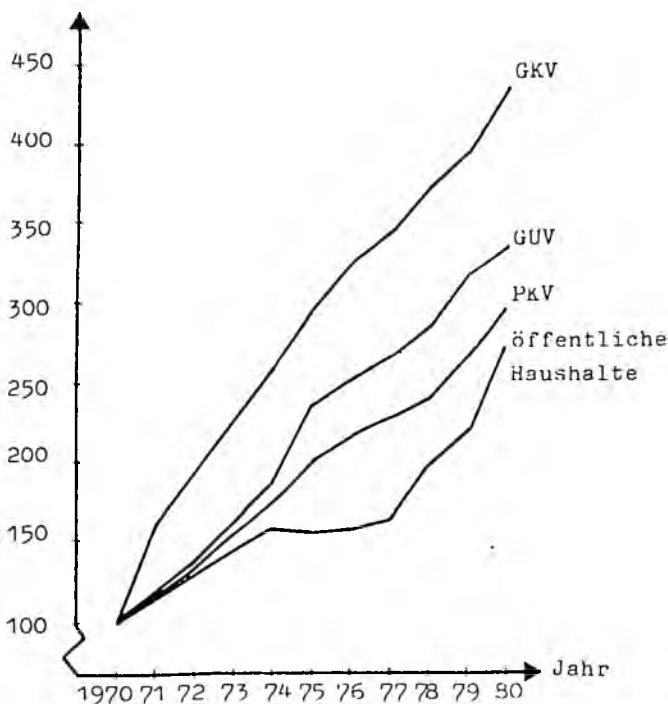
Herder-Dorneich ist für „soziale Demontage“, für Abbau von Versorgungsleistungen der Sozialversicherungen. Aber dieser Abbau soll den Betroffenen als „Sachzwang“ erscheinen, damit sie ihn nicht als solchen „empfinden“ und kritisieren. „Wir sprechen dann von einem sozialen Gleichgewicht.“ (5)

„Für das Solidarprinzip“

Das Prinzip der Vermeidung offenen Zwanges prägt auch die Herder-Dorneichschen Vorstellungen bezüglich eines anderen Hauptpunktes der geplanten Strukturreform: der

Ausgabenentwicklung im Rahmen der Krankenhausversorgung bei den verschiedenen Kostenträgern

Index 1970 = 100



Verstärkung des „Wettbewerbs“ zwischen den Kassenarten. Seit langem zeigen Gesetzliche Krankenversicherung und Private Krankenversicherungen (PKV) deutliche Unterschiede in der Ausgabenentwicklung: So liegen die Steigerungsraten der Krankenhauskosten in der GKV erheblich über denen der PKV (vgl. Schaubild), weil der Gesundheitszustand der unteren Schichten der Lohnabhängigen (die in der GKV versichert sind) sich rapide verschlechtert. Die Koalitionsparteien sind sich einig, diesen Umstand auszunutzen, um durch verschärfte Konkurrenz zwischen den Kassenarten den Druck, der von den niedrigeren Beiträgen der PKV auf die GKV ausgeht, zu verstärken. Wie aber soll das geschehen? Die Liberalen fordern Ausweitung der Wahlmöglichkeiten z.B. durch Herabsetzung der Pflichtversicherungsgrenze (wodurch ihre Klientel knapp unterhalb dieser Grenze gefördert würde) und steuerliche Förderung „privater Krankenvorsorge“.

Herder-Dorneich mag sich diesen Vorstellungen nicht anschließen. Er wendet sich gegen eine Ausweitung der Wahlfreiheit der Kassen. Scheinbar bezieht er sich sogar positiv aufs Solidarprinzip, nach dem Alte und Junge, gesunde Gutverdienende und verschlissene arme Lohnabhängige den gleichen prozentualen Beitrag zahlen:

„... sollen die Beiträge der GKV so gestaltet sein, daß die höher verdienenden Mitglieder einen höheren Beitrag bezahlen als die weniger verdienenden, daß also durch die höher verdienenden Mitglieder die Krankenversorgung der geringer verdienenden mitfinanziert wird.“ (6)

Auch Herder-Dorneich tritt dafür ein, die Konkurrenz der Kassen um die freiwillig Versicherten (oberhalb der Pflichtgrenze) zu verstärken. Eine Ausweitung der Wahlfreiheit durch Senkung der Einkommensgrenze aber lehnt er ab, denn diese würde den beschriebenen „Umverteilungseffekt“ beeinträchtigen.

Mit der Position „Die Besserverdienenden müssen den Armen helfen, sie dürfen sich nicht aus ihrer sozialen Verantwortung stehlen“ wendet Herder-Dorneich geschickt „mittelstandskritische“ SPD-Auffassungen gegen FDP-Programmpunkte. Nur zielt er damit keineswegs auf eine Sicherung eines Mindeststandards der Gesundheitsversorgung ab, sondern umgekehrt will er die oberflächlichen Widersprüche zwischen den Interessen der oberen und der

unteren Lohnabhängigen nutzen zur Senkung des Durchschnittsstandards insgesamt.

Anders als die FDP will die CDU nicht einfach Entlastung der leitenden Angestellten durch Möglichkeit der Privatversicherung. Dies würde für das Kapital, für dessen „Arbeitgeberbeiträge“ zur Krankenversicherung, keine Kostensenkung bringen, weil die sinkenden Beiträge für die Privatversicherungen genau ausgeglichen würden durch die noch mehr steigenden Beiträge der GKV (die dann nur noch die gesundheitsgefährdetsten Lohnabhängigen, die „schlechtesten Risiken“ versicherten). Die höheren Mittelklassen zahlten weniger, die Arbeiter mehr Krankenversicherungsbeiträge, der Effekt fürs Kapital aber wäre minimal.

Herder-Dorneichs Lösung lautet: Zumindest Teile der Mittelklassen sollen weiterhin mit den Arbeitern in einer Kasse zusammen versichert bleiben. Sie können dann ihre eigenen Beiträge nicht mehr senken durch Überwechseln in eine Privatversicherung; vielmehr müssen sie auf Senkung von Krankenkassenleistungen trachten, die sie selbst selten, die Arbeiter aber oft in Anspruch nehmen: Erkrankungen des Skeletts z.B., die zunehmen, lange dauern, viel kosten und sehr stark mit körperlicher Belastung verbunden sind. Umgekehrt erscheint den Arbeitern ihr Gesundheitskonsum nicht als Leistung, auf die sie einen Anspruch haben, der aus dem Lohnverhältnis erwächst, sondern als Almosen der höheren Lohngruppen, deren Großmut sie nicht durch „Anspruchsdenken“ überstrapazieren dürfen.

„Zwang zum Interessensausgleich“ nennt Herder-Dorneich ein derartiges System, verschiedene Lohnabhängigenschichten aufeinanderzuhetzen, um die Durchsetzung des Kapitalinteresses an „Beitragsenkung“ als Resultat dieses „freien Spiels der Kräfte“ erscheinen zu lassen.

Selbstverwaltete Kostendämpfung?

Die DGB-Forderung nach „mehr Selbstverwaltung“ im Gesundheitswesen muß, wird sie wie bisher isoliert erhoben, als Unterstützung für Pläne à la Herder-Dorneich wirken. Wenn Herder-Dorneich sich gegen den Liberalismus wendet und die Verantwortung des Staates betont, so weil er sich zu Elementen faschistischer Wirtschaftspolitik bekennt: Sein Konzept des „Verbandswettbewerbes“ stelle einen Mittelweg zwischen der „Zentralverwaltungswirtschaft“ im Zweiten Weltkrieg und der „reinen Marktwirtschaft“ Ludwig Erhards dar. Der Staat steckt (durch gesetzliche und finanzielle Maßnahmen) der Gesundheitsversorgung einen engen Rahmen (dies entspräche der „Zwangswirtschaft“ der Faschisten zur Entlastung des Kapitals), aber innerhalb dieses Rahmens sollen die verschiedenen Gruppen und Verbände um die vorhandenen Mittel konkurrieren („Marktwirtschaft“) und zwar so, daß sie sich selbst gegenseitig den Gürtel immer enger schnallen: Ärzte gegen Patienten, Besserverdienende gegen arme Lohnabhängige, Krankenkassen gegen Krankenhäuser usw. usf.: ein Knäuel von Widersprüchen, in denen die je „andere Gruppe“ als Verursacher der eigenen Leistungseinschränkung erscheint, eine Einheitsfront gegen den eigentlichen Verursacher wachsenden Gesundheitsverschleißes, das Kapital, erschwert ist und der Staat, der die ganze Zwangsjacke gestrickt hat, noch als begütigender Vermittler erscheint. Diese „Selbstverwaltung des Mangels“ ist ein Konzept, welches eine Brücke schlagen soll zwischen katholischer Soziallehre und faschistischer Arbeitsverwaltung und damit Widersprüche glätten, die das Dritte Reich noch erheblich belasteten. Lassen die Sozialdemokraten sich auf derartige Konzepte ein, so würde das liberale Programm nicht geschwächt, sondern noch als Verteidigungslinie der „Freiheit des Einzelnen“ erscheinen.

Quellen: (1) Statement der BDA auf der Herbstsitzung der Konzierten Aktion im Gesundheitswesen, 17.11.86; (2) Ph. Herder-Dorneich: „Gesundheitsökonomik. Systemsteuerung und Ordnungspolitik im Gesundheitswesen“, Stuttgart, 1980, S. 184; (3) das., S. 174; (4) das., S. 166/167; (5) S. 167; (6) S. 125 (wjw)

Wahlerfolg der Faschisten

DVU in der Bremer Bürgerschaft: Erst Wahlzulassung, dann „Bestürzung“ – Kein Interesse an inhaltlicher Kritik!

Die SPD stimmte im Wahlausschuß für die Zulassung der „Liste D“. Erste Reaktion des Bremer SPD-Bürgermeisters nach dem Wahlerfolg der faschistischen DVU: der Bundesrat solle beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag stellen. Es ist damit zu rechnen, daß eine Kritik der DVU-Programmatik unterbleibt, ein solcher Antrag an der Unionsmehrheit im Bundesrat scheitert, und die DVU so

dem ersehnten rechtsstaatlichen Ansehen näher kommt. Das Wahlergebnis in Bremen und Bremerhaven wird faschistischen und reaktionären Sammlungsbewegungen Auftrieb verleihen. Antifaschistische Arbeit und ihre Kritik an Volksgemeinschaftsideologie, Nationalismus und Rassismus müssen dringend inhaltliche und bündnispolitische Fortschritte erzielen. – (mal, sie, tob, wob)

Die rechtsradikalen bzw. faschistischen Parteien (NPD, Patrioten, Mündige Bürger, Zentrum, Bayernpartei, FAP) hatten ihren Stimmenanteil in den letzten Bundestagswahlen bereits etwa verdreifacht. In der faschistischen Presse wurde schon damals die Bildung einer „Deutschen Volksliste“ propagiert. Die „Nationalzeitung“ bildete dabei die finanzielle Basis sowie das propagandistische Rückgrat. Im Sommer wurde dann das Bündnis NPD-DVU als Liste-D bekanntgegeben. Dieses ist nicht das erste faschistische Bündnis in Bremen seit Bestehen der BRD. 1963 gelang es verschiedenen rechtsradikalen Parteien, unter Führung der „Deutschen Reichspartei“ DRP, mit 5% der Stimmen vier Sitze in der Bürgerschaft zu besetzen. Unmittelbar danach gründete Adolf von Tadden (heute DVU/Liste D) die NPD, zusammen mit dem Bremer Betonfabrikanten Fritz Thielen, Gründer der Bremer CDU und langjähriges CDU-Bürgerschaftsmitglied und heutiger NPD-Vorsitzender. 1965 zog die NPD in sieben Länderparlamente ein, auch in Bremen. 1967 erreichte die NPD in Bremen mit 8,8% das zweitbeste Ergebnis bei Landtagswahlen im Bundesgebiet.

Zur Bremer Bürgerschaftswahl kandidierten aus dem faschistischen Lager FAP, DVU/Liste-D und „Die Republikaner“ (Rep). Die FAP setzt sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der verbotenen ANS/SA zusammen. Die

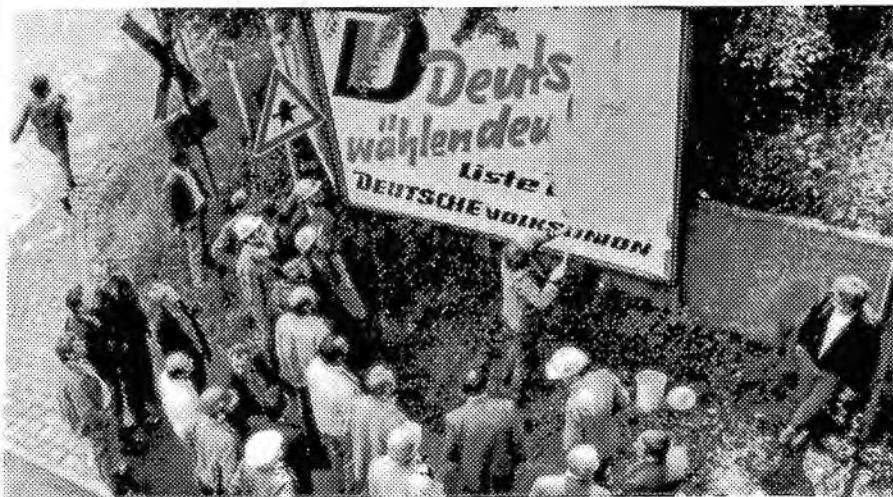
Konstituierung der Rep in Bremen erfolgte im März 1985 durch Austritt von sieben Stadtverordneten in Bremerhaven – zwei davon waren zugleich Bürgerschaftsabgeordnete im Bremer Landtag (Oeing und Polley) – aus der CDU zu den Rep. Gründe: die CDU sei zu opportunistisch und zu schlapp. Im Wahlkampf trat noch ein drittes CDU-Mitglied über, als eine DVU-Anzeige in einer CDU-eigenen Zeitung abgedruckt wurde. Die Rep verfügen nach eigenen Angaben über 74 Mitglieder, 50 davon in Bremerhaven. Daß es den Rep – als erster rechtsradikaler Partei in der Bremer Bürgerschaft nach Niedergang der NPD – nicht gelang, ausreichend Stimmen auf sich zu vereinigen, mag daran liegen, daß sie sich ausschließlich als die bessere CDU verkaufte, als bessere Hanseaten ein mehr unscheinbares Parlamentarierdasein praktizierten. Die politischen Höhepunkte dieser Nadelstreifen-Nazis waren die Auseinandersetzungen um das Denkmal für den „unbekannten Deserteur“ und ihr Bundesparteitag in Bremerhaven.

Anders die DVU/Liste-D. Sie erinnerte mit ihren Parolen schon eher an den NSDAP-Jargon, der vom Heimat-treuen über den Revanchisten bis hin zu den Knobelbechernazis mobilisierte. Ausgestattet mit 2,5 bis 3 Mio. DM des Frey-Imperiums schickte die DVU bereits um die Jahreswende 1986/87 Werbebriefe mit beigelegten Schall-

platten, Kalendern und „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“-Aufhängern an potentielle Neumitglieder und Unterstützer im Raum Bremen. Die Adressen kamen von Altmitgliedern, von rechtsradikalen Verlagen und nicht zuletzt von den staatlichen Meldeämtern, die der DVU sämtliche Adressen von Jung- und Erstwählern für 300 DM verkaufte. Die zweite Phase begann die DVU bereits Monate vor den anderen Parteien. Noch während die Rep vor Gerichten um das Aufstellen ihrer Stellschider stritt, ließ die DVU u.a. durch die „Deutsche Städtereklame“ die Stadt mit „Deutsche wählen deutsch“ zustellen. Die Bremer Haushalte bekamen regelmäßig per Post die Massendrucksachen zugestellt. Sämtliche Haushalte erhielten u.a. Postkarten, auf denen Dr. Gerhard Frey z.B. für Ausländerbegrenzung warb. Auf der Rückseite sollte man in einer Meinungsumfrage – „Ich bin für Ausländerbegrenzungen wie in der Schweiz“ – mit ja/nein ankreuzen und dann die ausgefüllte Karte an ihn zurückzusenden. Es waren sämtlich Parolen, die auch von der CDU hätten sein können, eben nur zugespielter.

DVU-Programmatik

Deutschlandpolitik: „Entscheidend für die Gründung unserer neuen Partei DVU/Liste-D war, daß die Verteufelung des deutschen Volkes bald ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg sich weiter steigert. Maßgebende Politiker tragen die Hauptschuld, indem sie – einmalig in der Weltgeschichte! – unentwegt Anklagen gegen Deutschland vortragen und alle Deutschen, selbst die ungeborenen Generationen eingeschlossen, der Kollektivverantwortung beschuldigen. Massenmedien stellen den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs als Verbrecher oder Verrückten dar. Das Deserteurdenkmal in Bremen kennzeichnet den heute in der einst so stolzen und wirklich freien Hansestadt herrschenden Ungeist. Hier und überall in der Bundesrepublik werden Ehrenmale für unsere Gefallenen nach dem Belieben Ehrloser straffrei besudelt und geschändet. Praktisch jede deutsche Familie hat im Zweiten Weltkrieg und in der Folgezeit, als unser Volk vogelfrei war, einen oder



„Gemeinsam – Ausländer und Deutsche“: eine Überklebeaktion

mehrere ihrer Liebsten verloren. Heute wird uns zugemutet nur um fremde Opfer zu weinen ... Das „D“ in unserem Parteinamen symbolisiert das ganze Deutschland in den gerechten Grenzen gemäß Selbstbestimmungsrecht. Gleichberechtigung für das deutsche Volk. Gegen EG-Pleite, für Deutschland. Kein Geld an die EG ohne Gegenleistung. Schluß mit der EG-Politik gegen die deutschen Stahlwerke, Fischer, Werften.“

Ausländerpolitik: „Liste-D erkennt aus Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk an, daß auch andere Völker ihre Identität bewahren wollen ... Liste-D fordert deshalb: Ausländerbegrenzung, Ausweisung von kriminellen Ausländern und Scheinasylanten, deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer, sie vertritt den humanen Grundsatz, daß die Maschinen zu den Menschen gebracht werden und nicht die Menschen zu den Maschinen. Ausländerwahlrecht – nein danke! ... sobald die Senatoren Scherf und Kröning (SPD) ihr Lieblingsprojekt zu verwirklichen versuchen, den Ausländern Wahlrecht zu verschaffen, ist die Liste-D zur Stelle. Wir werden sofort ein Volksbegehren im Lande Bremen in Gang setzen, um das Ausländerwahlrecht zu verhindern.“

Innere Sicherheit: „Sicherheit durch Recht und Ordnung. Schutz des gesetzestreuen Bürgers durch energische Verbrechensbekämpfung. Verstärkung der Polizeistreifen und Reviere, besonders in kriminalitätsgefährdeten Gegenden, Personalaufstockung bei der Kripo und bei der Bereitschaftspolizei ... Verschärfter Kampf gegen Rauschgift. Beschleunigung des Asylverfahrens und Abschiebung von Asylbetrügern. Konsequente Durchsetzung des Jugendschutzgesetzes. Länderübergreifende Verbrechensbekämpfung. Kein Hafturlaub für Schwerekriminelle; härteres Durchgreifen gegen gewalttätige Demonstranten, wirksames Vermummungsverbot. Einführung des Straftatbestandes des Asylbetruges, um den Hintermännern das Handwerk zu legen. Großzügige staatliche Hilfe für Verbrechensopfer. Der gesetzestreue Bürger hat einen Anspruch auf staatlichen Schutz vor Verbrechen. Doch die verantwortlichen Politiker legen die Hände in den Schoß. Sie werden schließlich bestens bewacht. ... Mehr als 3000 Menschen wurden in Bremen und Bremerhaven im vergangenen Jahr Opfer von Gewaltverbrechen. Ein Besorgnis ist die Zunahme der Ausländerkriminalität. Dazu heißt es in der offiziellen Kriminalstatistik: „An nichtdeutschen Tatverdächtigen wurden 1986 3313 Personen gezählt. Die Zunahme gegenüber 1985 betrug 20%.“ Mehr Sicherheit – Kriminalität stoppen.“

Familien- Bildungs- und Umweltpolitik: „Schutz des Lebens und der Umwelt, bedarfsgerechter Ausbau von Schutz-

DVU, NPD, Liste D ... Brisante Verbindungen

Dr. Gerhard Frey, Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung“ gründete 1971 die „Deutsche Volksunion“ (DVU) als rechtsradikales Sammelbecken und „Alternative“ zur NPD in Vorbereitung der Bundestagswahlen 1972. Freys DVU empfahl als „bewußt außerparlamentarische Kraft“ 1972, CDU/CSU zu wählen – gegen die NPD. 1975/76 war Frey Mitglied des NPD-Vorstandes, danach kam es wieder zu Meinungsverschiedenheiten. Um Frey gruppieren sich faschistisch-revanchistische Organisationen im sog. „Freiheitlichen Rat“. Mitglieder sind u.a.: Deutsche Volksunion, Deutscher Block, Jugendbund Adler, Aktion Deutsche Einheit (ehemals Aktion Oder-Neisse), Stahlhelm – Kampfbund für Europa, Wiking-Jugend, Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer, Notverwaltung des Deutschen Ostens. Mitglieder der Leitungen dieser Faschisten- und/oder Revanchistenverbände sind u.a. ehemalige CDU- und CSU-Mitglieder, NPD-Leute und andere Deutschnationale.

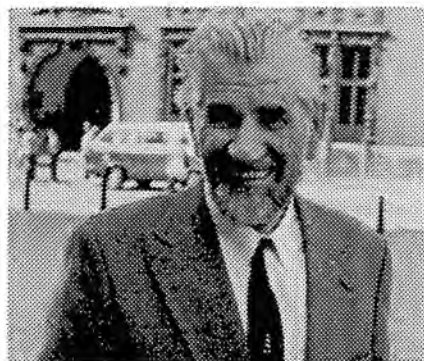
Frey und die DVU grenzen sich wie die NPD vordergründig von NSDAP-Nachfolgeorganisationen und Wehrsportgruppen ab. Praktisch sieht das anders aus: Frey bezahlte z.B. für die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ eine Geldstrafe, die wegen verbotenen Uniformtragens erhoben wurde.

1966 wurde der „Stahlhelm“, mehrheitlich durch Bundeswehroffiziere, gegründet. In Bremen leitet H. Hertel ein Zentrum. Aus dieser Schule stammt u.a. der „NSDAP“-Aktivist Stubbemann. „Wehrsport“-Hoffmann war „Jugendreferent“ beim „Stahlhelm“, ebenso der damalige „ANS“-Führer Rohwer. Besagter Hertel wird 1987 Landesvorsitzender des Bremer Landesverbandes der DVU/Liste D, kandidiert aber nicht für die Bürgerschaft. Die DVU schickt unbekannte Faschisten wie Altermann (s. Bild) auf vordere Listenplätze.

Die erneute Zusammenarbeit NPD/DVU begann offiziell zu den bayerischen Landtagswahlen 1986, als die Frey-Presse zur NPD-Wahl aufrief. Zu den Bundestagswahlen gab es dann eine eindeutige Wahlempfehlung gegen die CDU und für die NPD. Im Februar 1987 einigten sich Frey und der NPD-Vorsitzende Mußnug auf die Zusammenarbeit bei der Bremer Bürgerschaftswahl und der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Die formelle Parteigründung der „DVU-Liste D“ fand im März dieses Jahres statt.

Der Wahlkampf in Bremen und Bremerhaven lief mit 2,5 Millionen DM „deutschen“ Geldes auf Hochtour an. Leiter dieser Riesenpropagandaaktion war H. Gerlach, der stellv. Landesvorsitzende der NPD in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig fungiert er seit 1975 als Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in NRW. Schon 1974 war er als Jurastudent mit dem Aufbau eines „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) in Bochum beschäftigt.

Die DVU vermied es in Bremen ziemlich lange, die Kandidaten der „Liste D“ zu präsentieren. Dies war ein wahltaktisches Kalkül; auch gegenüber den Positionen und Kandidaten der konkurrierenden Republikaner und der FAP. Gegenüber anderen Auffassungen bleibt offen: welche Rücksichtnahmen auf „demokratisch fixierte“ Wählerstimmen, auf rechtsstaatliche Positionen, wollten die „Liste D-Faschisten“ neh-



In biederemännlich-seriöser Manier:
DVU-Abgeordneter Altermann

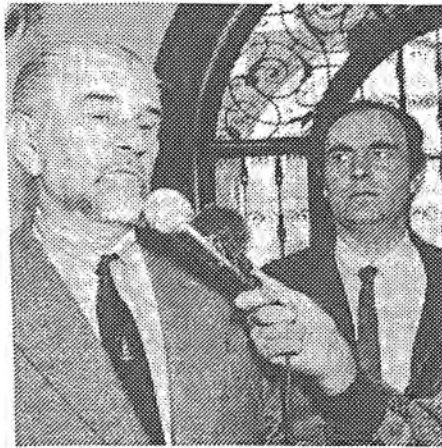
men? Die Nichtkritik an ihren inhaltlichen Positionen, ihrer Programmatik, durch die rechtsstaatlichen Parteien gab dieser Taktik zumindest Aussicht auf Erfolg. Auf die ersten Plätze setzte sie völlig unbekannte Gestalten. Dahinter kandidierte fast vollständig der Landesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“, der NPD-Landesvorsitzende Weidenbach und das NPD-Bundesvorstandsmitglied Vorsitz. DVU-Landesvorsitzender Hertel („Stahlhelm“) tauchte in der Endphase des Wahlkampfes kaum noch in den Veröffentlichungen der DVU auf. Vermutlich wurde er wegen enger bzw. einschlägiger Beziehungen zu bekannten Nazi-Schlägern (wie Töpfer und Fabel von der „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“ (NRAF)), zur niedersächsischen Umland-CDU und zu verschiedenen Wirtschaftssponsoren aus der Schußlinie gezogen.

Quellenhinweis: Arbeiterkampf 21. 9.87; SOZ 24.9.97; Wie kriminell ist die NPD?, AntiFa-Komitee Hbg.

räumen zum Schutze des Lebens im Verteidigungs- oder Kriegsfall ... die Bonner Politiker verfügen über bestens ausgerüstete Schutzräume. Schutzraumbau ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende. Wirkungsvolle Seuchenbekämpfung. Meldepflicht bei Aids. Strenge Kontrolle bei der Einreise von Ausländern aus aidsverseuchten Gebieten. Strenge Untersuchung importierter Nahrungsgüter. Besonders wollen wir uns der berechtigten Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger annehmen. Sie haben Schutz, Zuwendung und solidarische Hilfe der Gemeinschaft verdient. Es ist eine Schande, wie viele der älteren Generation behandelt werden. Dagegen will die Liste-D im Parlament Front machen.“

In diesem programmatischen Trommelfeuer tauchten nach und nach in der Wahlzeitung „neugewonnene“ Mitglieder ebenso wie alte Mitglieder der Dr. Frey-Familie auf, die mit

ihrem Foto oder ihrem Namen für die DVU warben. Die DVU vermied es bis zum Wahltag, durch Personen in Erscheinung zu treten. Weder durch Veranstaltungen, Flugblattverteilen – nicht einmal eine Briefkastenadresse der DVU-Bremen ist bis jetzt bekannt.



Altermann kann nicht ins Rathaus.

Antifaschistischer Widerstand ging von den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien einschließlich der Grünen kaum aus. Nachdem die Postbediensteten, die sich zusammen mit ihrer Gewerkschaft geweigert hatten, das Material der DVU zu verteilen, per Gerichtsbeschluss dazu gezwungen wurden, waren es im wesentlichen die VVN und die DKP bis hinein in einzelne Kirchengemeinden, die den Hauptteil des aktiven Kapfes gegen die Faschisten trugen. Nachdem alle im Stadtparlament sitzenden Parteien einschließlich der Grünen sich mit dem DGB auf ein Papier „Solidarität der Demokraten“ gegen Rechtsradikalismus einigten, ohne und damit gegen die VVN, die mit dem von ihr initiierten Bündnis „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus“ schon Monate vorher Unterschriften gegen die Zulassung von faschistischen Parteien gesammelt hatte, waren sich CDU- und SPD-offizielle Presseorgane nicht zu schade, sich mit dem Ab-

Pressestimmen zum Wahlergebnis der DVU

Trybuna Ludu (Polen), 15.9.87: „Neohitleristisches Signal in Bremen – Schlappe Kohls und der Christdemokraten im Norden der BRD ... Der Bremer Erfolg der neohitleristischen ‚Deutschen Volksunion‘ (DVU), die das erste Mal einen Abgeordneten im Parlament haben wird, ist – trotz des scheinbar bescheidenen Resultats – ein gefährliches Signal in der Bundesrepublik. Die Neohitleristen und die extrem rechten Kräfte sind deutlich im Ansturm, und die Wahlen in Bremen waren für sie nur das ‚Versuchsgelände‘ vor einem Auszug in breitere politische Gewässer. Es mangelt ihnen auch nicht an Geld – was alle Kommentatoren bemerken. In Bremen gaben die Neohitleristen für die Wahlkampagne über zwei Millionen Mark aus, mehr als alle anderen kleineren Parteien zusammen.“

Wiener Zeitung, 15.9.87: „Franz Josef Strauß ist nun im Aufwind und mit ihm all jene, denen die politische Mitte ... immer schon zu weit links war. Jetzt hat sich erwiesen, daß die CDU von links niemanden gewinnen, nach rechts jedoch durchaus verlieren kann. Kleine rechte Gruppierungen haben sich Stimmen geholt. Wasser auf die Mühlen all jener, die die Union auf einheitlich rechtem Kurs steuern wollen.“

Die Presse (Österreich), 12./13.9.87: „Bremen als Testfall der Rechtsextremisten ... diesmal (scheinen sich) Rechtsextreme die Hansestadt zum Test auserkoren zu haben ... Wahlplakate von drei rechtsextremen Parteien verunzieren die Stadt. Die

‚Deutsche Volksunion – Liste D‘ (DVU, die neonazistische ‚Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei‘ (FAP) sowie die ‚Republikaner‘, die schon bei der bayrischen Landtagswahl den rechten Rand der CSU ausgefranst haben, sind zur Wahl zugelassen.“

Die Presse (Österreich), 18.9.87: „Parteiendämmerung ... Ist die konservative Trendwende schon wieder vorbei? Etliche Wahlgänge – Dänemark, Norwegen, Deutschland – scheinen dies anzudeuten. Und auch in vielen anderen Demokratien geht es den bürgerlichen Parteien gar nicht gut. Gleichzeitig wenden sich die Menschen aber keineswegs wieder den linken Ideen der siebziger Jahre zu. Die These von der Wende-Wende greift also zu kurz. Was in der Krise ist, sind nicht die konservativ-liberalen Grunderkenntnisse ..., sondern etwas anderes: die Parteien. Immer größer wird die Tendenz, neue Gruppierungen zu wählen: linksextreme grüne genauso wie rechtsextreme populistische, je nachdem, ob die Wähler gerade Umweltzerstörung oder Überfremdung oder Steuerbelastung als Hauptproblem empfinden.“

Neue Zürcher Zeitung, 16.9.87: „Im Stadtstaat Bremen wiederum haben rechtskonservative und rechtsradikale Splitterparteien der CDU anscheinend ein paar Stimmenprozente abgenommen. Zwar brachten es die rechtskonservativen *Republikaner*, die vor einem Jahr in Bayern einen Achtungserfolg erzielt hatten, in der Hansestadt nur auf magere 1,3 Prozent. Über drei Prozent Stimmenanteil erzielte dagegen die eindeutig rechtsradikale ‚Deutsche Volksunion‘, die offen mit ausländerfeindlichen und deutschnationalen Parolen operierte und im

Hintergrund offenbar vom einschlägig bekannten Scharfmacher *Gerhard Frey* aufwendig finanziert wird ... Der Chef der CSU, Strauß, und seine Anhänger interpretieren diese unerfreuliche Entwicklung natürlich als Beweis für ihre These, daß die CDU sich zu wenig um die konservativen Wähler kümmere und sie durch allerlei ‚progressiv‘ angehauchte Manöver neuen Gruppierungen rechts von der Union in die Arme treibe“. „Strauß wandte sich gegen Unterstellungen, die die CSU sei für die in Bremen zu verzeichnende Abwanderung einiger Wähler zu den *Rechtsparteien* verantwortlich. Mit der Deutschen Volksunion habe die CSU nicht das geringste zu tun. Und im übrigen sei seine Aussage, daß CDU und CSU das ganze demokratische Spektrum nach rechts bis zum Rande abdecken müßten, in völliger Abstimmung und Sprachgleichheit mit Kohl erfolgt.“

Le Monde (Frankreich), 15.9.87: „Die Christlichen Demokraten haben sich mit 23,4% (minus 9,9%) buchstäblich abstriegeln lassen. Ein Teil ihrer Wähler hat seine Stimme einer neuen extremen rechten Strömung, der Deutschen Volksunion (DVU), gegeben. Diese populistische und ausländerfeindliche Partei profitierte von großer finanzieller Unterstützung von Herrn Frey, Direktor von nationalistischen und neonazistischen Publikationen ... Das ist ein Ergebnis, das der Christdemokratischen Partei zu denken gibt, deren zentristische Politik nicht nach dem Geschmack solcher Wähler von rechts ist, die sie lieber in einer ‚muskulöseren‘ Manier regieren sehen würden.“

druck von großformatigen DVU-Anzeigen zu bereichern. Am Wahlabend, nachdem das Ergebnis der DVU bekannt war, formierte sich ein größerer Demonstrationzug zum Rathaus. Kurz nach dessen Vorbeimarsch explodiert in einem öffentlichen Papierkorb eine Bombe. Ein Straßenschild wird durch die Explosion aus der Verankerung gerissen und 30 Meter weit geschleudert. Zeugen sehen Skinheads flüchten. Am nächsten Morgen Landespressekonferenz im Rathaus. Der Sohn des DVU-Vorsitzenden Frey, der DVU-Bürgerschaftskandidat Altermann sowie der NPD-Mann Gerlach,



Schüler fordern DVU-Verbot.

die die Pressekonferenz besuchen wollen, werden von Bürgermeister Wedemeier mit Hausverbot belegt. Vor der Landespressekonferenz sprach sich Bürgermeister Wedemeier grundsätzlich für ein Verbot neofaschistischer Parteien aus, warnte aber vor einem parlamentarischen Gezänk. Vielmehr gelte es, auf Ministerpräsidentenebene aktiv zu werden und in dieser Frage eine Einigung zu erzielen. Die Grünen stimmten zu. Wie es der Bremer SPD-Regierungschef Wedemeier mit dem Verbot von DVU und FAP genau meint, steht im „Spiegel“ Nr.39/87: „Er will im Oktober auf einer Konferenz der Ministerpräsidenten über die Neonazis reden. Sein Ziel: Konstituierung einer ‚Arbeitsgruppe‘, die den Aufstieg der Rechtsradikalen verhindern soll. Wedemeier rechnet mit Unterstützung seiner CDU-Kollegen: Die müßten im ‚eigenen Interesse‘ am rechten Rand ‚was machen‘.“

Das Bündnis „Bremer gegen Neonazis“ mobilisiert für eine „von allen demokratischen Organisationen getragenen Demonstration gegen die neofaschistische Gefahr“, die Mitte Oktober am Vorabend der konstituierenden Sitzung der Bremer Bürgerschaft stattfinden soll.

Quellenhinweis: DVU-Wahlkampfrelä, Tageszeitung Weser-Kurier, Nordsee-Zeitung, Der Spiegel 39/87, Arbeiterkampf, versch. Flugblätter.

Gegen die wachsende faschistische Sammlung und Vereinheitlichung mit der bürgerlichen Reaktion

Aus Vorschlag der Volksfront Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1988

Die Volksfront sieht die Notwendigkeit, das Bündnis der Antifaschisten und gegen die Reaktion gerichteten Kräfte, die großteils noch zersplittert sind und nicht einheitlich operieren, zu entwickeln und zu festigen. Dabei hält die Volksfront für wichtig, daß antifaschistische Positionen im Wahlkampf vertreten werden, und daß sich dies auch in Programmen kandidierender Parteien, Gruppierungen und Wahlbündnissen niederschlägt. Die Volksfront sucht weiter die Auseinandersetzung und Verständigung mit antifaschistischen Kräften mit dem Ziel, auf der Grundlage gemeinsamer antifaschistischer Kandidaturen auf lokaler, regionaler oder landesweiter Ebene zu erreichen.

„Das was war, interessiert uns nicht, weil es so war, sondern weil es in gewissem Sinne deshalb noch ist ... Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien, der Justiz und dem Militär.“ (E. Fried) Die Konzerne, die für die Errichtung ihrer Weltmachtstellung den Zweiten Weltkrieg entfesselt haben, übelste Ausbeutung an Zwangsarbeitern perfektioniert haben und Erfahrung in der blutigen Unterdrückung der Arbeiter und Arbeiterinnen haben, diese Konzerne befehlen heute in der BRD noch größere Kapitalmassen, noch größere Heere an Lohnabhängigen. Sie sind zum führenden Exporteur der Welt geworden. Daher erklären sie ihr Interesse an optimaler Kapitalverwertung und Vorherrschaft vor der internationalen Konkurrenz zum einzigen Ziel der Gesellschaft. Die innere Struktur des Monopols – das uneingeschränkte Kommando des Kapitals – soll zur Struktur der Gesellschaft und des Staates werden.

Dazu werden derzeit reaktionäre Parteien wie die CDU und FDP eingesetzt; an den vordersten Linien dürfen die Faschisten zeigen, was sie können. Viele Schwerpunkte, die zum klassischen Bestand der faschistischen Organisationen gehören, Ausländerunterdrückung, starker Staat, Leugnung der Kriegsschuld, werden für konservative, reaktionäre und liberale Parteien zunehmend interessant und finden Eingang in deren praktische Politik.

Reaktion und Faschismus erweitern ihre Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten und erzeugen einen ideologischen Druck, der weit in

die Reihen z.B. auch der parlamentarischen Opposition reicht. Politische Maßstäbe und Normen werden nach rechts verschoben ...

Konzerninteressen liefern auch die Punkte, an denen Faschisten und Konservative ihre Theorien zu zeitgemäßen Propagandaschwerpunkten zusammenführen. So entsteht eine Propaganda und Politik, auf die sich der Minister, der neokonservative Professor und der faschistische Schlägertrupp gleichermaßen ohne große Verrenkungen beziehen können ...

Die reaktionäre Politik des Späth-Kabinetts bietet den Faschisten Anknüpfungspunkte und erweitert den Wirkungsraum der Faschisten. Faschistische Vorarbeit erleichtert andererseits die Durchsetzung reaktionärer Regierungsmaßnahmen.

Daher genießen die Faschisten staatlichen Schutz und staatliche Förderung bis ins Finanzielle.

Mit ihrer Kandidatur zur Landtagswahl verankern die Faschisten ihre Standpunkte als normalen Teil des politischen Spektrums.

Wir wollen auch im Zusammenhang mit der Landtagswahl diese faschistische Sammlung bekämpfen – ihr Auftreten, ihre Kandidatur. Das gelingt nur, wenn auch die dazugehörenden reaktionären Positionen bekämpft werden, die nutznießende Klasse unter Beschuß gerät: Antifaschismus ist Antikapitalismus.

Die reaktionäre Regierungspolitik bietet den Faschisten sowohl Anknüpfungspunkte für ihre Politik als auch eine Erweiterung ihres Spielraums. Über eher vordergründige Unterschiede kann sich die CDU bei gleichzeitiger Rechtsentwicklung bei Bedarf davon abgrenzen und als „Mitte“ darstellen. Der reaktionäre Liberalismus der FDP gehört zu diesem Formierungsprozeß dazu. Die FDP, die die „Leistungselite“ gegen Interessen von Arbeitern und Arbeiterinnen sammelt, gerät nur wegen anders geschichteter Kapitalistenklientel in Widersprüche zur CDU. Gegen diese reaktionäre und faschistische Formierung gibt es keine wirksame Opposition. Wir treten auf gegen die faschistische Anhangbildung und Formierung, gegen ihre Wahlzulassung und ihr öffentliches Auftreten. Wir treten ein für das Verbot und die Auflösung aller faschistischen Organisationen nach § 139 GG. Wir wollen Antifaschismus zu einem Sammelpunkt des Widerstandes machen.

Soziale Gründe für das Wahlergebnis

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen hat eine breit angelegte öffentliche Debatte ausgelöst, weil es im Unterschied zu den Wahlergebnissen in der letzten Zeit ungewöhnlich starke Veränderungen im Stimmenverhältnis der Parteien zueinander signalisiert. Dies betrifft die hohen Verluste der CDU und die hohen Gewinne der FDP. Weiterhin die Tatsache, daß seit den Wahlerfolgen der NPD erstmals wieder eine faschistische Partei in einem Landesparlament vertreten ist und die Gesamtzahl aller Stimmen für faschistische Parteien im Bremen in der Größenordnung von 5% liegt.

Diese Ergebnisse sind äußerst beunruhigend und machen die Notwendigkeit antifaschistischer Einheitsfrontpolitik deutlich. Die nach den Bundestagswahlen im Januar 1987 in oppositionellen Kreisen aufgebrachte bzw. aufgegriffene Theorie zweier Lager (CDU/FDP und SPD/Grüne) und einer wachsenden Stimmenzahl links von der Union ist – jedenfalls angesichts dieses Wahlergebnisses – unhaltbar.

Zwar verfügen SPD und Grüne im Bremen über eine Mehrheit von 60,7%, jedoch konnten beide Parteien noch bei den Bundestagswahlen in Bremen 61% der Stimmen auf sich vereinigen. Dabei haben die Grünen gegenüber den Bundestagswahlen 4,3% verloren, die SPD hat 4% dazu-

gewonnen.

Leute, die im Vorfeld der letzten Landtagswahlen damit liebäugelten, eine Kandidatur von Parteien rechts der CDU sei gut, weil dies der CDU Stimmen koste, werden durch das Bremer Wahlergebnis bitter widerlegt. Eine solche Haltung verhindert erfolgreichen Widerstand gegen die faschistische Parteibildung und führt zu einer Radikalisierung des Anhangs der reaktionären Parteien.

Sozialstruktur und Wahlverhalten

Die allgemeine soziale Umwälzung in der Gesellschaft der BRD kommt in Bremen als Großstadt besonders stark zur Geltung. Die Berufsstruktur im Land Bremen war 1985 nach den Ergebnissen des Mikrozensus wie folgt: 36% Arbeiter, 57% Beamte und Angestellte, 7% Selbständige (1950: 55% Arbeiter, 31% Beamte und Angestellte, sowie 14% Selbständige). Innerhalb der einzelnen Stadtgebiete verteilen sich diese Gruppen sehr ungleich. Die Wahlstatistik weist 110 Ortsteile in Bremen und Bremerhaven aus, für die jeweils die Anteile der Berufsgruppen aufgeführt sind. Dabei erreichen je einzelne Ortsteile einen maximalen Anteil von 89% Arbeitern, 78% Angestellten und Beamten, sowie 65% Selbständige.

Diese – von der Tendenz zuneh-

mende – soziale Zerlegung der Stadt hat offensichtlich Einfluß auf das Wahlverhalten in den einzelnen Ortsteilen. Die SPD hat hohe Stimmenanteile und Gewinne bzw. niedrige Verluste in Arbeiterwohngebieten, während CDU und FDP umso stärker abschneiden, je weniger Arbeiter in einem Gebiet wohnen. Bei der FDP ist dieser Effekt am ausgeprägtesten. Bei den Grünen ist diese Tendenz ähnlich, wobei gerade in Gebieten mit hohem Angestellten/Beamtenanteil die FDP wesentlich stärker (7,2%) dazugewonnen hat als die Grünen (2,7%). Die CDU-Verluste sind am stärksten in Gebieten mit niedrigem Arbeiteranteil (12,8%), hohem Anteil von Angestellten und Beamten (11,9%) und hohem Anteil an Selbständigen (12,5%).

Die im Wahlergebnis zum Ausdruck gekommenen Verschiebungen finden jedoch in unterschiedlich starkem Maße in allen Ortsteilen statt. Die „Forschungsgruppe Wahlen“ interpretiert dies in ihrer Wahlanalyse folgendermaßen:

„... (es) muß davon ausgegangen werden, daß die Festlegung auf milieukonformes Wahlverhalten lange nicht mehr so stabil ist. Das politische Geschehen gewinnt dadurch an Bedeutung und beeinträchtigt in vielen Fällen noch unmerklich, in anderen aber bereits recht deutlich die eigentliche Substanz ursprünglich sozialstrukturell vermittelter Stammwählerbindungen.“ (1, S.15).

Wenn auch – schon allein wegen des nicht sehr tauglichen Rasters Arbeiter/Angestellte/Selbständige – diese Analyse jedenfalls nicht nachvollzogen werden kann, ist die Schlußfolgerung sicher richtig: Allein durch die bekannten Änderungen der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung können die Umwälzungen des Wahlverhaltens in Bremen nicht erklärt werden. Sie deuten auf eine verstärkte Wirkung des öffentlichen Meinungskampfes auf das Wahlverhalten der Bevölkerung hin. So wird den Bestrebungen der reaktionärsten Teile des Bürgertums Nahrung gegeben, eine faschistische Partei aufzubauen.

Wer bildet die Basis der Faschisten?

Die Frage: „Wer hat die Liste-D eigentlich gewählt?“ findet breites öffentliches Interesse. Den jeweiligen Antworten ist aber auch unzweifelhaft das politische Interesse derjenigen anzumerken, die diese Frage öffentlich behandeln. Wie es sich aber tatsächlich verhält, hat eine wichtige Bedeutung für die Debatte unter den Antifaschisten. Man sollte daher ver-

Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 1987

	Prozent- anteil	Differenz zu 1983	absolut	Differenz zu 1983
Wahlberechtigte			518667	– 1251
Wähler	75,7	– 4,0	392819	– 21338
Gültige Stimmen	99,2	+ 0,1	389735	– 20505
Ungült. Stimmen	0,8	– 0,1	3084	– 833
SPD	50,5	– 0,8	196835	– 13797
CDU	23,4	– 9,9	91361	– 45274
Grüne	10,2	+ 2,4	39838	+ 7882
FDP	10,0	+ 5,4	39003	+ 20175
ASD	0,5	– 0,5	2108	– 1952
DKP	0,6	+ 0,6	2163	+ 2163
Liste-D	3,4	+ 3,4	13296	+ 13296
Republikaner	1,2	+ 1,2	4675	+ 4675
FAP	0,1	+ 0,1	256	+ 256
MLPD	0,1	+ 0,1	200	+ 200
Sonstige	–	– 1,9	–	– 8129

ASD steht für „Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei)“. Bei den Bürgerschaftswahlen 1983 kandidierten als „Sonstige“ folgende Parteien: BAL („Bremer Alternative Liste“, links-grün) mit 5610 Stimmen, die Europäische Arbeiterpartei (EAP) mit 191 Stimmen, die Frauenpartei mit 569 Stimmen und die Liberalen Demokraten (LD) mit 1759 Stimmen. Die Vergleichswerte für die Grünen ergeben sich im Vergleich zu den Stimmen der 1983 kandidierenden Parteien „Die Grünen“ mit damals 5,4% und die „Bremer Grüne Liste“ mit damals 2,4% der Stimmen.

suchen, zunächst festzustellen, welche Erkenntnisse als gesichert angesehen werden können.

In der Fernsehsendung „Report“ von 23.9.87 wurden einige Zahlen vorgebracht, die das Infas-Institut erhoben bzw. zusammengestellt hat. Die Antwort auf die Frage, ob jemand schon einmal eine rechtsradikale Partei gewählt habe, erhielt dort ohne nähere Erklärung folgende Differenzierung nach bestimmten Untergruppen der Befragten (angegeben ist jeweils der Prozentanteil der Befragten aus der jeweiligen Gruppe):

evangelisch (4%), katholisch (6%), Oberschicht (3%), Mittelschicht (5%), Arbeiterschicht (5%), Unterschicht (9%); die Einordnung in dieses Schema nahmen die Befragten selbst vor. Früher arbeitslos (3%), arbeitslos (6%), Kurzarbeiter (7%). Diese Zahlen könnten den Schluß nahelegen, daß katholische Kurzarbeiter aus der Unterschicht Faschisten wählen, während evangelische Patrizier aus der Oberschicht hiergegen weitgehend immun sind. Tatsächlich beruhen die Zahlen auf einer wöchentlich durchgeführten Befragung von je 500 Leuten, deren Ergebnisse übers Jahr zusammengerechnet wurden. Bei der Frage nach der Schichtzugehörigkeit stuften sich von den Befragten nur 1% in die Oberschicht und 1% in die Unterschicht ein (Mittelschicht 65%, Arbeiterschicht 32%). Es haben sich also im Durchschnitt nur jeweils fünf Befragte in die Unterschicht eingestuft, wovon im Durchschnitt 9% schon einmal eine faschistische Partei gewählt hat-

**Stimmen für Liste-D
nach Alter und Geschlecht**

Alter	weibl. in %	männl. in %
18-21	1,0	4,4
21-25	1,0	4,0
25-35	0,3	1,2
35-45	1,5	1,9
45-60	2,1	3,8
über 60	3,0	7,1

Die Prozentzahlen geben den Anteil von Wählern der Liste-D an der jeweiligen Gruppe an. Die Zahlen sind aufgrund einer repräsentativen Auswahl von 3,6% aller abgegebenen Stimmzettel ermittelt. Diese Stimmzettel werden zum Zweck der statistischen Auswertung mit der Angabe über Alter und Geschlecht des Wählers markiert und später gesondert ausgezählt. Beispiel zur Tabellenbedeutung: Von allen Frauen, die zwischen 21 und 25 Jahre alt sind, gewählt haben, und durch die repräsentative Auswahl erfaßt wurden, haben 1% die Liste-D gewählt. (Quelle: Infas-Institut bzw. Statistisches Landesamt Bremen).

ten. 9% von fünf Befragten sind 0,45 Menschen – man sieht gleich, daß diese Resultate gar nichts zur Sache aussagen. Eine weitere Untersuchung der Daten ist zur Zeit nicht möglich, weil Infas die Ergebnisse im einzelnen bisher nicht veröffentlicht hat.

Fest steht auf Grund der Umfragen allerdings, daß es zur Zeit ein Wählerpotential von mindestens 5% für faschistische Parteien gibt.

Gesichert sind weiterhin die Ergebnisse der Stimmenabgabe für die Liste-D nach Alter und Geschlecht gegliedert (siehe Tabelle). „Report“ zog daraus den Schluß, daß junge und alte Männer für rechtsradikales Gedankengut „besonders empfänglich“ seien. Tatsächlich muß man sich doch fragen *warum* diese Ergebnisse so ausgefallen sind. Sicher nicht, weil die Betroffenen jung oder alt sind, bzw. Frauen. Das mag paradox klingen. Man muß sich aber vor falschen Schlüssen hüten, die nahegelegt werden, wenn „Report“ Erwachsene darüber befragt, ob Jugendliche „rechtem“ bzw. „linkem Extremismus“ gegenüber „anfällig“ seien. Der Zuschauer erfährt, daß 25% der Jugendlichen des linken und 32% des rechten Extremismus verdächtigt werden. So werden falsche Fronten errichtet, und die reaktionären Politiker reiben sich die Hände.

Das in der Tabelle gezeigte Ergebnis ist in seiner extremen Schwankung zwischen den Gruppen ungewöhnlich. Für die Parteien CDU, SPD, CSU und FDP sind etwa bei den Bundestagswahlen 1987 nur wesentlich geringere Differenzierungen festzustellen (2). Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt sich dort signifikant am ehesten bei den Stimmen für die sonstigen Parteien (Männer 0,7%, Frauen 0,3%). Die Unterschiede nach dem Alter decken sich – mit umgekehrten Vorzeichen – jedoch mit jenen Schwankungen, die bei den Stimmenergebnissen für die Grünen festzustellen sind. Es ist anzunehmen, daß die gesamte Generation der heute 25- bis 40jährigen durch die kritische Auseinandersetzung mit dem Faschismus in den 60er und 70er Jahren entscheidend geprägt worden ist. Gerade solche massenhaft wirkende öffentliche Meinungsbildung wird von der bürgerlichen Reaktion scharf bekämpft – leider offenbar mit zunehmender Wirkung (Lehrplanrevision, Historikerdebatte usw.).

Die Unterschiede im Wahlverhalten nach Geschlecht sind eine oft zu beobachtende Erscheinung in der Aufbauphase faschistischer Parteien. Nach Hinweis von Infas lagen die Verhältnisse bei den ersten Kandida-

turen der NSDAP ganz ähnlich. Es ist anzunehmen, daß hierin eine tiefe Abscheu gegen die Rolle zum Ausdruck kommt, die die Faschisten der Frau in Gesellschaft und Familie zuweisen. Dies weist darauf hin, daß die Kritik der konservativen und christlichen Familienideologie einen wichtigen Stellenwert im Rahmen antifaschistischer Politik hat. Es weist auch darauf hin, daß die Politik oppositioneller feministischer Strömungen ein starkes Hindernis für die faschistische Anhangsbildung darstellt.

Ein anderes oft vorgebrachtes Argument besagt, daß hohe Arbeitslosigkeit faschistische Stimmabgabe von *Arbeitslosen* begünstigt. Dazu kann gesagt werden, daß wir bisher kein Ergebnis der Bremer Wahl entdecken konnten, das diese Behauptung belegen könnte. Die Schwankungen der Wahlergebnisse für die Faschisten nach Arbeiteranteil in einem Ortsteil aufgeschlüsselt, sind nicht signifikant. Auffällig sind folgende Ergebnisse: Die Faschisten haben deutlich mehr Stimmen dort erhalten, wo die Wahlbeteiligung niedrig ist (4%), als dort, wo sie hoch ist (2,1%, erfaßt sind jeweils $\frac{1}{3}$ der Ortsteile mit niedriger bzw. hoher Beteiligung). Außerdem sind die Ergebnisse in Bremerhaven durchweg wesentlich höher, und dort wieder stark schwankend, in sechs von 23 Ortsteilen jedoch über 9%. In diesen Ortsteilen war und ist die Wahlbeteiligung deutlich niedriger als im Durchschnitt *und* gleichzeitig ist sie gegenüber den letzten Wahlen überdurchschnittlich gestiegen. Wir vermuten, daß die Faschisten hier ruinierte oder vor dem Ruin stehende Selbständige, bzw. früher selbständig gewesene Leute mobilisiert haben. Obwohl selbst nicht zu den Ärmsten gehörend, erfahren jene Leute eine heftige soziale Deklassierung, wenn die Armut in einem Wohngebiet zunimmt. Dies wäre weiter zu untersuchen.

Die Forschungsgruppe Wahlen kommt aufgrund ihrer Analysen zu dem Schluß, daß die Stimmen für die Liste-D hauptsächlich von CDU-Wählern kommen, die mit der Politik der CDU in Bremen (und im Bund) unzufrieden sind. Obwohl viele Zahlen dies nahelegen, darf wahrscheinlich nicht unterschätzt werden, daß es den Faschisten gelungen sein dürfte, auch bisherige „Nichtwähler“ zu mobilisieren.

Quellen: (1) „Wahl in Bremen“, Bericht Nr. 50 der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim; (2) Statistisches Jahrbuch der BRD von 1985; (3) Report-Sendung vom 23.9.87; (4) telefonische Auskunft von Infas



BRD-F: Militärkooperation

Einen „Verteidigungsrat“ wollen die Bundesregierung und die französische Regierung bilden. Dieser soll aus den Verteidigungsministern sowie leitenden Beamten beider Ministerien und militärischen Führern bestehen. Der „Verteidigungsrat“ sei „offen“ für die Beteiligung anderer westeuropäischer Länder, heißt es. In diesem Jahr ha-

ben die BRD und Frankreich die bislang größten gemeinsamen Militärmanöver durchgeführt. Einheiten der französischen Schnellen Eingreiftruppe sollen künftig in der BRD stationiert, die Kriegsstrategie beider Staaten enger aufeinander abgestimmt werden. Welche Ziele verfolgt dieser, in der BRD von Regierungsparteien und SPD gleichermaßen betriebene Militärpakt?

Unterstützung für die palästinensischen Flüchtlingslager

Zur Unterstützung einer Rundreise von Vertretern der Volkskomitees der palästinensischen Lager im Libanon im November in der BRD schreibt die Autonome Nahost-Gruppe Hamburg: „Krieg der Flüchtlingslager“ ist weder eine zufällige Erscheinung noch eine Erscheinung, die sich aus den Besonderheiten des Libanons erklären läßt. Es ist vielmehr eine Form des imperialistischen Vernichtungskriegs. Ziel dieses Krieges ist es, die bewaffnete palästinensische Revolution im Libanon zu schlagen. Eine andere weitreichendere Komponente ist, daß seit dem Entstehen der bewaffneten palästinensischen Revolution sich die Völker des Nahen Ostens um diese Revolution geschart haben.



Ambulante Krankenversorgung

Der Ausbau der ambulanten Versorgung für die pflegebedürftigen und alten Menschen in Baden-Württemberg soll nicht, wie es die Landesregierung dreist behauptet, bessere Bedingungen für die Patienten wie die Beschäftigten schaffen, sondern geschieht unter den Kriterien der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Für die, bei denen es sich nicht mehr rentiert, wird auch möglichst nichts mehr bezahlt werden, auf alle Fälle sollen sie nichts mehr in den teuren Krankenhausbetten verloren haben. Das ist eine der Möglichkeiten, um die „fast schon dramatische Zunahme des Anteils der älteren Menschen“ zu regulieren. Zumindest aber soll die Pflege wieder in die Familien zurückverlagert werden.

Steuerreform und Ausländerpolitik

Man erinnert sich vielleicht noch: Nachdem auch der DGB dagegen protestiert hatte, daß ausländische Arbeiter mit Kindern nach der Reform 1986 mehr Steuern zahlen mußten, war aus dem Finanzministerium beschwichtigend zu hören, mit einem Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich wäre das alles halb so wild. Viele haben jetzt ihren Bescheid: Die Steuerlast ist auch nach Rückzahlungen höher als in früheren Jahren. Warum kommen wir darauf zurück? Weil bisher leider zu wenig Beachtung findet, daß die sog. Familienkomponenten der nächsten Steueränderungen, der beschlossenen und der für 1990 vorgesehenen, erneut die ausländischen Arbeiter benachteiligen werden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tele 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tele 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Guntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Leichenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider. 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung. Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7. Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte: Alfred Kustler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP